

Sand im Getriebe 152

Der Newsletter „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.

Website: www.sand-im-getriebe.org E-Mail: sand-im-getriebe@posteo.de

Aufbruch in Afrika

Inhaltsverzeichnis

Afrika.....	3	Christian Selz: Verschuldung:	
Aminata Dramane Traoré «Wir wollen keine Toten für eine Demokratie, die keine ist».....	3	Perfekter Teufelskreis.....	21
Niger.....	5	Gegengipfel zu den Treffen der Weltbank und des IWF in Marrakesch im Oktober 2023.....	21
Offener Brief an die sozialen Bewegungen in Frankreich.....	5	EU-„Flüchtlingsabwehr“ zurückweisen!.....	22
Gewerkschaft CGT Frankreich.....	6	Einige Hinweise.....	22
Confédération paysanne*.....	6	Ernährungssouveränität.....	23
Pablo Flock, IMI: Kommt nun der Showdown im Sahel?.....	7	Die Strategie der Afrikanischen Entwicklungsbank zur Agroindustrialisierung Afrikas	23
Völkerrecht nach Belieben: Kosovo, Krim, Türkei – jetzt Niger.....	9	Soziale Bewegungen und indigene Völker zum UN-Gipfel zu Ernährungssystemen	25
German Foreign Policy: ECOWAS: Gewalt und Sanktionen.....	10	Erklärung der People's Autonomous Response	26
Wut auf Paris in Françafrique: CFA.....	10	Powershift und Umweltinstitut München: CETA-Leak: geheime Interpretationserklärung.....	28
Black Alliance for Peace:		Frieden.....	29
AFRICOM schließen!.....	11	Ukrainekrieg und Geopolitik.....	29
Institut Tricontinental für Soziale Forschung: US-Militärbasen in Afrika und die Zukunft der Afrikanischen Union.....	11	John J. Mearsheimer: Rivalitäten zwischen Großmächten: ein Plädoyer für Realismus...29	
Helmut Scheben: Militärputsch in Niger: Rückschlag für Green Berets der USA	14	John Mearsheimer über den Ukraine-Krieg: Die Zukunft sieht düster aus.....	34
Wirtschaftliche Interessen in Afrika.....	16	Den Krieg mit einem Verhandlungsfrieden beenden.....	34
Niger: Uran ... und mehr.....	16	Reden zum Weltfriedenstag am 1. September 2023 in Berlin.....	35
Rachel Chason „Goldrausch“: Die Suche nach den begehrten Metallen für Elektroautos	17	Ukraine-Initiative „Die Waffen nieder“: Es ist höchste Zeit für Friedenspolitik!	37
EPAS: Investitions- und Handelsverträge mit afrikanischen Ländern.....	18	Roger Harris: Der Tod des Friedens-Aktivisten und Whistleblowers Daniel Ellsberg	38
Daniela Gschwend: Nigeria: Shell geht, die Ölverschmutzung bleibt.....	18	Termine /Hinweise	39
Der erste Afrika-Klimagipfel in Nairobi.....	19	FriedensATTAC Österreich: Friedensarbeit statt Hochrüstung.....	40
Öffentliche Investitionen in afrikanische Gasfelder sind keine Lösung.....	20		

Vorwort

Militärs haben im **Niger** am 26. Juli 2023 den vor zwei Jahren gewählten, prowestlich orientierten Präsidenten Mohamed Bazoum entmachtet. Die Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten (**ECOWAS**) drohte mit Waffengewalt und führte Sanktionen ein. Nach Aminata Traores Einschätzung stehen hinter den Drohungen Frankreich und seine westlichen Partner, also auch Deutschland. Den Nigrer*innen ist bewusst, „dass die Politik aktuell ein Geschäft ist, in dem einige Wenige sich bereichern und in dem es keineswegs darum geht, in demokratischer Weise Entscheidungen zu treffen und dem Land und den Menschen zu dienen. Dass die Nigrer*innen ein solches System nicht wollten, artikulierten sie auf den Straßen.“ (Aminata Traore) Sie führt aus, dass es auch in der afrikanischen Geschichte Erfahrungen mit demokratischen Institutionen gibt, die mehr Partizipation der Einzelnen ermöglichten als die heutigen aus Europa importierten Wahlsysteme. Kurzum: „Wer **Demokratie** wirklich wolle, solle die freie Meinungsäußerung gewährleisten und sicherstellen, dass Menschen sich frei organisieren und ihre Interessen vertreten können.“

In Frankreich protestieren die Gewerkschaft CGT und die Bauernvereinigung „Confédération Paysanne“ u. a. gegen eine Einmischung in Niger, Wirtschaftssanktionen und gegen Drohungen einer militärischen Intervention.

(Pablo Flock, IMI: Kommt nun der Showdown im Sahel?). Aminata Traore nennt Gründe für die Erstarkung des **Dжихадismus im Sahel**. „Statt einen erfolglosen Krieg «gegen den Terror» zu führen oder einen Krieg anzuzetteln, um eine zivile Regierung wieder einzusetzen, müsse man, so Aminata, das gesamte Entwicklungsmodell verändern.“

Die Ausplünderung der Rohstoffe, **Uran (in Niger)**, **Öl**, **Bauxit** u. v. m. müsste gestoppt werden.

Sie bringt der afrikanischen Bevölkerung keinen Reichtum, viel mehr Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen (**Nigeria: Shell geht, die Ölverschmutzung bleibt; Rachel Chason „Golddrausch“**).

An den **ersten afrikanischen Klimagipfel** gerichtet forderten soziale Bewegungen u. a. die „Verabschiedung eines integrierten Ansatzes für Afrikas Klima-, Energie- und Entwicklungsfragen. Ohne einen solchen integrierten Ansatz unter afrikanischer Führung werden Konzepte wie "grünes Wachstum" lediglich den "Neokolonialismus" fördern.“

Der „perfekte Teufelskreis“ der **Verschuldung** (Christian Pelz) führt u. a. zum Ausverkauf von Land.

GRAIN: 65 Prozent des unbebauten Ackerlandes der Welt befinden sich in Afrika. GRAIN: „Die Afrikanische Entwicklungsbank muss aufhören, das neue trojanische Pferd des Agrobusiness in Afrika zu sein“. Soziale Bewegungen und indigene Völker stellten sich gegen den **UN-Gipfel zu Ernährungssystemen**: Sie prangerten den wachsenden Einfluss von Konzernen und ihrer Lobbyorganisationen innerhalb der Vereinten Nationen an.

„Der Kern der Kontroverse liegt in der Auseinandersetzung zwischen der Aufrechterhaltung konzerngesteuerter industrieller Ernährungssysteme und der Notwendigkeit einer menschenrechtsbasierten, agrarökologischen Transformation des Ernährungssystems hin zu **Ernährungssouveränität**.“

Zur Sicherung von Konzerninteressen, aber auch zur „Flüchtlingsabwehr“ dienen **Militärbasen**. Black Alliance for Peace fordert: **AFRICOM schließen!** Das Institut Tricontinental für Soziale Forschung hat ein Dossier veröffentlicht:

„Die Verteidigung unserer Souveränität: US-Militärbasen in Afrika und die Zukunft der Afrikanischen Union“.

Wir haben einen Artikel von John J. Mearsheimer übersetzt: „Rivalitäten zwischen Großmächten: ein Plädoyer für Realismus“ und erneut veröffentlichen wir Vorschläge, „den Ukraine-Krieg mit einem **Verhandlungsfrieden** zu beenden“. Roger Harris würdigt den Friedens-Aktivistin und Whistleblower **Daniel Ellsberg**;

FriedensATTAC Österreich setzt sich für **Friedensarbeit statt Hochrüstung** ein.



Der Newsletter **Sand im Getriebe (SiG)** informiert seit 2001 über internationale (Attac-) Bewegungen (Ignacio Ramonet: „Die Märkte entwaffnen“; Attac-Charta vom Dezember 1998). Der Titel „**Sand im Getriebe**“ spielt auf den Text von Ignacio Ramonet und ein Gedicht von Günter Eich an. Er ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen.

Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Ansichten einen gemeinsamen Ort.

In eigener Sache: Die „Sand im Getriebe“-Seite wurde am 15. Juli 2023 von der Attac-DE-Website gelöscht – gegen den Willen der SiG-Redaktion und trotz vieler Proteste von Attac-Mitgliedern und Regionalgruppen (Dokumentation über diesen für Attac Deutschland unrühmlichen Vorgang auf unserer neuen Website: www.sand-im-getriebe.org)

Haftungshinweis: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Gedruckte Exemplare von „Sand im Getriebe“ zum Selbstkostenpreis (2 € + Porto). Abonnement: 15 € für 5 Ausgaben.

Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen. Vorschläge, Fragen, Kritiken, kostenloses elektronisches Abonnement, Bestellung gedruckter Exemplare per E-Mail an die **Redaktion**: sand-im-getriebe@posteo.de

Redaktion dieser Nummer: Barbara Fuchs, Werner Horch, Martina Jäger, Ingeborg Schellmann, Marie-Dominique Vernhes, Christian Weber (Mitglieder von Attac Deutschland; diese Angabe dient nur zur Identifikation der Personen).

Danke an alle, die uns Hinweise und Anregungen gegeben haben. V. i. S. d. P.: Marie-D. Vernhes

Aminata Dramane Traoré «Wir wollen keine Toten für eine Demokratie, die keine ist»

Aminata Dramane Traoré über Demokratie in Westafrika und westliche Einflussnahme - [Claus-Dieter König](#)

20.08.2023 - Aminata Dramane Traoré ist die Grande Dame der Globalisierungskritik in Mali, engagierte Feministin, Essayistin und ehemalige Kulturministerin. Wir sprechen in einem Hotel in Dakar und diskutieren insgesamt vier Stunden lang über die Situation in Westafrika, die durch Putschregierungen in Guinea, Mali, Burkina Faso und seit kurzem auch in Niger geprägt ist. Wir sprechen intensiv, aber in der Einschätzung liegen wir meist nahe beieinander, so dass ich nicht mehr sicher sagen kann, welches Argument von ihr in die Diskussion eingebracht wurde, oder wo sie meinen Beiträgen zuhörte und ich daraus ihre Zustimmung ableitete.

Nicht noch einen Krieg

«Jetzt noch ein Krieg, weil Truppen der ECOWAS den Niger angreifen, das wäre katastrophal», so reagiert Aminata auf meine Frage, welchen Nutzen eine von der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft [angedrohte Intervention](#) haben könnte. «Was wäre das für eine Demokratie, die man mit Waffengewalt gegen die Bevölkerung erzwingt?» Militärs haben im Niger am 26. Juli die Macht an sich gerissen und den vor zwei Jahren gewählten Präsidenten Mohamed Bazoum inhaftiert. Das Attribut «demokratisch» wäre allerdings [beschönigend](#) für dessen bisheriges Handeln als Regierungschef: Oppositionelle wanderten ins Gefängnis und seine Partei PNDS sicherte sich die Macht durch Korruption und eine geschickte Politik den Oppositionsparteien gegenüber; ein System, das sein Vorgänger Mahamadou Issoufou etabliert hatte. Entweder wurden ihre Führungspersonen durch Posten und Pfründe in das Machtgeflecht der PNDS integriert und die Parteien auf diese Weise geschwächt oder sie wurden massiver Repression ausgesetzt. Der Unterschied zu einem Einparteiensstaat war lediglich formal, so dominierte die PNDS Politik und Öffentlichkeit. Nun will die *Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten* (ECOWAS) durch Androhung bzw. Anwendung von Waffengewalt eine liberale Demokratie wiederherstellen, der kein Projekt für das Land zugrunde liegt. Aminata beobachtet, dass den Nigrer*innen bewusst ist, dass die Politik aktuell ein Geschäft ist, in dem einige Wenige sich bereichern und in dem es keineswegs darum geht, in demokratischer Weise Entscheidungen zu treffen und dem Land und den Menschen zu dienen. Dass die Nigrer*innen ein solches System nicht wollten, artikulierten sie auf den Straßen.

Nach Aminatas Einschätzung sind es Frankreich und seine westlichen Partner, also auch Deutschland, die hinter den Angriffsdrohungen der ECOWAS stehen. Nach der ersten

Ankündigung einer militärischen Intervention, falls die Putschisten Bazoum nicht wiedereinssetzen, drohten die Juntas in Mali und Burkina Faso an, eine Invasion in den Niger als Kriegserklärung zu verstehen. Entsprechend würde ein Einmarsch von ECOWAS-Truppen einen regionalen Krieg auslösen.

Wir sind uns über die zwei wahrscheinlichen Folge-Szenarien einig: Entweder würde ECOWAS militärisch erfolgreich sein und als Besatzungsmacht gegen die nigrische Bevölkerung regieren. Wahlen, fänden sie wahrhaftig demokratisch statt, würden kaum das Wunschresultat einer dem Westen nahestehenden Regierung ergeben. Oder ein militärischer Erfolg bleibt in relativ kurzer Zeit aus. Dann würden die Militärs in Niger, Mali und Burkina Faso gestärkt und die Optionen wären ein lange schwelender regionaler Krieg oder der Rückzug der ECOWAS-Truppen.

In jedem Fall bedeute ein Krieg vor allem Leiden für die Bevölkerung, betont Aminata. Zudem würde er all die Faktoren, die zur Erstarkung djihadistischer bewaffneter Gruppen im Land beigetragen haben, verschlimmern, u.a. Armut und Unsicherheit, fehlende Investitionen und Personal für die Infrastruktur staatlicher Dienste wie Justiz, Gesundheit und Bildung. Wer nicht sicher ist, ob die Arbeit auf dem Feld morgen noch gefahrlos verrichtet werden kann, gibt diese auf und braucht andere Einkünfte. Ein Krieg würde die Region noch stärker militarisieren, obwohl sie gerade das Gegenteil benötigt. «Wir haben schon zu viele Tote und Hungernde, wir brauchen nicht noch mehr Tote für eine Form der Demokratie, die nicht die Demokratie ist, die wir brauchen», sagt sie.

Statt Krieg eine andere Wirtschafts- und Handelspolitik

Ich lenke das Gespräch in Richtung Lösungsansätze, möchte wissen, was sich ändern muss. Aminata spricht aber zunächst über die vielfältigen Ursachen der Konflikte und die Erstarkung des **Djihadismus im Sahel**, in ihrem Land Mali, im benachbarten Burkina Faso und im Niger. Sie verweist auf die Vernachlässigung ländlicher Regionen schon unter der Kolonialregierung und die Zusammenarbeit Frankreichs vor und nach der Unabhängigkeit mit lokalen traditionellen Autoritäten sowie bewaffneten Gruppen. Die Strukturanpassungspolitik habe seit Ende der 1970er Jahre staatliche Leistungen der Daseinsvorsorge massiv beschnitten, vor allem in den weit von den Hauptstädten entfernten Regionen des Sahel. Der Klimawandel verschärfe Ressourcenkonflikte, die zuvor oft vor Ort gemanagt und befriedet wurden.

In ihren Ausführungen macht Aminata deutlich, dass heute stärker als früher externe Akteure in die lokalen Konfliktynamiken eingreifen, sie verschärfen und verstetigen. Frankreichs Unterstützung für die separatistische Bewegung der Tuareg MNLA (*Nationale Bewegung für die Befreiung des Azawad*) im Norden Malis sei ein Beispiel dafür. Ein anderes sei 2011 die Invasion der NATO in Libyen und dass darauffolgend Waffen und Kämpfer in Richtung Sahel wanderten. Aminata hebt hervor, dass sich djihadistische Gruppen mittels Schutzversprechen in der lokalen Bevölkerung verankerten und viele ihrer Rekruten ihr Handeln unter anderem als soziale Revolte sähen.

Schließlich habe auch der [durch die Europäische Union](#) (EU) in die Sahelzone exportierte Kampf gegen Migration seine Folgen. In einer Region, in der Migration seit Jahrhunderten zum Alltag gehört, unterbindet die EU-Grenzpolitik nicht zuletzt auch regionale saisonale Migration, die für das Überleben in den oft kargen Regionen unabdingbar ist. Ohne die Option zu migrieren, hat die eh schon perspektivlose Jugend im Sahel noch weniger Möglichkeiten.

Entsprechend merkt Aminata an, dass viele Rekruten djihadistischer Gruppen keine Überzeugungstäter sind, sondern lediglich Geld verdienen wollten, von dem sie einen Großteil zur Unterstützung an andere Familienmitglieder sendeten. Egal ob Flüchtlinge wegen der Grenzexternalisierung der EU immer größere Risiken eingehen oder sich junge Männer bewaffneten Gruppen anschließen: Aminata sagt nüchtern: «Ihr Leben riskieren sie so oder so.»

Dann spannt Aminata den Bogen und kommt langsam zu ihrer **Vision der Zukunft**. Statt einen erfolglosen Krieg «gegen den Terror» zu führen oder einen Krieg anzuzetteln, um eine zivile Regierung wieder einzusetzen, müsse man, so Aminata, das gesamte Entwicklungsmodell verändern. Aktuell sei die Wirtschaft dem neoliberalen Paradigma unterworfen; übersetzt auf Westafrika heiße das vor allem: Rohstoffexport ohne Vorteile für die Bevölkerungen. Wirtschaftspolitik müsse sich stattdessen an den Bedarfen der Bevölkerung nach sicherem Einkommen und sicherer Ernährung orientieren.

Dafür sei es wichtig, betont Aminata, auf die lokale Konfliktbearbeitung und auf Verhandlungen zu setzen. Frankreich habe, solange es in Mali Truppen stellte und Einfluss auf die Regierung ausübte, jegliche Verhandlungen mit den Djihadisten untersagt. Selbst aber hätte Frankreich immer dann verhandelt, wann es darum ging, die Befreiung von Geiseln französischer Staatsbürger*innen auszuhandeln. Für die direkten Interessen Frankreichs und das Leben einiger weniger Französ*innen waren Verhandlungen mit den djihadistischen Gruppen also stets möglich, nie aber für die Interessen der Malier*innen, also für das Leben einiger tausend Menschen. Auch das habe die Menschen in der gesamten Region gegen Frankreich aufgebracht. Der Dialog mit den lokal sehr unterschiedlich agierenden djihadistischen Gruppen sei essentiell dafür, dass alltägliches Leben wieder möglich werde. Es brauche eine sichere Umgebung, damit Bäuer*innen ihre Felder bestellen, Viehhirt*innen ihre Tiere weiden lassen, Kinder die Schule besuchen könnten –

Grundlagen für den Aufbau einer an der Bevölkerung ausgerichteten Wirtschaftspolitik.

Nach den Putschen in Mali und Burkina Faso fordert der Westen immer wieder Wahlen, fokussiert sich auf das Formale der Demokratie. Aminata stellt aber klar: Nicht das Wiedereinsetzen einer Bürgerrechte missachtenden Regierung ist ein ernstzunehmender Schritt in Richtung Demokratie. Denn ein System, in dem ein Präsident für fünf Jahre quasi uneingeschränkt Macht ausübt, habe wenig mit Demokratie zu tun, selbst wenn die Wahlen korrekt verliefen. Auch in der afrikanischen Geschichte fänden sich dagegen Erfahrungen mit demokratischen Institutionen, die mehr Partizipation der Einzelnen ermöglicht hätten, als die heutigen aus Europa importierten Wahlsysteme. Kurzum: Wer Demokratie wirklich wolle, solle die freie Meinungsäußerung gewährleisten und sicherstellen, dass Menschen sich frei organisieren und ihre Interessen vertreten können.

Schließlich, es ist schon späte Nacht, frage ich Aminata nach ihrer Einschätzung zur Unterstützung Russlands von Seiten der malischen, burkinischen und nigrischen Bevölkerungen. Sie erinnert mich daran, wie euphorisch vor zehn Jahren in Mali die französische Intervention Serval von der Bevölkerung begrüßt worden war, als djihadistische Gruppen kurz vor der Hauptstadt Bamako standen. Sie habe damals die ausländischen Truppen nicht begrüßt und tue das auch jetzt nicht. Wer heute russische Flaggen schwenke, befasse sich nicht mit den globalpolitischen Zusammenhängen, die Flagge stehe vielmehr als Symbol gegen die neokoloniale Abhängigkeit von Frankreich. Die historischen Erfahrungen mit Frankreich seien Kolonialismus, neokoloniale Ausbeutung und zuletzt die Bevormundung Frankreichs im Rahmen des «Krieges gegen den Terror», wo die malischen Streitkräfte entmündigt wurden. Das Fass sei nun mehr als übergelaufen. Außerdem hätten in Mali gute Beziehungen zur Sowjetunion und später Russland eine lange Geschichte, viele hätten in Russland studiert.

Beim Abschied warnt Aminata jedoch: «Wir wollen auf keinen Fall, dass der Westen uns in einen Stellvertreterkrieg führt, weil er sich in Europa im Krieg gegen Russland befindet. Davor haben wir Angst.»

Aminata Dramane Traoré ist eine malische Essayistin, Feministin und Kritikerin einer Globalisierung zu Lasten Afrikas sowie ehemalige Ministerin für Kultur und Tourismus.

Claus-Dieter König ist Leiter des RLS-Büros in Westafrika. Er kennt Aminata seit 2013.

<https://www.rosalux.de/news/id/50951/wir-wollen-keine-toten-fuer-eine-demokratie-die-keine-ist>

Aminata Dramane Traoré:

[Faites taire les armes, pas les peuples](#)

(Bringt die Waffen zum Schweigen, nicht die Völker)

Ihre Seite:

<https://www.youtube.com/channel/UCs88ysZiYE5BUZhDH-HqAug/videos>

Offener Brief an die sozialen Bewegungen in Frankreich

Gemeinsame Mobilisierung für die Beendigung der Militäroperationen und Einmischungen Frankreichs in Niger und Afrika

23. August 2023 - Die Lage ist ernst: Präsident Macron versucht, die Netzwerke der Françafrique (einige Länder der ECOWAS) zu nutzen, um in Niger nach dem Militärputsch einen Krieg anzuzetteln. Es ist eines der ärmsten Länder der Welt, in einer Region, der Sahelzone, die bereits durch zwei Jahrzehnte Krieg aufgrund des Dschihadismus traumatisiert ist. Die öffentliche Meinung im Lande ignoriert dies, ist gleichgültig und das mitten im Sommer, der Zeit der Parlamentsferien. Angesichts dieser gefährlichen Eskalation sind wir der Ansicht, dass politische Organisationen, Gewerkschaften, Verbände und pazifistische oder antiimperialistische Kräfte alle Mittel einsetzen können und müssen, um von der Regierung und der parlamentarischen Vertretung klare Antworten auf die folgenden zwingenden Fragen zu verlangen:

- Wie sieht **die Bilanz der seit 2013 durchgeführten Militäroperationen** (Serval in Mali, Barkhane in der Sahelzone, Sangaris in der Zentralafrikanischen Republik) zur Beseitigung des islamistischen Terrorismus in diesen Regionen aus? Wie lässt sich der Mangel an überzeugenden Ergebnissen dieser Operationen erklären?

- Welche **Verbindung besteht zwischen diesen Militäroperationen und den Putschen in Mali im Jahr 2020, in Burkina-Faso im Jahr 2021 und nun in Niger**? Könnte es nicht eine kausale Beziehung zwischen Ursache und Wirkung geben, um ein angemessenes Kräfteverhältnis gegenüber einer De-facto-Besatzungsarmee herzustellen, deren Haushalt der siebt- oder achtgrößte der Welt und der zweitgrößte der Europäischen Union ist? Die historischen Abkommen über militärische Zusammenarbeit mit Frankreich und die Unterwerfung der ECOWAS wurden in der letzten Zeit abgelehnt. Dies in einem Kontext, in dem die von den Machthabern immer wieder wiederholten Ankündigungen demokratischer Prozesse nicht eingehalten werden - auch nicht vom Militär, das häufig die Macht an sich reißt - und stattdessen geopolitischen Rivalitäten und der Vereinnahmung der Staatsmacht durch die Eliten weichen, ein Verstoß gegen den von den Völkern zum Ausdruck gebrachten Willen zur nationalen Souveränität.

- Wie ist es zu erklären, dass **die Regierung sich auf die Souveränität der Ukraine beruft und sich zugleich in die inneren Angelegenheiten von Niger einmischt**? Wie ist es zu erklären, dass sie den Staatsstreich in Niger verurteilt, aber betrügerische Wahlprozesse unterstützt, die Diktaturen an der Macht halten, wie in Gabun und Togo? Sind diese "doppelten Standards" in den internationalen Beziehungen nicht ein Hinweis auf eine neokoloniale Politik, die im Sinne illegitimer Interessen an der Ausbeutung von Bodenschätzen betrieben wird? Es ist erwiesen, dass der Uranabbau durch ORANO (ehemals AREVA) weit davon entfernt ist, das Land zu bereichern, und dass er erhebliche Folgen für die Bevölkerung in Bezug auf die öffentliche Gesundheit und die Verseuchung der Umwelt hat und haben wird (Folgen, die bislang verschwiegen wurden).

- Wäre eine Militärintervention in Niger nicht unerträglich für eine Bevölkerung, die bereits sowohl von der Klimakrise als auch von der Wirtschaftskrise aufgrund der Auswirkungen des

Krieges in der Ukraine schwer getroffen wurde? Und würde sie nicht zu einer Destabilisierung einer Region führen, deren Jugendliche oft nur die Wahl haben, auszuwandern oder sich dem Dschihadismus anzuschließen, um zu überleben?

- Die Regierung musste **sich damit abfinden, ihre Truppen aus Mali und Burkina-Faso abzuziehen**. Warum sollte sie einen Krieg in Niger anzetteln?

- Müssen **die Völker der Sahelzone unter der Konkurrenz von imperialistischen Ländern** wie Frankreich, Russland (dessen Wagner-Gruppe sich seit dem Ende der Operation Barkhane in Mali befindet), den USA (die Stützpunkte in Niger haben)... leiden?

- Ist es nicht die Rolle Frankreichs, wenn es nicht wieder einmal seinem historischen Erbe als "Land der Menschenrechtserklärung" den Rücken kehren will, gemeinsam mit anderen Akteuren **die Diplomatie zu bevorzugen**? Und das in einem internationalen Kontext, der von der parasitären Zunahme bewaffneter Konflikte und der entsprechenden Militärbudgets geprägt ist. Dies kommt der militärisch-industriellen Lobby zugute, für die sich die ECOWAS-Länder verschulden müssen.

Aus all diesen Gründen ist es angesichts dieses Präsidenten-Diktats dringend geboten

- ein gewisses Schweigen in Bezug auf die Fragen Afrika-Frankreich wie auch in Bezug auf die Verwaltung des Militärs sektors aufzugeben. So wurde das Programmgesetz, das eine Verdoppelung des Militärhaushalts und die Einführung einer "Kriegswirtschaft" vorsieht, ohne organisierte Opposition und mit Unterstützung der Rechten verabschiedet.

- die Einrichtung folgender parlamentarischer Untersuchungsausschüsse zu fordern:

- zur Erstellung einer **Bilanz der OPEX** (Auslandseinsätze) in Afrika und insbesondere in der Sahelzone
- zur **Bilanzierung des Managements von Orano (ehemals Areva) im Niger**
- zur **Bilanzierung der Verwaltung der Währung CFA-Franc**, die wie die Militäroperationen Gegenstand einer wachsenden Feindseligkeit der frankophonen Völker ist.

- **aktiv und dauerhaft mit den demokratischen Organisationen im Niger, in der Sahelzone und in Afrika zusammenzuarbeiten**, um diese neokoloniale Verwaltung zu beenden und die nationale und regionale Souveränität zu respektieren.

- **eine organisationsübergreifende Petition breit zu publizieren**, die im Hinblick auf eine Mobilisierung in der einen oder anderen Form die französische Bevölkerung über die in ihrem Namen betriebene Politik informiert, die kriminell und damit schädlich für seine wohlverstandenen Interessen ist.

Ein solches Vorgehen zur Erweiterung unserer demokratischen Ziele kann nur die Erneuerung der bürgerlichen und politischen Debatte fördern, die derzeit weitgehend von den autoritären und fremdenfeindlichen Programmen der Rechten dominiert wird.

Originaltext und Unterschriften: [Mediapart](https://blogs.attac.org/groupe-afrique/article/arret-des-operations-militaires-et-des-ingerences-de-la-france-au-niger-et-en) und <https://blogs.attac.org/groupe-afrique/article/arret-des-operations-militaires-et-des-ingerences-de-la-france-au-niger-et-en>

Gewerkschaft CGT Frankreich In Niger die Demokratie ausbauen, die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schützen!

Montreuil, den **1. August 2023** - In Niger wurde am Morgen des 26. Juli ein Putsch von Mitgliedern der Präsidentengarde unter der Führung ihres Anführers, General Abdourahmane Tchiani, durchgeführt. Die Gründe für diesen Putsch scheinen tief in den Manövern von Ländern mit kolonialistischen Bestrebungen zu liegen.

Der gestürzte Präsident Mohamed Bazoum, der Frankreich nahesteht, erfährt somit die Opposition seiner früheren Vertrauten, die unmittelbar nach der Ankündigung des Putsches Unterstützung von der paramilitärischen Gruppe Wagner und im Hintergrund von Russland erhalten haben.

Die Bevölkerung Nigers scheint gespalten darüber zu sein, welchen Clan sie unterstützen soll. Die Jugend wirft dem amtierenden Präsidenten Vetternwirtschaft, Ineffizienz und die endemische Korruption vor, die das Land unterminiert. Der Rest der Bevölkerung unterstützt zwar keine der beiden Parteien, aber die Nigrer scheinen müde, desillusioniert und verbittert angesichts einer Regierung, die nichts für die Verbesserung des Wohlergehens der ArbeitnehmerInnen und der Bevölkerung tut.

Nach 60 Jahren Souveränität hat Niger Schwierigkeiten, aus der **Ausbeutung seiner natürlichen Ressourcen** (Uran, Kupfer, Phosphat, Eisen, Mangan, seltene Mineralien wie Lanthanum, Scandium ...) Nutzen zu ziehen. Jetzt, wo die meisten Uranminen der Welt erschöpft sind, befinden sich die größten Reserven der Welt in Niger. Uran, Gold und Öl werden in undurchsichtiger Weise ausgebeutet, eine Situation, die von den BürgerInnen, von denen die meisten in Armut leben, angeprangert wird.

Der mineralische Reichtum Nigers wird von **multinationalen Konzernen**, darunter **Orano (ehemals Areva)**, ausgebeutet. Die Gewinne aus dieser Ausbeutung fließen direkt in die Länder des Nordens und die Staatskasse des Landes bleibt blutleer. Für das Netzwerk "panafrikanisch für Frieden, Demokratie und Entwicklung" (**REPPAD**) kann man in Niger nicht von Unabhängigkeit sprechen, da die natürlichen Ressourcen von einem französischen Unternehmen kontrolliert werden, zu dessen Gunsten die Regierung die Gesetze ändert, um die Profite des betreffenden Unternehmens zu maximieren.

Dies sind nur die Schrecken einer Kolonialisierung, die sich weigert zu sterben, und die zweifellos durch einen ferngesteuerten Krieg zwischen einem NATO-Mitglied, Frankreich, und einem Land, das die Ukraine angreift, Russland, ergänzt wird. Die Kolonialisierung, ein räuberisches Phänomen, wie es im Buche steht, muss überall auf der Welt abgeschafft werden. Für die CGT kommt es nicht in Frage, die französische Kolonialisierung durch die russische Kolonialisierung (durch den Wagner-Konzern) zu ersetzen.

Die französische Regierung und die französischen Medien wiederholen immer wieder, dass die französische Präsenz im Rahmen des Kampfes gegen die Ausbreitung des Dschihadismus notwendig ist.

Für die CGT ist die beste Methode, um den **Dschihadismus** zurückzudrängen, die **Entwicklung des Lebensstandards** der Einwohner, die Verbesserung des Wohlstands und der Entlohnung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Ermögli-

chung der Entwicklung eines hochwertigen öffentlichen Dienstes, des Zugangs zu Pflege, Bildung, Gesundheit und einer hochwertigen Umwelt und dass die Ausbeuter der ehemaligen kolonisierten Länder die Schulden zurückzahlen, die sie bei den Ländern des Südens gemacht haben.

Die CGT unterstützt die Demokratie unter der Voraussetzung, dass sie den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und der Bevölkerung die Menschenrechte nicht vorenthält und die Entwicklung neuer Rechte unter Einhaltung der IAO-Übereinkommen und der Übereinkommen der UN-Organisationen zu den verschiedenen oben genannten Themen ermöglicht.

Quelle: [syndicollectif](https://syndicollectif.org/)

Die Confédération paysanne* verurteilt die Gefahr einer Militärintervention in Niger und unterstützt die Bevölkerung und die Bauern der Sahelzone

17. August 2023 - Die Bauern-, Hirten- und Fischergemeinschaften, die die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung Nigers ausmachen, wären die ersten Opfer eines Krieges.

Wir, die Bäuerinnen und Bauern der Confédération paysanne, fordern als repräsentative Gewerkschaftsorganisation die französische Regierung auf :

- Weder direkt noch über die ECOWAS militärisch in Niger einzugreifen,
- die französische Armee aus dem Land abzuziehen,
- für die Rohstoffe, die sie aus diesem Land seit Jahren importiert, einen angemessenen Preis zu zahlen.

Wir **verurteilen die Wirtschaftssanktionen**, die dem nigrischen Volk auferlegt wurden, d. h. die Schließung der Grenzen, die Aussetzung von Handelsgeschäften und das Einfrieren der Guthaben bei der Zentralbank der westafrikanischen Staaten.

Wir sind **solidarisch mit unseren befreundeten Bäuerinnen und Bauern und der Bevölkerung von Niger**, wir verstehen ihre Wut und ihre Ablehnung der Kolonialpolitik Frankreichs, die sie schon viel zu lange erliden.

Wir fordern unsere Regierenden auf, alle politischen, wirtschaftlichen und militärischen Manöver in der Sahelzone einzustellen.

Wir fordern ein Ende jeglicher Einmischung und jeglicher arroganter und belehrender Haltung gegenüber den Menschen in Westafrika.

Wir fordern gemeinsam mit unseren Verbündeten von La Via Campesina die Souveränität der Völker und das Ende der Imperialismen. **Ernährungssouveränität**, die Unterstützung von bäuerlichen Familienbetrieben und die Achtung der Bauernrechte durch die Umsetzung der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der Bauern und anderer in ländlichen Gebieten tätiger Personen (UNDROP) sind Schlüsselemente für die Schaffung von Wohlstand und Frieden".

https://www.confederationpaysanne.fr/rp_article.php?id=13693

* Gewerkschaften für eine bäuerliche Landwirtschaft und die Verteidigung ihrer Beschäftigten, Mitglied von [Via Campesina](#)

Survie, Frankreich: Frankreich muss aufhören, den Brandstifter zu spielen und die Leugnungshaltung aufgeben, indem es seine Soldaten evakuiert

– Übersetzung in der [Werkstatt von SiG 152](#)

Pablo Flock, IMI

Kommt nun der Showdown im Sahel?

[...] Der Putsch im Niger am 26. Juli 2023 folgt ähnlichen Putschen, die seit 2020 in den beiden Nachbarländern Mali und Burkina Faso stattfanden. Doch etwas ist anders nun.

Wie Mali und Burkina Faso kämpft auch der Niger seit einigen Jahren gegen verschiedene dschihadistische Gruppen, die entweder al-Qaida oder dem Islamischen Staat die Treue schworen. Alle drei Länder sind oder waren Mitglied in der G5-Sahel-Gruppe, die die Islamisten gemeinsam mit der französischen Barkhane Mission bekämpften. Die Putschisten in allen drei Ländern nannten als Grund für ihre Machtergreifung die Unfähigkeit der zivilen Regierungen, die Sicherheitssituation unter ihre Kontrolle zu bringen.

Wie in den beiden anderen Ländern wurde der Putsch von Demonstrationen begleitet, auf denen russische Fahnen wehten, Schilder mit „Frankreich tötet Niger – Es lebe Putin“ zu sehen waren und französische Flaggen brannten. Wie in Burkina Faso im Jahr 2022, griffen auch im Niger Protestierende die französische Botschaft an. Auch der Niger kündigte, wie Mali und Burkina Faso, die militärische Zusammenarbeit mit Frankreich auf, wenn auch etwas schneller.

Alle drei Länder wurden nach den Putschen von der Regionalorganisation Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (auch unter dem englischen Akronym ECOWAS oder dem französischen CEDEAO bekannt) mit Sanktionen belegt, bis sich die Länder wieder auf dem Weg zu Demokratie und Rechtsstaat befänden. Doch die Putschisten im Niger werden ungleich härter unter Druck gesetzt.

Flächenbrand im Sahel

Denn neben den gängigen Sanktionen, wie etwa dem Schließen der gemeinsamen Grenzen, des Waren- und Zahlungsverkehrs und Reiseverbote für die Putschisten, sprach die ECOWAS nach dem Treffen am Sonntag, 30. Juli 2023, ein Ultimatum von einer Woche aus, bis wann der abgesetzte Präsident Mohamed Bazoum freigelassen und wieder eingesetzt werden muss. Sonst werde das Bündnis „alle notwendigen Maßnahmen ergreifen“, um die verfassungsmäßige Ordnung wieder herzustellen. Dies beinhaltet ausdrücklich auch den „Rückgriff auf Gewalt“.¹ Ein Treffen der Verteidigungsminister der Mitgliedsländer, um ein solches Vorgehen zu besprechen, wurde ebenso direkt angekündigt. Letztes Jahr hatte der Block entschieden, eine kleine ständige regionale Eingreiftruppe zu bilden, die beim Kampf gegen den Terror helfen und für Eingriffe gegen Putschisten genutzt werden kann. Über die Planungsphase kam diese bisher jedoch noch nicht heraus.

Die in der Entscheidungsstruktur der Regionalorganisation suspendierten Putschistenregierungen in **Mali** und **Burkina Faso** positionierten sich unmittelbar gegen die Erklärung der ECOWAS. Eine militärische Intervention im Niger komme einer Kriegserklärung gegen Mali und Burkina Faso gleich und könne einen Flächenbrand im Sahel verursachen. Sie drohten den Block dann zu verlassen und implizit, auf der Seite Nigers zu kämpfen. Auch die ebenfalls aus einem

Militärputsch hervorgegangene Regierung des Mitgliedslands **Guinea** äußerte seine „Ablehnung gegenüber den von der ECOWAS befürworteten Sanktionen“. Sie seien „illegitim und unmenschlich“.²

Zudem äußerte sich die größte Militärmacht Afrikas, **Algerien**, besorgt um die Ankündigung der ECOWAS. Algerien grenzt im Norden an den Niger und eine Intervention im Niger sei deshalb eine Bedrohung für das Land, so der Präsident Abdelmadjid Tebboune, der zudem auf Libyen und Syrien als Beispiele für nach Interventionen nachhaltig geschädigte Länder verwies.³

Ähnlich wie Guinea äußerte sich die Obfrau der deutschen Partei die Linke im Auswärtigen Ausschuss, **Sevim Dagdelen**: „Eine militärische Intervention durch Ecowas und westliche Verbündete wäre völkerrechtswidrig und muss verhindert werden.“ Doch damit steht sie auf dem alten Kontinent recht alleine da.

Denn **Unterstützung bekam die ECOWAS reichlich aus Europa**. Der **EU-Außenbeauftragte Josep Borrell** verkündete sogleich: „Die Europäische Union unterstützt alle Maßnahmen, die die ECOWAS als Reaktion auf den Staatsstreik ergriffen hat und wird sie rasch und entschlossen fördern.“ Auch **Frankreich** ließ verlautbaren, es unterstützte „alle regionalen Initiativen“, die darauf abzielten, „die verfassungsgemäße Ordnung wiederherzustellen.“ Die deutsche Außenministerin **Annalena Baerbock** erklärte am Dienstag, 1. August 2023, ausnahmsweise etwas zurückhaltender, sie „begrüße“ die „Bemühungen von Afrikanischer Union und ECOWAS um eine politische Lösung“.

Überraschenderweise stellt sich Nigers Nachbarland **Tschad**, welcher nicht Teil der ECOWAS ist aber als treuer Vasall Frankreichs gilt, nicht hinter die Drohungen. Der Verteidigungsminister kündigte am 4. August an, dass keine tschadischen Truppen intervenieren wollen.⁴ Nachdem der langjährige, durch Frankreich gestützte Herrscher des Tschads, Idriss Déby Itno, im Jahr 2021 angeblich an Kampfeswunden starb, setzten die Generäle entgegen der tschadischen Verfassung Débys Sohn als Interimspräsidenten ein. Frankreich begrüßte diesen Putsch damals und der Präsident Emanuel Macron nahm zusammen mit EU-Außenrepräsentant Borrell an der Beerdigung des Diktators bei, den er dort einen „Freund Frankreichs“ nannte. Der Tschad wird deshalb auch von Putschisten in Mali und Burkina Faso oft als Beispiel dafür aufgeführt, dass es für den Westen gute und böse Putschisten gäbe, die verurteilt oder gefördert würden, je nachdem, wie sehr sie den Interessen der westlichen Mächte entsprächen. [...]

Ein weiterer Krieg für Bodenschätze?

Der französische Präsident, Emmanuel Macron, hatte schon zuvor erklärt, jegliche Angriffe auf französische Interessen würden eine „schnelle und kompromisslose Antwort“ auslösen. Interessen hat Frankreich reichlich im Niger.

Der französische **Atomkonzern Orano** (zuvor Areva) hatte bislang als einzige ausländische Firma Zugriff auf die nigr-

schen **Uranreserven**, die zu den größten der Welt gehören. Sie befeuern, je nach Quelle, 10 bis 30% der französischen Atomkraftwerke. Frankreich bezieht bis zu 80% seines Stroms aus Nuklearenergie, hat den größten Nuklearpark der Welt und ist mit Deutschland einer der größten Stromexporteure Europas.

Und auch andere Länder Europas beziehen Uran aus dem Niger. Insgesamt machten nigrische Importe laut der Europäischen Versorgungsagentur Euratom (ESA) im Jahr 2021 24% der Lieferungen an die EU aus.

Wie die Washington Post mit Referenz an die Financial Times schreibt, hätten die Putschisten am 31. Juli 2023 angekündigt, die Uran- und Goldexporte nach Frankreich auszusetzen.⁶ In diesem Fall wären die Fragen der Journalisten in einem Q&A mit dem Außenministerium berechtigt, ob dies schon als Angriff auf die französischen Interessen zu werten sei. Der Sprecher spielte die Bedeutung Nigers jedoch herunter. Die Versorgung sei extrem diversifiziert.⁷

Ein Fact-Check von Reuters markiert diese Information jedoch als Fake News. Ihr Medium hätte, wie auch die BBC und andere Medien, die Falschinformation weiterverbreitet. Sie zitieren den Bergbaukonzern Orano, der am 1. August 2023 angekündigt hatte, ihre Operationen liefen weiter.⁸

Selbst wenn die Ankündigung gestimmt hätte, wäre sie nicht unbedingt endgültig. So zitiert Telepolis beispielsweise den emeritierten Forschungsdirektor des Institut de Recherche pour le Développement (Forschungsinstitut für Entwicklung), Emmanuel Grégoire, der das Minengeschäft im Land mit sechs erfolgreichen und weiteren versuchten Putschen einordnet: „In den meisten Staatsstreich, die Niger erlebt hat, wurde der Uransektor nie grundlegend infrage gestellt.“ Auch Burkina Faso und Mali, die sich militärisch von Frankreich und dem Westen abwendeten, hätten alle Wirtschaftsbeziehungen mit Frankreich und anderen Ländern aufrechterhalten.

Jedoch sind es gängige Versprechen solcher populär getragener Putsche in Westafrika, die zumeist wirklich unvorteilhaften Verträge mit meist französischen Bergbaukonzernen neu auszuhandeln. Nachdem Militärs im Jahre 2010 den Präsidenten Mahmoud Tandja beseitigt hatten, der sich mit einer Verfassungsänderung mehr als zwei Amtszeiten an der Macht halten wollte, handelte der danach neu gewählte Präsident, Mahamadou Issoufou, die Bergbauverträge mit Orano neu aus und konnte den Preis wohl um 50% steigern.⁹ Dies zeigt wohl vor allem, wie billig Frankreich das nigrische Uran stets abgreifen konnte.

Leider scheint trotzdem bis heute kaum Geld aus dem Minengeschäft bei der Bevölkerung anzukommen. Auf dem Human Development Index nimmt es den 189. Platz von 191 Ländern ein. **Über 40% der Bevölkerung lebt in Armut.** Manche machen immer noch die Arbeits- und Besitzverhältnisse des Uransektors dafür verantwortlich und nennen diese korrupt, beispielsweise Vijay Prashad und Kambale Musavuli in der jungen Welt. So gehöre laut jW das „staatliche“ Bergbauunternehmen Somair nur zu 15% dem nigrischen Staat und zu 85% der französischen Atomaufsichtsbehörde, Orano und einem anderen französischen Unternehmen.¹⁰ Auf Wikipedia wird das Unternehmen zu 63%

Orano und zu 37% dem nigrischen Staat zugehörig ausgewiesen.

Zum Abschöpfen der Profite kommt zudem auch die **Auslagerung der Schäden durch den Bergbau auf die Bevölkerung**. In der Uranregion Arlit leiden viele Menschen an Krankheiten durch den gelben Staub. Anders als europäische Minenarbeiter können sie jedoch keine Wiedergutmachung fordern.

Der letzte Anker im Sahel

Neben den wirtschaftlichen Interessen dürften die militärischen Interessen Frankreichs, aber auch der anderen westlichen Länder, am schwersten wiegen. Seit Mali und Burkina Faso Frankreich und der EU diesbezüglich den Rücken zukehrten, wurde der Niger der „Stabilitätsanker“ des Westens in der Region. Als die französische Barkhane Mission Mali verlassen musste, zog sie sich zuerst nach Niger zurück. Dort unterhält Frankreich schon länger **zusammen mit der deutschen Bundeswehr ein Luftdrehkreuz nahe der Hauptstadt Niamey**. Nachdem auch die militärische Europäische Ausbildungsmission EUTM-Sahel Mali verlassen hatte, sollte sie sich nun auf den Niger konzentrieren. Wie es in der im Mai 2023 veröffentlichten neuen Sahelstrategie der Bundesregierung ausgedrückt wurde, soll dadurch einen „Stabilitätsbogen“ um die beiden von Putschisten regierten und sich Russland annähernden Nachbarländer, Mali und Burkina Faso, zu bilden.¹¹ Dies steht nun ebenso auf wackeligen Füßen, wie die sich noch in Kinderschuhen befindende **EU Military Partnership Mission in Niger** (EUMPM Niger), in der die EUTM-Sahel aufgehen sollte und für welche die Bundesregierung erst im April 60 Personen mandatierte.

Bisher scheinen aber nur drei Verbindungsoffiziere für diese Mission im Land zu sein. Dazu kommen wohl rund 100 deutsche Soldat*innen, die am Luftdrehkreuz stationiert sind und eventuell einige Spezialkräfte, die (eigentlich nur) zur Ausbildung der nigrischen Spezialkräfte im Land sein sollten – letztere wirkten aber am Putsch mit. Für Deutschland ist die nigrische Basis besonders wichtig, um den Rückzug der 800 sich im Rahmen der UN-Mission MINUSMA in Mali aufhaltenden Soldaten durchzuführen, und dabei eine Rettungskette zu behalten.

Auch Italien soll noch rund 300 Militärs im Land haben. Frankreich hat jedoch noch rund 1.500 von der Barkhane verbleibende Soldat*innen in dem Land stationiert und dadurch nicht nur vitales Interesse an deren Wohlergehen, sondern auch schlagkräftige Argumente, seine Interessen durchzusetzen. Zudem hat die USA zwei Militärstützpunkte, davon eine Drohnenbasis, wo insgesamt rund 1.000 US-Soldat*innen untergebracht sind.

Bei alle diesen militärischen Missionen zur Bekämpfung der islamistischen Aufständischen, darf nicht vergessen werden, dass **der Niger auch eine Schlüsselrolle in der europäischen Migrationsbekämpfung spielt**. Er liegt zentral auf der Route nach Libyen und Algerien und war zudem in den letzten Jahren williger Helfer, nicht nur in der Festnahme von Migrant*innen, sondern auch in der Rücknahme und Ansiedlung von aus Algerien und Libyen rückgeführter Migranten. [...]

Anmerkungen:

1 Abderrahmane, Abdelkader: Coup d'État au Niger: ce qui se joue au Sahel est une redistribution des cartes géopolitiques.

middleeasteye.net 02.08.2023

2 Ebd.

3 Nigeria: des voix s'élèvent contre une intervention militaire au Niger. lemonde.fr 06.08.2023. Eine Plattform der größten Oppositionsparteien, die Coalition of United Political Parties, verurteilte die Gewaltandrohung. Sie nannten eine Intervention „nicht nur nutzlos“, sondern zudem „unverantwortlich“. Die nigerianischen Sicherheitskräfte seien mit den Herausforderungen im eigenen Land, der dschihadistischen Boko Haram Miliz und kriminellen Gruppen, ausgelastet und die Bevölkerung könne sich eine weitere Verschlechterung der ökonomischen Lage durch einen Krieg nicht leisten.

4 Chad will not intervene in Niger coup, defence minister says.

reuters.com 04.08.2023

5 Pany, Thomas: Putsch im Niger: Startet Frankreich den Uran-Krieg? telepolis.de 31.07.2023

6 Tharoor, Ishan: The coup in Niger puts spotlight on nation's uranium. washingtonpost.com 01.08.2023

7 Französisches Ministerium für Europe und äußere Angelegenheiten: Niger – Q&A from the press briefing (31 July 2023) diplomatie.gouv.fr (abgerufen: 04.08.2023)

8 Reuters Fact Check: Fact Check-Niger, Mali and Burkina Faso not halting exports of uranium and gold reuters.com 02.08.2023

9 Lopez, Marie-Caroline: Hollande prône la coopération sur l'uranium avec le Niger. latribune.fr 11.06.2012

10 Prashad, Vijay und Kambale Musavuli: Keine Marionetten mehr. Französische Exkolonien forcieren per Staatsstreich Abkehr von Ausbeutung, Kontrolle und Korruption. In: Junge Welt 02.08.2023

11 Marischka, Christopher: Anerkennung der Multipolarität. Bundesregierung passt ihre Sahel-Strategie an. IMI-Standpunkt2023/018 imi-online.de 25.05.2023

<https://www.imi-online.de/2023/08/04/vorbereitung-eines-angriffkriegs/>

Christoph Marischka (27. Juli 2023): Erste Einschätzungen zum Putsch in Niamey, [IMI-Standpunkt 2023/028](https://imi-online.de/2023/08/04/vorbereitung-eines-angriffkriegs/)

Pablo Flock (22. August 2023): Beliebte Putschisten.

Eine postkoloniale Dialektik, [IMI-Standpunkt 2023/030](https://imi-online.de/2023/08/04/vorbereitung-eines-angriffkriegs/)

Pablo Flock (22. August 2023) Verzweigung im Land, Selbstschutz im Palast, [IMI-Standpunkt 2023/031](https://imi-online.de/2023/08/04/vorbereitung-eines-angriffkriegs/)

zur langen Vorgeschichte: **IMI-Seite zur Sahel-Region:**

<https://www.imi-online.de/category/regionen/afrika/nordafrika/sahel/>

24. September 2023: Ankündigung des Abzugs aus dem Sahel

([german foreign policy](https://www.german-foreign-policy.com)) – Nach der Ankündigung von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, die französischen Streitkräfte aus Niger abziehen, zeichnet sich auch der Rückzug der Bundeswehr aus dem Land ab.

Macron teilte am gestrigen Sonntag mit, die etwa 1.500 in Niger stationierten französischen Soldaten würden bis Ende des Jahres nach Frankreich heimkehren. Der Ankündigung waren nach einem Ultimatum der Junta in Niamey kontinuierliche Proteste der nigrischen Bevölkerung gegen die französische Militärpräsenz vorausgegangen. Bereits in der vergangenen Woche hatte der Berliner Verteidigungsminister

Boris Pistorius geurteilt, die Bundeswehr müsse ihre Präsenz in Niger „überprüfen“; dies gelte „umso mehr“, falls Frankreich seine Truppen abziehe. Dies ist nun der Fall. Damit verlieren die Mächte Westeuropas innerhalb weniger Jahre ihre gesamte Militärpräsenz und ihren einst starken politischen Einfluss im zentralen Sahel; dieser erhält die Chance auf eine eigenständigere Entwicklung. Stärkeren Einfluss gewinnt Russland. [...]

Die USA sind bestrebt, sich über ihre Drohnenbasis bei Agadez im Sahel halten zu können. Gelingt ihnen dies, hängen sie Frankreich einmal mehr machtpolitisch ab. [...]

Völkerrecht nach Belieben: Kosovo, Krim, Türkei – jetzt Niger

Nach dem Militärputsch in Niger schweigen sich Politiker und Medien darüber aus, ob ein militärisches Eingreifen der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft völkerrechtlich abgestützt und legitim wäre. Vor allem französische Medien befürworten ein Eingreifen. Die USA sind besorgt wegen ihrer dortigen [Militärbasis](https://www.militarbasis.com). Niger ist zudem der siebtgrößte [Produzent von Uran](https://www.produzent-von-uran.com).

Offensichtlich wird das Völkerrecht à la carte beziehungsweise nach Belieben angerufen. Wenn die Türkei das Grenzgebiet in Syrien besetzt und de facto annektiert, kritisiert kaum jemand diese krasse Verletzung der UNO-Charta. Wenn Russland die Krim annektiert, wird ein Verstoß gegen das Völkerrecht sofort angezeigt.

Die Öffentlichkeit darf erwarten, dass Medien über sämtliche Verletzungen der UNO-Charta informieren – unabhängig davon, wer sie begeht.

Das jüngste Beispiel ist das 25-Millionen-Einwohner-Land Niger in der Sahelzone. Tagelang berichteten Medien von einem möglichen militärischen Eingreifen der [ECOWAS-Staaten](https://www.ecowas-staaten.com) in Niger, um die dortigen Putschisten-Militärs zu stürzen und den gewählten Präsidenten wieder an die Macht zu bringen. Seit dem Zweiten Weltkrieg gilt aber laut UNO-Charta das *Prinzip der Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes*. Die Nicht-Einmischung gilt als hohes völkerrechtliches Gebot und als wesentliche Voraussetzung für den Weltfrieden. Eine militärische Einmischung in ein anderes Land kann im Ausnahmefall – etwas vereinfacht formuliert – nur die UNO aus humanitären oder friedensbedrohenden Gründen beschließen.

Infosperber hat einige Völkerrechtsprofessoren angefragt, wie es mit dem Nicht-Einmischungsgebot in Niger steht. Mehr: [infosperber](https://www.infosperber.com)

Die globaLE - ein politisches Filmfestival in Leipzig,

3. August bis 31. Oktober 2023 Wir nutzen Film als Medium, um die weltweiten Zusammenhänge und Auswirkungen kapitalistischer Ökonomie zu dokumentieren, aber auch um den Widerstand gegen Ausbeutung und Ausgrenzung zu zeigen und wie Menschen ihren Mut, ihre Würde und ihre Hoffnung nicht verlieren. [Programm](https://www.globale-leipzig.de)



globaLE
Globalisierungskritisches Filmfestival
Leipzig, 03. August - 31. Oktober 2023

German Foreign Policy

ECOWAS: Gewalt und Sanktionen

11 Aug 2023

Extrem unbeliebt

Die Drohung der westafrikanischen Staatengruppierung ECOWAS mit einer militärischen Intervention zur Wiedereinsetzung des gestürzten Präsidenten Mohamed Bazoum hatte rasch dazu geführt, dass wachsende Teile der Bevölkerung sich auf die Seite der Junta stellten. Dazu beigetragen hatte zum einen, dass die Regierung Bazoum wegen ihrer Korruption und ihrer brutalen Repression gegen jegliche Opposition „extrem unbeliebt“ war, wie der am African Studies Centre der Universität Leiden tätige Politikwissenschaftler Abdourahmane Idrissa festhielt (german-foreign-policy.com berichtete [1]). Mit Blick auf die Äußerung, die Demokratie in Niger müsse durch Bazoums Wiedereinsetzung gerettet werden, erklärte etwa ein Vertreter der Alliance pour la paix et la sécurité, einer Nichtregierungsorganisation: „Wir Nigrer haben [vor dem Putsch, d. Red.] nichts als das Ersticken unserer Grundrechte erlebt und die Korruption und die illegitime Bereicherung neue Gipfel erreichen sehen“.[2] Der ehemalige Generalsekretär der Gewerkschaft Synaceb schilderte vor kurzem, wie im März 2020 eine von ihm organisierte Kundgebung gegen Korruption brutal aufgelöst worden war: Repressionskräfte schossen, drei Menschen kamen zu Tode, er wurde festgenommen und sechs Monate in Haft gesperrt.[3] Es gibt viele solche Berichte. [...] Die Gewaltdrohung der ECOWAS hat auch politische Kräfte, die den Putschisten zunächst eindeutig ablehnend gegenüberstanden, veranlasst, zur Unterstützung der Junta überzugehen. [...] Zudem sind Parteien wie Moden-Fa Lumana, die bedeutendste Oppositionspartei, zur Unterstützung der Putschisten übergegangen. Ihr Vorsitzender Hama Amadou war vor der Präsidentenwahl im Jahr 2016 inhaftiert worden; anschließend entzogen ihm die Behörden in Niamey das passive Wahlrecht, weshalb er bei den Wahlen im Jahr 2021 nicht kandidieren konnte – zum Vorteil von Bazoum.[5] [...]

Noch mehr Hunger

Für Wut auf die ECOWAS sorgen zudem die von der Staatengruppe am 30. Juli verhängten Sanktionen, die nicht nur Nigers Finanzsystem vollständig zu strangulieren drohen, sondern auch die Bevölkerung dramatisch belasten. Niger

ist eins der ärmsten Länder der Welt [...]. Laut Angaben der Weltbank lebten zuletzt 41,8 Prozent seiner gut 25 Millionen Einwohner in extremer Armut. 19,8 Prozent aller Nigrer leiden an Unterernährung; 44,4 Prozent aller Kinder unter fünf Jahren weisen Wachstumsstörungen auf.[6] Die Sanktionen sehen nun vor, dass sämtliche Einfuhren, darunter auch Importe lebensnotwendiger Güter, unterbunden werden. Bislang kamen 70 Prozent des in Niger verbrauchten Stroms aus Nigeria, das seine Lieferungen nun aber eingestellt hat; Stromausfälle sind seither an der Tagesordnung. Die Lebensmittelpreise sind mittlerweile erheblich gestiegen, der Preis für Reis etwa um ein Drittel, derjenige für Speiseöl um die Hälfte.[7] UN-Vertreter weisen darauf hin, dass auch Medikamente nicht mehr eingeführt werden können. Ein Sprecher des Auswärtigen Amts äußerte dazu: „Jetzt fangen die Sanktionen zu wirken an“. Zwar hätten sie „schmerzhafte Auswirkungen auf die Menschen“, aber eben „auch auf das Regime“.[8]

[...] Mehr zum Thema: [Nach uns der Flächenbrand](#) und [Nach uns der Flächenbrand \(II\)](#).

[1] Pierre Lepidi: Niger: « Le projet visant à renverser Mohamed Bazoum existe depuis longtemps au sein de l'armée ». lemonde.fr 28.07.2023. S. dazu [„Ein verlässlicher Partner“](#).

[2], [3] Morgane Le Cam: Au Niger, la junte est portée par la colère contre une « démocratie malade ». lemonde.fr 09.08.2023.

[4], [5] Morgane Le Cam: A Niamey, la menace d'une intervention militaire alourdit l'atmosphère sans entraver le quotidien. lemonde.fr 07.08.2023.

[6] Niger. globalhungerindex.org.

[7] Niger food prices soar after ECOWAS imposes sanctions. dw.com 05.08.2023.

[8] Regierungspressekonzferenz vom 7. August 2023.

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9327>

14.09.2023 : La Via Campesina and CETIM denounce the sanctions against Niger at the UN

<https://viacampesina.org/en/la-via-campesina-and-cetim-denounce-the-sanctions-against-niger-at-the-un/>

Collectif Tournons la page. <https://tournonslapage.org/fr>

2014 gegründet, ein Zusammenschluss von 250 Bewegungen und Vereinigungen in 14 afrikanischen Ländern, die zur Frage der Demokratie und der Menschenrechte aktiv sind.

Wut auf Paris in Françafrique: CFA

Fanny Pigeaud, [Le Monde diplomatique](#) vom 12.03.2020 [...] Die Afrikanische Währungsgemeinschaft (Communauté financière africaine, CFA) ist derzeit in zwei Zonen aufgeteilt: den CFA-Franc Westafrikas und den CFA-Franc Zentralafrikas. Die Währung ist an den Euro gekoppelt und steht nach wie vor unter der Kontrolle Frankreichs, das ihre Konvertierbarkeit garantiert. Den Kritikern zufolge behindert der CFA-Franc die Entwicklung der beteiligten Länder, da er ihnen einen Teil ihrer Souveränität nehme. Sie fordern die Einführung von regionalen oder nationalen Währungen. [...] Macron, der noch 2017 versicherte, der CFA-Franc sei „für Frankreich kein Thema“, kündete daraufhin bei einem

Besuch in Abidjan Ende 2019 überraschend eine Reform des CFA-Franc Westafrikas an. Die acht betroffenen Staaten sollen nicht mehr verpflichtet werden, 50 Prozent ihrer Devisenreserven beim französischen Schatzamt zu deponieren. Allerdings bleibe dadurch die „untergeordnete währungspolitische Position“ nach wie vor bestehen, [monierten rund 50 afrikanische Experten](#) – insbesondere durch die Beibehaltung des festen Wechselkurses zum Euro. [...]

Fanny Pigeaud und Ndongo Samba Sylla
Der CFA-Franc Afrikas letzte Kolonialwährung
[BPB.de](#)

Black Alliance for Peace AFRICOM schließen!

Aktionen weltweit im Oktober 2023

Zu den Forderungen zählen:

- der vollständigen Abzug der US-Streitkräfte aus Afrika;
- die Entmilitarisierung des afrikanischen Kontinents;
- die Schließung von US-Stützpunkten in der ganzen Welt;

<https://blackallianceforpeace.com/africom2023>

Bericht über die Aktionen 2022: <https://www.imi-online.de/2022/09/29/shutdownafricom/>

Schluss mit den Bundeswehreinsätzen in Afrika –

AfriCom schließen: Manuskript der Rede von Christoph Marischka bei der Demo gegen die Mandatsverlängerung der Bundeswehr am 10.12.2016 in Stuttgart



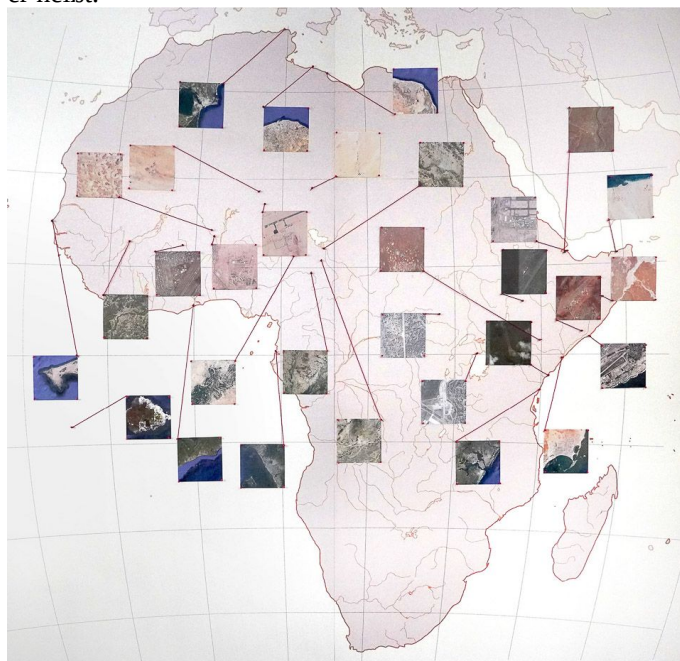
Institut Tricontinental für Soziale Forschung Die Verteidigung unserer Souveränität: US-Militärbasen in Afrika und die Zukunft der Afrikanischen Union

Das Dossier des Instituts Tricontinental für Soziale Forschung in Zusammenarbeit mit der Sozialistischen Bewegung der Forschungsgruppe Ghana über die amerikanischen Militäroperationen und Militärbasen in Afrika ist am 9. Juni 2023 erschienen, wir veröffentlichen eine Zusammenfassung von Ingeborg Schellmann.

Originaltext mit Quellen und Luftaufnahmen von US-Militärbasen hier:

<https://thetricontinental.org/south-africa/dossier-42-militarisation-africa/>

Die USA unterhalten seit 1. Oktober 2008 offiziell Militärbasen in Afrika, unter der Kurzbezeichnung AFRICOM, United States Africa Command, Afrikanisches Kommando der Vereinigten Staaten. Es gibt dauerhafte und nicht dauerhafte Basen. Bilder der Basen geben ein visuelles Zeugnis für die anhaltende „Fragmentierung und Unterordnung der Völker und Regierungen des Kontinents“, wie es im Dossier heißt.



Während die USA den Aufbau starker, dauerhafter Partnerschaften zur Verbesserung und Sicherheit ihrer Interessen und der deklarierten Sicherheit und Stabilität in Afrika im Sinn haben, hatte sich Thomas Sankara, erster Präsident von

Burkina Faso (1983-1987), bereits 1984 vor den Vereinten Nationen im Namen der entrechteten Völker für eine souveräne, eigenständige Politik des Landes ausgesprochen:

„Wir lehnen das einfache Überleben ab. Wir wollen den Druck mindern, unser Land aus der mittelalterlichen Stagnation oder Regression befreien. Wir wollen unsere Gesellschaft demokratisieren, uns für ein Universum der kollektiven Verantwortung öffnen, damit wir mutig genug sind, die Zukunft zu erfinden. Wir wollen die Verwaltung verändern und neu aufbauen mit einer anderen Art von Staatsdienern. Wir wollen unsere Armee zusammen mit dem Volk in die produktive Arbeit einbinden und sie ständig daran erinnern, dass ein Soldat ohne patriotische Erziehung nur ein Verbrecher mit Macht ist. Das ist unser politisches Programm.“

Konflikte seit 2011

Im Februar und März 2011 beschloss das PSC (Peace and Security Council oder Rat für Frieden und Sicherheit) der Afrikanischen Union (AU) einen umfassenden Fahrplan zur Eindämmung der Konflikte in **Libyen** zu entwickeln. Eine PSC-Mission war bereit nach Tripolis (Libyen) zu reisen, um humanitäre Hilfe durch Kooperation, Schutz ausländischer Staatsangehöriger sowie die Verabschiedung und Umsetzung politischer Reformen anzubieten. Damit sollte die Ursache der Krise in Libyen beseitigt werden. Sowohl die libysche Regierung als auch die Opposition lehnten den Fahrplan zunächst ab, aber die Wege zum Dialog blieben offen, weshalb eine PSC-Mission bereit war, nach Tripolis zu reisen. Am Tag bevor die PSC-Mission abreisen konnte, begannen Frankreich und die Vereinigten Staaten, Libyen zu bombardieren. Diese Bombardierung erfolgte unter der Schirmherrschaft der NATO und gemäß der Resolution 1973 des UN-Sicherheitsrats (für die drei

afrikanischen Ländern - Gabun, Nigeria und Südafrika – gestimmt hatten). Die "humanitäre Intervention" ging schnell über das UN-Mandat zum Schutz der Bürger hinaus und strebte einen Regimewechsel mit massiver Gewaltanwendung an, der auch zivile Opfer forderte. Die Missachtung der Afrikanischen Union und des PSC durch die nordatlantischen Staaten ist praktisch unbemerkt geblieben.

In der **Sahelzone** kam es zu einer Reihe von Konflikten. Unter dem Vorwand dieser Konflikte und angeheizt durch den NATO-Krieg intervenierten Frankreich und die Vereinigten Staaten militärisch in der gesamten Sahelzone. Im Jahr 2014 gründete Frankreich die G-5-Sahel, eine militärische Vereinbarung, der Burkina Faso, Tschad, Mali, Mauretanien und Niger angehören, und erweiterte oder eröffnete neue Militärstützpunkte in Gao, Mali, N'Djamena, Tschad, Niamey, Niger, und Ouagadougou, Burkina Faso. Die Vereinigten Staaten haben ihrerseits eine riesige Drohnenbasis in Agadez, Niger, errichtet, von der aus sie Drohnenangriffe und Luftüberwachung in der Sahelzone und der Sahara durchführen. Die Vereinigten Staaten haben neunundzwanzig Militäreinrichtungen in fünfzehn Ländern des Kontinents. Kein anderes Land hat so viele Militärstützpunkte in Afrika.

2016: Politik der PSC der Afrikanischen Union für die Einheit der afrikanischen Staaten

Beunruhigt über die zahlreichen ausländischen Militärstützpunkte mahnte der PSC 2016 die Mitgliedstaaten zu Vorsicht bei Abschluss von Vereinbarungen über Militärstützpunkte, was keine großen Wirkungen zeigte.

Zwar sind die ausländischen Militärstützpunkte Ausdruck eines Neokolonialismus, mit dem Ziel die afrikanischen Staaten in Abhängigkeit zu halten, jedoch ist es die Uneinigkeit der afrikanischen Staaten und sind es die Interessen von afrikanischen Regierungen, die eine wirksame Politik im Interesse einer Unabhängigkeit der Staaten und der Entwicklung eigener Industrien nicht ermöglichen. Die Bevölkerung zeigte und zeigt wachsende Feindseligkeiten gegen die Vereinbarungen der eigenen Regierungen, so dass AFRICOM in keinem afrikanischen Land sein Hauptquartier errichten konnte, vielmehr seinen Sitz in Stuttgart nahm. Aber weder die Organisation für afrikanische Einheit (OAU 1963-2002) noch die Afrikanische Union (AU seit 2002) konnten und können die politische Einheit und die territoriale Souveränität gewährleisten.

2018: Preisgabe der Souveränität Ghanas

2018 gelang es den USA, mit Ghana entgegen dem Willen der Bevölkerung ein Abkommen über den Status der Streitkräfte (das sog. SOFA) abzuschließen. Allerdings wurde wegen des Widerstands kein US-Stützpunkt errichtet, wenn gleich die Möglichkeit hierfür besteht. Seit 2018 nutzen die US-Militärs den Kokota International Airport in Accra für wöchentliche Lieferungen von Waffen und Munition von der Air Base Ramstein für die mindestens 1800 über Westafrika verteilten US-Spezialeinheiten.

Der Fußabdruck der USA

Neben 13 dauerhaften Stützpunkten gibt es 17 nicht dauerhafte Stützpunkte. Nicht genannt sind die Orte, an denen die USA die Lokalitäten der afrikanischen Staaten nutzen, wie

in Singo, Uganda und Theis und Senegal. Die USA haben weltweit das größte Militärbudget, größer als die nachfolgenden 11 Länder zusammen. Quantitativ und qualitativ sind die USA in der Lage, ihre Interessen auf dem Kontinent gegen jede ernsthafte Konkurrenz zu verteidigen. Commodore John Nowell, Leiter der Africa Partnership Station von AFRICOM, 2008 sagte: "Wir wären nicht hier, wenn es nicht im Interesse der USA wäre."

Zusammen mit den Armeen der anderen NATO-Staaten sind sie Garant für die westlichen Unternehmensinteressen. Berichte des US-Militärs skizzieren die Verantwortung der verschiedenen Streitkräfte für die Sicherstellung eines stetigen Stroms von Rohstoffen für US-Unternehmen. Das gilt für Energie und für die Aufrechterhaltung des ungehindernten Warenverkehrs durch die Schifffahrtskanäle. So die Berichte der National Energy Policy (Mai 2001) von der National Energy Policy Development Group unter Leitung des ehemaligen Vizepräsidenten Dick Cheney und der Assessing and Strengthening the Manufacturing and Defense Industrial Base and Supply Chain Resiliency of the United States (September 2018) von der Interagency Task Force. Kwame Nkrumah, der erste Präsident Ghanas, bestätigte, dass „Afrikas Rohstoffe ein wichtiger Faktor für die militärische Aufrüstung der NATO-Länder sind...Ihre Industrien, insbesondere die strategischen und nuklearen Fabriken, hängen weitgehend von den Rohstoffen ab, die aus den weniger entwickelten Ländern kommen“.

Der neue Kalte Krieg

Auf die wachsenden wirtschaftlichen Investitionen Chinas auf dem afrikanischen Kontinent antworten die USA mit erhöhtem Druck. In der Neuen Afrika-Strategie der US-Regierung (2019) wird die Situation unter Wettbewerbsgesichtspunkten beschrieben: "Die Konkurrenten der Großmächte, namentlich China und Russland, bauen ihren finanziellen und politischen Einfluss in Afrika rasch aus. Sie setzen ihre Investitionen in der Region bewusst und aggressiv ein, um sich einen Wettbewerbsvorteil gegenüber den Vereinigten Staaten zu verschaffen". Die Europäische Union folgte mit einem Bericht mit dem Titel Towards a Comprehensive Strategy with Africa (2020), der zwar China nicht direkt erwähnte, sich aber über den "Wettbewerb um natürliche Ressourcen" Sorgen machte.

Ausbeutung der Ressourcen

Der Untergrund Afrikas birgt eine Reihe wichtiger natürlicher Ressourcen: 98 % der weltweiten Chrom-, 90 % der Kobalt-, 90 % der Platin-, 70 % der Coltan-, 70 % der Tantalit-, 64 % der Mangan-, 50 % der Gold- und 33 % der Uranvorkommen sowie einen erheblichen Anteil der weltweiten Reserven an anderen Mineralien wie Bauxit, Diamanten, Tantal, Wolfram und Zinn. Der Kontinent verfügt über 30 % aller Mineralienreserven, 12 % der bekannten Ölreserven, 8 % des bekannten Erdgases und 65 % des weltweiten Ackerlandes. Das UN-Umweltprogramm schätzt, dass das Naturkapital Afrikas zwischen 30 und 50% des gesamten Reichtums der afrikanischen Länder ausmacht. Im Jahr 2012 schätzten die Vereinten Nationen, dass die natürlichen Ressourcen 77 % der gesamten Exporte und 42 % der gesamten Staatseinnahmen ausmachen.

Der Abhängigkeit der afrikanischen Staaten vom Export von Rohstoffen folgt die Abhängigkeit von ausländischem Kapital, ein Erbe der Kolonialpolitik, die Wirtschaftstätigkeit in Afrika auf die Gewinnung und den Export von Rohstoffen zu beschränken.

Manipulationen und Korruption mit den lokalen Regierungen, die die natürlichen Ressourcen ins Ausland verkaufen, ist die Folge. Die UN-Wirtschaftskommission für Afrika berichtet, dass dem Kontinent durch illegale Finanzströme in den letzten 50 Jahren eine Billion Dollar verloren gingen. Dies sind Mittel, die zur Diversifizierung der afrikanischen Volkswirtschaften, zum Aufbau fehlender Infrastrukturen und zur Verbesserung der Sozialleistungen fehlen. Bei Regierungen, die wirtschaftlich untergeordnet sind, ist der politische Wille, sich militärischen Interventionen zu widersetzen - von der Einrichtung neuer ausländischer Stützpunkte bis hin zur Erlaubnis für ausländische Militärs, auf unzählige andere Arten zu operieren - verschwindend gering. Mehrere panafrikanische Plattformen versuchen, die Abhängigkeit zu beseitigen, darunter die African Alternative Framework for Structural Adjustment Programmes for Socio-economic Recovery and Transformation (1989), die African Mining Vision (2008), die Gaborone-Erklärung für nachhaltige Entwicklung in Afrika (2017), die Arusha Erklärung über Afrikas Post-Ri+20 Strategie für nachhaltige Forschung (2012), die Erklärung des Afrikanischen Entwicklungsforums auf dem 8. Gipfeltreffen (2014), schließlich der erste Zehnjahresplan der Afrikanischen Union (2014 - 2023). Alle Dokumente weisen auf die Notwendigkeit hin, die Abhängigkeit von Rohstoffexporten zu durchbrechen und die mit den multinationalen Unternehmen abgeschlossenen Verträge entsprechend den UN-Vereinbarungen über die Ziele für nachhaltige Entwicklung zu verbessern.

Einsatz der AFRICOM

Die Ressourcenausbeutung führt zu politischen und militärischen Konflikten sowie Aufständen der Bevölkerung, die oft entlang ethnischer und religiöser Linien ausgetragen werden, und schließlich zur Ausweitung der Migration in Richtung Europa. Konflikte und Migration liefern wiederum den Vorwand für die Errichtung von Militärbasen auf dem Kontinent.

Ein Beispiel: In den Erklärungen für die US-Präsenz in São Tomé und Príncipe wird nicht davor zurückgeschreckt, direkt zu sagen, dass es um den Transport von Öl in die USA geht. Andererseits behauptet die US-Regierung, dass sie im Golf von Guinea militärisch präsent ist, um das Wachstum der islamischen Militanz, insbesondere von ISIS und al-Qaida, einzudämmen, obwohl Regierungsbeamte zugeben, dass diese Gruppen dort keine bedrohliche Präsenz haben. Seit über einem Jahrzehnt beteiligt sich AFRICOM an der Ausbildung der Armee der Demokratischen Republik Kongo (DRC). Nach einem großen Ölfund (ca. 1,7 Milliarden Barrel) im Jahr 2007 an der Grenze zwischen Kongo und Uganda wurde diese Region stärker militarisiert. Zahlreiche grausame Morde werden der ugandischen Rebellengruppe „Allied Democratic Forces“ (ADF) zugeschrieben. Seit 2021 stuft das US-Außenministerium die ADF als „ausländische terroristische Organisation“ ein, obwohl lokale Organisationen und die UN-Expertengruppe für die Demokratische Republik Kongo erklären, dass es keine Beweise für eine Verbindung der ADF zu ISIS gibt. Das US-Außenmi-

nisterium stützt sich auf Behauptungen der Bridgeway Foundation, einem Zweig der Investmentfirma Bridgeway Capital Management. Die US-Militärpräsenz wird in der Nähe der Ölreserven liegen.

Die massive Migration auf dem gesamten Kontinent hat ihre Ursache im Versagen der Regierungen, den Verkauf von Ressourcen so zu steuern, dass der Bevölkerung ein menschenwürdiges Leben ermöglicht wird, und in den vom IWF gesteuerten Austeritätsprogrammen. Von fast 41,3 Millionen Migranten, die aufgrund von Gewalt und Konflikten vertrieben wurden, hat ein Viertel versucht, nach Europa zu gelangen. Der Rest zieht innerhalb des Kontinents hin und her. Ausländische Militärs werden gegen die Migration in der Sahelzone eingesetzt, für Frankreich einer der Gründe, die G5 Sahel-Initiative ins Leben zu rufen. Die USA errichteten die Drohnenbasis in Agadez, um die Migration der Region aus der Luft zu überwachen. Die europäischen Länder betreiben eine Art Outsourcing der Flüchtlingskrise.

Die Zusammenarbeit Chinas mit dem afrikanischen Kontinent

Chinas militärische Kapazität ist weitgehend defensiv. China benötigt sein Militär zur Verteidigung seiner Küste und seines Territoriums. „China strebt niemals die globale Hegemonie an“, sagte Außenminister Wang Yi am 24.4.2021. Tatsächlich sehen die USA ihre wirtschaftliche und politische Hegemonie in Gefahr.

2000 gründete China ein Forum für die Zusammenarbeit zwischen China und Afrika. 2013 wurde dieses Forum als BRI (Belt and Road Initiative) formalisiert. Seit 2013 hat China in fast allen afrikanischen Ländern investiert. Abkommen gelten dem Aufbau von Infrastrukturen, wie Eisenbahnprojekten und der Energieinfrastruktur, so in Nigeria und in Ghana, oder der Telekommunikation wie in Äthiopien, Ghana, Kenia und im Sudan. Weltweit gibt es inzwischen rund 600 BRI-Projekte.

Anders als die Hilfe des IWF und westlicher Investitionen sowie Entwicklungshilfe aus den USA, gewährt China i.S. des gedulden Kapitals langfristige Kredite zur Beseitigung von Engpässen in der Infrastruktur.

Die USA eröffnen stattdessen einen „neuen kalten Krieg“. Der Aufbau von AFRICOM seit 2007 und die Ausweitung der militärischen Stützpunkte in der Sahelzone, am Horn von Afrika und anderswo sind Teil dieses Neuen Kalten Kriegs. Er enthält 2 Elemente:

China – so der Vorwurf – wolle eine Kolonialmacht sein. China treibe Länder in eine katastrophale Schuldenfalle. Beides Vorwürfe, die eher für die USA gelten müssten. China gewährt Verbesserungen für Kredite und hat noch nie Staatsvermögen eines Landes beschlagnahmt. Zwei US-Professoren nannten 2021 in The Atlantic die chinesische Schuldenfalle einen Mythos.

Allen gegenteiligen Erklärungen zum Trotz ist Chinas Militärpräsenz vernachlässigbar. China beteiligte sich 2008 lediglich an den Anti-Piraterie-Manövern am Horn und im Golf von Aden, beides Einsätze, die auf der Resolution 1816 (2008) des UN-Sicherheitsrats basieren. Der erste chinesische Militärstützpunkt dient Begleitschiffen für chinesische Tanker im Golf von Aden und der Unterstützung der Anti-Piraten-Kampagne.

Die Afrikanische Union

Die AU ist von externen Finanzmitteln abhängig. Das gilt auch für ihre Operationen für Friedenssicherung (zu 98% von ausländischen Geldgebern finanziert). Deshalb gelingt es nicht, die Diskussion über die ausländischen Militärbaßen effektiv fortzusetzen.

Zudem ist AFRICOM inzwischen innerhalb der AU wirksam, im PSC (Rat für Frieden und Sicherheit Peace and Security Council) wie auch in der AU-Abteilung für Konfliktprävention und Frühwarnung sowie der Abteilung für friedensunterstützende Operationen. Damit haben die USA begonnen, den Sicherheitsrahmen der AU direkter zu gestalten, unvorstellbar für die einstige Organisation Afrikanischer

Einheit (OAU), die strikte Nichteinmischung propagierte und praktizierte.

Aktuell ist noch heute die Warnung von Kwame Nkrumah aus dem Jahr 1965:

„Die Gefahr für den Weltfrieden geht nicht von den Maßnahmen derjenigen aus, die den Neokolonialismus beenden wollen, sondern von der Untätigkeit derjenigen, die ihn weiterbestehen lassen. ... Wenn der Weltkrieg nicht eintreten soll, muss er durch positives Handeln verhindert werden. Dieses positive Handeln liegt in der Macht der Völker in den Gebieten der Welt, die heute unter dem Neokolonialismus leiden, aber es liegt nur in ihrer Macht, wenn sie sofort, entschlossen und geschlossen handeln.“

Diese Worte aus dem Jahr 1965 sind heute noch aktuell.

Helmut Scheben

Militärputsch in Niger: Rückschlag für Green Berets der USA

Der Westen verliere einen Freund in der Sahelzone, heisst es.

Von den militärischen Aspekten hört man in den Medien wenig.

Auszüge aus [Infosperber](#), 30.07.2023 - Am 4. Oktober 2017 starben vier US-Elitesoldaten im Südwesten von Niger nahe beim Weiler Tongo Tongo in einem Gefecht mit radikalislamischen Kombattanten. Auch vier Armeesoldaten aus Niger fielen in dem Gefecht. Es gab außerdem zehn Verwundete auf Seiten der amerikanisch-nigrischen Patrouille. Als französische Mirage-Kampffjets und Helikopter zur Unterstützung kamen, hatten sich die Angreifer auf ihren Motorrädern aus dem Staub gemacht.

Über die Einsätze der US-Armee in Afrika war in USA wenig bekannt. Die Regierung hatte kaum Auskünfte gegeben über die militärische Präsenz in Afrika. Deshalb verursachte der Vorfall eine gewisse Irritation. Die «New York Times» begann zu recherchieren und [publizierte](#) im Februar 2018 eine Reportage unter dem Titel «Ein endloser Krieg: Warum vier US-Soldaten in einer entfernten afrikanischen Wüste starben». Der Ausdruck «ein endloser Krieg» war ein Zitat von Senator Lindsay Graham (R) vom Streitkräfte-Komitee des US-Senats. Lindsay sagte 2017 nach einem Treffen mit dem Verteidigungsdepartement: «Ich wusste nicht, dass wir tausend Soldaten in Niger haben. Wir wissen nicht genau, wo überall auf der Welt wir Militär haben und was wir da tun.»

Pentagon: «Keine Stützpunkte in Afrika»

Die «New York Times» recherchierte weiter[...]. Die Zeitung schrieb: «Es sind undurchsichtige Kriege, die von amerikanischen Truppen rund um die Welt geführt werden. Ein Krieg mit manchmal trüber legaler Rechtfertigung, der in der Hitze von 9/11 begann und bis nach Afghanistan und Pakistan wanderte (traveled). Der Krieg ging weiter in den Jemen, nach Somalia und Libyen und schließlich nach Niger, ein Ort, an den wenige Amerikaner jemals gedacht haben, geschweige denn, dass sie ihn als eine Bedrohung wahrgenommen hätten.»

Der Amerikaner Nick Turse [...] [beschreibt](#) im Oktober 2022, wie er zehn Jahre lang versuchte, vom Pentagon Auskunft zu erhalten, und in einem skurrilen Katz- und Mauspiel mit nichtssagenden Antworten abgefertigt wurde.

Das Africa Command (AFRICOM) des Pentagons mit Sitz in Stuttgart unterhält laut eigenen Angaben «Beziehungen» mit vielen afrikanischen Staaten, wollte aber offenbar verhindern, dass Details über die wachsende militärische Intervention in Afrika bekannt würden. 2007 habe man ihm mitgeteilt, so Turse, die USA führten in afrikanischen Ländern nicht Krieg, sondern seien da zur «Kriegsprävention». Später hieß es, die USA hätten überhaupt keine regulären Stützpunkte dort.

Turse wies nach, dass das eine falsche Information war. Er registrierte immer wieder Fälle, bei denen US-Soldaten bei Kampfhandlungen in Afrika umkamen. 2022 fand er heraus, dass es eine interne AFRICOM-Untersuchung gab, die klären sollte, warum bei einem Luftangriff in Nigeria 2017 mehr als 160 Zivilisten getötet worden waren. Der US-Brigadegeneral Donald C. Bolduc, einer der führenden Offiziere des [Joint Special Operation Command](#) (JSOC), der sowohl in Afghanistan als auch in Afrika Leitungsfunktionen innehatte, räumte (nach seinem Ausscheiden aus der Armee) laut Turse ein, US-Einheiten hätten zwischen 2013 und 2017 in dreizehn afrikanischen Ländern an Kampfhandlungen teilgenommen: Burkina Faso, Kamerun, Zentralafrikanische Republik, Tschad, Demokratische Republik Kongo, Kenia, Libyen, Mali, Mauretanien, Niger, Somalia, Südsudan und Tunesien.

Kein Peace Corps, sondern rücksichtslose Geostrategie

Die Elitesoldaten der USA in Afrika sind selbstverständlich kein Peace Corps zur Kriegsprävention. Was da stattfindet, ist ein Kampf um Rohstoffe und Energiereserven, um die Kontrolle von Seewegen und Pipelines, kurz um die Sicherung einer von den USA bestimmten Weltordnung. Letztlich geht es um die Kontrolle des Welthandels.

Nach 9/11 kam in Washington eine Fraktion von ultrakonservativen Außen- und Militärpolitikern an die Macht, die China und Russland als feindliche Mächte sehen und mit allen Mitteln, auch mit militärischen, den Niedergang des Dollar als dominierende Weltwährung zu verhindern su-

chen. Formuliert wurde dies bereits gegen Ende der Clinton-Administration in dem [«Project for a New American Century»](#) (PNAC). Der Anschlag in New York am 11. September 2001 war die Initialzündung und Gelegenheit für die Umsetzung. Der militärische Teil des Projektes konnte von da an kosmetisch getarnt werden mit der Parole «Krieg gegen den Terror».

Die [Pan-Sahel-Initiative](#) war Teil dieser Strategie. Sie erlangte in der Öffentlichkeit weit weniger Beachtung als die Kriege in Afghanistan, im Irak, in Somalia oder in Libyen. Nach 9/11 schloss Washington ein Militärhilfeabkommen mit den Staaten Tschad, Mali, Mauretanien und Niger. US-Special Forces wurden entsendet, um – so die offizielle Begründung – internationale Kriminalität, Schmuggel und Terrorbewegungen zu bekämpfen.

«Die Früchte des Zorns könnte Moskau ernten»

Mit dem Putsch gegen die Regierung des NATO-Verbündeten Mohamed Bazoum in Niger fällt ein weiterer Stein auf dem geostrategischen Schachbrett. «Dem Westen gehen im Sahel die Freunde aus» titelte der Zürcher «Tagesanzeiger» am 28.7.2023 und die «Neuer Zürcher Zeitung» titelte gleichentags «In Niger stürzt eine Regierung, die im Westen als Hoffnungsträgerin galt». Nach Mali und Burkina Faso, Tschad und Sudan sei nun möglicherweise auch Niger für den Westen verloren.

Die deutsche Regierung sprach von Niger gewöhnlich als «Stabilitätsanker», und die Bundeswehr bildete nigrische Truppen aus. Nun muss sie befürchten, dass sie von denselben, die sie trainiert hat, vor die Tür gesetzt wird. In Mali ist 2021 das Gleiche passiert. Dort herrscht jetzt eine mit Russland verbündete Militärjunta. In Burkina Faso wurde 2022 mit gleicher politischer Stoßrichtung geputscht.

Im einem Kommentar im «Tagesanzeiger» wird folgerichtig die Befürchtung geäußert: «Die Früchte des Zorns könnte nun Moskau ernten.» Als Grund für diesen Zorn wird zwar sehr treffend bemerkt, dass «viele Menschen in der Region den Westen und vor allem (die ehemalige Kolonialmacht, Red.) Frankreich nicht als Teil der Lösung, sondern als Teil des Problems sehen: als vorgeblichen Helfer in der Not, der in Wahrheit vor allem seinen Zugriff auf Nigers Uran sichern und sich Flüchtlinge vom Leib halten will.»

Was bei einer Durchsicht anderer westlicher Reaktionen auf die Vorgänge in Niger auffällt, ist die Verdrängung von Kausalzusammenhängen. Da werden durchweg verschwommene Allgemeinplätze als Gründe für Frust und Verbitterung im Sahel angeführt: Dürren, Überschwemmungen, Missernten, Arbeitslosigkeit in der schnell wachsenden Bevölkerung sowie die «akute Gefahr des Terrorismus, der in Niger in den vergangenen Jahren explodiert ist» (Tagesanzeiger).

Alle diese Übel gibt es im Sahel. Es gibt auch eine Zunahme radikalislamischer Terrorangriffe. Diese haben sich aber nicht irgendwie und quasi als Naturkatastrophe «ereignet», sondern sind zu einem guten Teil auch logische Folgen einer Politik der militärischen Aggression, die der Westen als Problemlösung darstellt. Der Nato-Angriff auf Libyen hatte eine brutale Destabilisierung der gesamten Region nach sich gezogen.

Libyen-Krieg: Destabilisierung der Region

Das räumt sogar der Wissenschaftliche Dienst des deutschen Bundestages ein, wenn er in Bezug auf Mali [festhält](#): «So kam es wiederholt zu Aufständen der Tuareg, die aufgrund ihrer nomadischen Lebensweise seit der Kolonialzeit marginalisiert werden. Viele Angehörige dieser Volksgruppe nahmen 2011 auf Seiten von Muammar al-Gaddafi am Bürgerkrieg in Libyen teil und kehrten nach dessen Sturz kampfgeprobt und mit schweren Kriegswaffen nach Mali zurück, um für die Unabhängigkeit des als Azawad bezeichneten nördlichen Landesteils zu kämpfen.»

Der Sturz Gaddafis war eine Katastrophe für die Länder südlich der Sahara. Der deutsche Politikwissenschaftler, Friedensforscher und Sahel-Experte [Werner Ruf](#) hielt 2022 fest: «Eines der finstersten und kaum beachteten Beispiele neo-imperialer Politik Frankreichs ist der Sturz und die Ermordung Muammar Gaddafis im Jahre 2011.» (Krisenregion Sahel, S.205) Französische Geheimdienstleute hatten bei der Ermordung Gaddafis ihre Hand im Spiel.

Der libysche Herrscher nutzte seine immensen finanziellen Ressourcen aus dem Erdöl- und Erdgasexport, um den «afrikanischen Brüdern» unter die Arme zu greifen. Libyen gewährte nicht nur afrikanischen Immigranten in großen Massen Aufnahme und Arbeit, sondern finanzierte beispielsweise Satelliten, um das Kommunikationswesen in Afrika zu verbessern.

Das brisanteste [Projekt](#) Gaddafis war die Schaffung einer afrikanischen Währungsunion. Damit wollte er der Abhängigkeit von Dollar und Euro entgehen. Das Projekt löste in der globalen Wirtschaft, also bei großen westlichen Banken, Rohstoffkonzernen und beim Internationalen Währungsfonds Alarm aus. Es war sicher einer der Faktoren, die dazu beitrugen, dass die NATO die Beseitigung des unaufhörlichen Störenfrieds Gaddafi anstrebte. (...)

Unterdessen ist Niger zum Dreh- und Angelpunkt der US-Militärpräsenz in Afrika ausgebaut worden. Der eingangs zitierte Journalist Nick Turse fand bereits 2016 heraus, dass das Pentagon für hundert Millionen Dollar eine [Operationsbasis für Kampfdrohnen](#) in Agadez in Zentral-Niger baute. Seit 2019 ist sie in Betrieb. Die Kampfdrohnen werden immer stärker und effizienter. Die von zahlreichen Juristen weltweit als außergerichtliche Hinrichtungen verurteilten Drohnenangriffe gehen unvermindert weiter. Fast 22 Jahre nach den Anschlägen im September 2001 wird immer noch «Krieg gegen den Terror» geführt. Es kann deshalb nicht erstaunen, dass es in einigen Ländern dagegen Widerstand gibt.

[Jungewelt](#), 18.9.2023: Die USA haben sich unterdessen anscheinend mit der neuen Regierung in Niamey geeinigt und eine Möglichkeit gefunden, ihre dortigen militärischen Aktivitäten fortzuführen. »Eine Zeitlang haben wir keine Einsätze mehr geflogen, die Flugbasen waren so gut wie geschlossen«, sagte laut Al-Dschasira US-Luftwaffenchef James Hecker vergangenen Mittwoch auf einem Kongress im US-Bundesstaat Maryland. »Dank des diplomatischen Prozesses führen wir jetzt vielleicht nicht 100 Prozent der Missionen durch, die wir vorher durchgeführt haben, aber einen Großteil.« Insgesamt sind die USA mit 1.200 Soldaten in Niger präsent, bei der Stadt Agadez unterhält Washington die größte Drohnenbasis der Welt.

Wirtschaftliche Interessen in Afrika

Niger: Uran ... und mehr

Niger ist eines der Länder, in denen weltweit am meisten Uran abgebaut wird. Im Jahr 2021 wurden laut Statista 2.905 Tonnen Uran aus dem afrikanischen Land in die EU importiert, gefolgt von Kasachstan mit 2.753 und Russland mit 2.358 Tonnen. Danach folgen Australien und Kanada. Andere Länder sind zu vernachlässigen.

Der Import aus dem Niger deckte im Jahr 2020 etwa 20 Prozent des EU-Bedarfs. Eindeutig größter Abnehmer ist dabei Frankreich, das mit 56 Atomkraftwerken hinter den USA den zweiten Platz einnimmt. Die französische Staatsfirma Orano ist mit 4.541 Tonnen im Jahr 2021 der weltweit zweitgrößte Uranproduzent. ([Jungewelt](#), 08.08.2023)

Renate Dillmann, [Jungewelt](#):

Der französische Staatskonzern Areva (heute Orano) fördert das Uran seit 1968 im Niger. Dafür wurden die Tuareg, die als Hirtennomaden leben, mehr und mehr von ihren Weideflächen getrennt – was ihren Widerstand hervorrief und 1995 und 2007 zu Aufständen führte. 2010 gab es einen dschihadistischen Selbstmordanschlag in einer Areva-Mine.

Der Abbau läuft unter extrem gesundheitsschädlichen Bedingungen: Greenpeace fand bei Messungen überall stark erhöhte Strahlung, auf der Straße 500mal höher als normal. Der radioaktive Abraum – 35 Millionen Tonnen mit einer Strahlung von noch 85 Prozent (!) – wurde eine Zeitlang als Baumaterial für Straßen und sogar Häuser genutzt. Der Rest liegt offen herum und wird vom Wind verweht; von fünf Wasserproben lagen vier über den Richtwerten der Weltgesundheitsorganisation. (1)

In einem Fragebogen sagten die meisten ehemaligen Arbeiter aus, bei der Arbeit Hemd und Shorts getragen zu haben. Es gab weder Schutzhandschuhe noch ein Dosimeter. Passend dazu wird das örtliche Krankenhaus vom Orano-Konzern betrieben, das Patienten mit falschen Diagnosen beruhigt (Aids, Tuberkulose oder Diabetes statt Lungenkrebs). (2) [Der Spiegel](#) hat über die Konsequenzen für Arbeiter und Umwelt im Jahr 2010 eine preisverdächtig-herzerreißende

Reportage unter dem Titel »Der gelbe Fluch« geschrieben – selbstverständlich ohne dass das zu irgendwelchen Konsequenzen geführt hätte (etwa zu Wirtschaftssanktionen gegen eine französische Atomindustrie, die die einfachsten Menschenrechte mit Füßen tritt). (3) Für sein Uran erhält Niger nur einen Bruchteil des weltmarktüblichen Preises. Frankreich bestand und besteht auf seine für einen langen Zeitraum abgeschlossenen Verträge, auch wenn sich der Weltmarktpreis – wie im Fall des Urans seit den 2000er Jahren – sprunghaft erhöht hat (teilweise auf das Zwanzigfache). (4) Laut Angaben des IWF betrugen die Einnahmen der Republik Niger aus dem Uranverkauf im Jahr 2006 ganze 46,3 Millionen Euro. Nach Verhandlungen wurde dem Land im gleichen Jahr ein erhöhter Preis zugestanden, der allerdings immer noch nur etwa ein Drittel des Weltmarktpreises betrug. Der bei der Produktion des Urans erzielte Gewinn fällt im Wesentlichen beim Endprodukt der Wertschöpfungskette an: Areva erzielte im ersten Halbjahr 2010 das Fünfeinhalbfache der Einnahmen des Staates Niger im gesamten Jahr 2009 (ohne Entwicklungshilfe). Die »übliche« Abhängigkeit der Dritt-Welt-Länder von ihren wenigen Exportprodukten, die sich schon im Normalfall preissenkend gegen die Anbieter geltend macht, wird auf diese Art und Weise besonders verschärft. [...]. Der Staatshaushalt Nigers spielt sich dementsprechend in sehr bescheidenen Dimensionen ab: 4,5 Milliarden Euro stehen der Regierung jährlich zur Verfügung plus Staatsschulden, die sich über die Jahre auf 51 Prozent des BIPs aufgehäuft haben – so dass der Schuldendienst wiederum der größte Haushaltsposten ist. [...] (5)

(1) <https://www.rfi.fr/en/africa/20230124-french-uranium-miner-leaves-20-million-tonnes-of-radioactive-waste-in-niger>
Hans-Josef Fell, [Telepolis](#): Insbesondere die radioaktive Verseuchung der schon seit Jahrhunderten von Tuaregs aufgebauten ausgeklügelten Brunnensysteme in der Wüstengegend ist existenzbedrohend – nicht nur für die Nomaden.

(2) So ist in der Stadt Arlit mit 200.000 Einwohnern in der Nähe der französischen

Uranminen [die Sterberate doppelt so hoch](#) wie im Rest des Landes Niger. Im [Uranatlas des Nuclear Free Future Award](#) werden zahlreiche weitere Fakten der Umweltzerstörung Nigers und auch anderer Weltregionen durch den Uranabbau aufgezeigt.

(3) Im Jahr [2013 gab es Massenproteste](#) der betroffenen Bevölkerung in den Uranabbaugebieten in Niger gegen den französischen Atomkonzern.

(4) [Labournet](#)

(5) Hans-Josef Fell, [Telepolis](#): „Es ist mehr als fraglich, ob der Putsch nun wirklich zu einem Ende der Umweltzerstörung durch Uranabbau im Niger führt, wie [die Washington Post analysiert hat](#). Denn neben Frankreich haben auch Russland, China, die USA und andere ihre Uranaktivitäten in Niger längst ausgeweitet.“

Rosa-Luxemburg-Stiftung:

Uran in Niger, ein [übersetztes](#)

Kapitel aus dem Uranatlas:

<https://www.rosalux.de/publikation/id/40912/der-uranatlas> (2022)

.... auch Öl

(Rémi Carayol, <https://afriquexxi.info/Au-Niger-le-systeme-politique-est-base-sur-la-captation-du-butin>)

[...] Die Ölförderung ist in Niger noch relativ neu (2011). Derzeit ist die Ölförderung in Niger mit 20.000 Barrel pro Tag zwar noch begrenzt, doch mit der Inbetriebnahme der Pipeline zwischen Niger und Benin Ende des Jahres wird sie in naher Zukunft voraussichtlich noch weiter zunehmen. Langfristig könnte Niger dann 110.000 bis 120.000 Barrel pro Tag produzieren, was einem täglichen Geldzufluss von mehreren Millionen Euro entspricht.

Ab 2024 soll die Ölproduktion auf 110.000 Barrel pro Tag gesteigert werden, wovon etwa 90.000 Barrel exportiert werden sollen, verglichen mit den heutigen 20.000 Barrel. Während die Ölrente bisher eher marginal war, da sie nicht einmal 5 % des nigrischen BIP ausmachte, erwarten die nigrischen Behörden, dass die Ölindustrie langfristig ein Viertel des BIP und fast 50 % der Steuereinnahmen generieren wird. [...]

[Petro-Democracy:](#)

Oil, Power and Politics in Niger

Rachel Chason

„Goldrausch": Die Suche nach den begehrten Metallen für Elektroautos hinterlässt eine Spur des Jammers

30. April 2023 - **Guinea**, ein westafrikanischer Staat mit mehr als 13 Millionen Einwohnern, verfügt über die weltweit größten **Bauxitvorkommen** - ein rötliches Gestein, das die Hauptquelle für Aluminium ist. Dieses leichte Metall wiederum ist für Elektrofahrzeuge unverzichtbar, da sie längere Strecken ohne Aufladen zurücklegen können als Fahrzeuge aus Stahl.

Die nordwestliche Region des Landes, Boké, liegt im Epizentrum des Bauxitfiebers. In der gesamten Boké-Region zahlen Tausende von Dorfbewohnern einen zu hohen Preis, wie Dutzende von Interviews mit Bewohnern von sechs Dörfern in der Region, gemeinnützigen Überwachungsgruppen und Industrieexperten ergaben. Die guineische Regierung erklärte, dass Hunderte von Quadratkilometern, die zuvor für die Landwirtschaft genutzt wurden, von Bergbauunternehmen für ihren Betrieb und die damit verbundene Infrastruktur wie Straßen, Eisenbahnlinien und Häfen erworben wurden. Aktivisten und Einheimische behaupten, dass die Dorfbewohner wenig oder gar keine Entschädigung erhalten haben. Einer Regierungsstudie zufolge werden in den nächsten zwei Jahrzehnten mehr als 800 km² Hektar Ackerland und 4450 km² natürlicher Lebensraum durch den Bauxitabbau zerstört werden.

Als ein chinesisches Bergbauunternehmen 2016 in das guineische Dorf Kagbani nahe der Atlantikküste kam, boten Unternehmensvertreter und Regierungsbeamte den Dorfbewohnern Arbeitsplätze und Geld im Austausch gegen Hunderte von Hektar Ackerland an, erinnert sich der Dorfbewohner Mohamed Sylla. Die Dorfbewohner fühlten sich verpflichtet, das Angebot anzunehmen.

In den folgenden Jahren musste sie mit ansehen, wie ihre Auberginen-, Mais- und Cashewnusskulturen von Bauxit-LKWs zerstört wurden und die Lastkähne, die das Erz nach Übersee transportierten, die einst üppigen Fischbestände vertrieben. Die Dorfbewohner berichteten, dass die Arbeitsplätze, die ihnen von der **Société Minière de Boké (SMB)** - einem Konsortium, zu dem auch eine Tochtergesellschaft des weltgrößten Aluminiumherstellers China Hongqiao Group gehört - versprochen wurden, nie zustande kamen.

Sylla und andere Anwohner berichteten, dass die Abwässer von der Minenstraße das Wasser in vielen Flüssen und Bächen ungenießbar gemacht haben.

Die Regierung Guineas, damals unter Präsident Alpha Condé, erteilte SMB 2015 eine Lizenz. Nach sechs Monaten verschiffte SMB seine erste Tonne Bauxit aus Guinea, noch bevor das Umweltministerium seine Umweltverträglichkeitsprüfungen abgeschlossen hatte, sagen Aktivisten.

SMB wurde zum größten Bauxitproduzenten Guineas. In nur fünf Jahren stieg die Produktion so schnell an, dass Guinea seinen Anteil am Weltmarkt für Bauxit von 6 % auf 22 % steigern konnte.

In dieser Zeit begann die Revolution der Elektrofahrzeuge an Fahrt zu gewinnen, angetrieben durch die beispiellose Nachfrage in China, wo im Jahr 2020 1,8 Millionen Fahrzeuge verkauft wurden, für die mehr als 408.000 Tonnen

Aluminium benötigt wurden, so CRU, eine Unternehmensberatung, die die Bergbau- und Metallindustrie analysiert. Die Aluminiumlieferkette für US-Automobilhersteller wie Ford, General Motors und Tesla umfasst Bauxit, das von den beiden größten Produzenten in Guinea abgebaut wird. SMB erklärte, das Unternehmen benötigte riesige Landflächen in der Nähe von Dapilon für den Haupthafen von SMB. Im Gegenzug bot das Unternehmen den Dorfbewohnern eine einmalige Zahlung zwischen 200 Dollar (168 Euro) und 450 Dollar (etwa 380 Euro) an.

N'Näissata Dansoko, eine Witwe und Mutter von sieben Kindern, sagte, sie sei anfangs optimistisch gewesen, als sie hörte, dass die Vertreter des Unternehmens von Elektrizität, einem Krankenhaus und Berufsausbildungsprogrammen für das Dorf sprachen. Dansoko, die nicht lesen kann, sagte, sie habe das Dokument unterschrieben und damit ihre fruchtbarsten Felder aufgegeben. Als sie den Umschlag mit dem Geld öffnete, fühlte sie, wie ihr Herz fast explodierte. Das Bündel Geldscheine war nur ein Bruchteil dessen, was sie aufgrund des Wertes des Landes erwartet hatte - und ein Bruchteil dessen, was sie als Entschädigung für die jahrelangen Verluste, die folgen würden, berechnet hatte. Dansoko stellte fest. "Sie haben uns nichts gegeben."

In allen sechs Dörfern - vier in der Nähe der SMB-Betriebe und zwei in der Nähe der **CBG-Betriebe (Compagnie des Bauxites de Guinée)** - wiederholten die Bewohner Versionen von Dansokos Geschichte.

Laut einem Bericht von Human Rights Watch aus dem Jahr 2018 nutzten die beiden Unternehmen die schwachen Eigentumsgesetze Guineas aus und stellten fest, dass die Unternehmen die historischen Verbindungen der Dorfbewohner zum Land weitgehend ignorierten. In dem Bericht aus dem Jahr 2021 stellt die NGO fest, dass die Unternehmen es auf sich genommen haben, mit geringer Beteiligung der Öffentlichkeit "willkürlich zu bestimmen, ob und wie Familien für ihr Land entschädigt werden."

Drei gemeinnützige Organisationen, darunter IDI, reichten 2019 im Namen von 13 Dörfern in Guinea eine Klage ein, in der sie CBG vorwarfen, ihre Rechte zu verletzen und die Familien nicht angemessen zu entschädigen. Die Klage richtete sich gegen die International Finance Corporation, einen Zweig der Weltbank, die CBG 2016 ein Darlehen in Höhe von 200 Millionen Dollar (ca. 170 Millionen Euro) für die Expansion des Unternehmens gewährte; der Fall befindet sich derzeit in einem Vermittlungsverfahren.

Das in Guinea abgebaute Bauxit wird nach Übersee verschifft, wo es zu Aluminiumoxid raffiniert wird, das wiederum zu Aluminium verhüttet wird. SMB liefert das Erz an die China Hongqiao Group, den weltweit größten Aluminiumhersteller, während CBG sein Bauxit laut IDI an Raffinerien in den Vereinigten Staaten, Kanada und Europa liefert. *Auszüge aus [PÚBLICO](#); Übersetzung: T.S. /SiG-Red.*

Tatort Bauxit: Hunger ist kein Schicksal – Hunger wird gemacht, 16.10.2023, 18:30 - 20:30 Uhr, Ölberg-Hub, Sattlerstraße 54, 42105 Wuppertal Mehr: [Fian.de](#)

EPAS: Investitions- und Handelsverträge mit afrikanischen Ländern

Am 10. Juli 2014 haben die 16 westafrikanischen Staatsoberhäupter in Accra, der Hauptstadt von Ghana, ein sogenanntes Economic Partnership Agreement (EPA - Wirtschaftspartnerschaftsabkommen) zwischen der EU, den 15 Staaten der Communauté économique des Etats d'Afrique de l'Ouest (CEDEAO – Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft) und Mauretanien paraphiert. Am 22. Juli 2014 wurde ein anderes EPA von 6 Ländern des südlichen Afrikas paraphiert. Im Oktober unterzeichneten die Mitglieder der Ostafrikanischen Gemeinschaft ein Wirtschaftsabkommen mit der EU. Warum diese Abkommen höchst problematisch sind, dokumentiert der [Aufruf aus der afrikanischen Zivilgesellschaft](#):

„[...] Wegen dieser Abkommen werden die afrikanischen Staaten die meisten Produkte, die sie aus der EU importieren, nicht mehr besteuern können, was einen beträchtlichen Verlust an Staatseinnahmen bedeutet, obgleich für ihre Ent-

wicklung höhere Aufwendungen des Staates notwendig wären. Was die EU ihnen als Gegenleistung verspricht, ist nur heiße Luft: Es gibt nicht mehr als den gewohnten Betrag des Europäischen Entwicklungsfonds – 4€ pro Person und Jahr! –, der von den Mitgliedstaaten außerhalb des Gemeinschaftshaushalts aufgebracht wird, sowie eine marginale „Wiederverwertung“ bereits vorhandener Gemeinschaftsfonds.

Die landwirtschaftliche und industrielle Produktion der afrikanischen Länder wird der Konkurrenz mit den wettbewerbsfähigeren und oft stark subventionierten Produkten aus der EU ausgesetzt, was die Möglichkeiten einer regionalen Entwicklung und Integration einschränken wird.[...]“

Infos: attac.de, [Brot für die Welt](#), [Rosa-Luxemburg-Stiftung](#)

Dossier von Infosperber: [Afrika – Ausbeutung und Hilfe](#)

Daniela Gschwend: Nigeria: Shell geht, die Ölverschmutzung bleibt

[Infosperber](#) - Vor zwei Jahren kündigte Shell an, die Onshore-Ölförderung in Nigeria nach mehr als 60 Jahren [einzustellen](#). Seit 1958 bohrt der Öl-Multi an der Mündung des Niger nach Öl. Der englisch-niederländische Konzern hinterlässt im Niger-Delta eines der am stärksten verschmutzten Gebiete der Welt und tausende offene Umweltklagen.

Das Niger-Delta ist etwa so groß wie die Schweiz und besteht zu großen Teilen aus Wasseradern, Inseln und Mangrovenwald. Was eine der größten ökologischen Nischen der Welt sein könnte, wurde durch die Ölförderung zu einem Umweltdesaster. Korruption, Diebstahl, Sabotage und veraltete Anlagen verursachen ein permanentes Lecken der Ölpipelines, bei dem Rohöl ins Wasser gelangt. Die [Gesundheit](#) der größtenteils armen Bevölkerung hat sich dadurch drastisch verschlechtert. 2011 berichtete das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), dass die schlechte öffentliche Gesundheit «[Notfallmaßnahmen](#)» erforderlich mache. [...]

Shell und sein nigerianisches Tochterunternehmen Shell Petroleum Development Company (SPDC) mussten bereits mehrfach für Umweltschäden geradestehen. 2015 etwa musste das Unternehmen nach dem Urteil eines britischen Gerichts 68 Millionen Dollar Kompensation an Einwohner des Niger-Deltas bezahlen. Dazu wurde der Konzern zur bisher größten Sanierung eines Mangrovenwalds verurteilt. 2020 berichtete [«Amnesty International»](#), die Sanierung komme nicht voran und inzwischen habe sich die Situation verschlimmert. Das Wasser in einigen Regionen ist laut dem [«Intercept»](#) so verschmutzt, dass die Einwohner es weder trinken noch darin baden können.

Die Probleme halten seit Jahrzehnten an. In Ogale, einer Region mit etwa 40'000 Einwohnern, ist das Wasser braun und riecht nach Schwefel. In Bille, einer Gegend, die aus etwa 45 Inseln und zahlreichen Wasserläufen besteht, gibt es keinen Fisch mehr. Öliges Wasser laufe in die Häuser der Anwohner, die meist Fischer sind. Wer es sich leisten könne, kaufe abgefülltes Wasser. «Es ist, als ob wir in der Wü-

ste lebten, obwohl wir von Wasser umgeben sind», sagt Chief Bennett Dokubo, ein Gemeindevorsteher in Bille. [...] Beim Londoner High Court sind 13'650 Klagen offen. Davon 11'300, die Ende Januar von Einzelpersonen aus Ogale eingereicht wurden, sowie 17 von lokalen Organisationen aus Ogale. Mehr als 2000 bestehende Klagen aus Bille kommen dazu. [...]

In den meist langwierigen Gerichtsverfahren gab es zuletzt Erfolge für die Kläger: 2021 entschied ein [niederländisches Gericht](#), dass Royal Dutch Shell für die Öl-Verschmutzung in Nigeria verantwortlich ist und Entschädigung zahlen muss. Geklagt hatten vier nigerianische Bauern mit Unterstützung der Organisation [Friends of the Earth](#). Dem Argument von Shell, dass die Verschmutzung durch Sabotage entstanden war, folgte das Gericht nicht. Chima Williams, dem Anwalt der Klägerseite, wurde 2022 der afrikanische Goldmann-Umwelt-Preis für seine Arbeit zugesprochen. [...]

Geld wäre da – Shell wehrt sich weiter

Shell könnte sich die Sanierung der Schäden im Niger-Delta durchaus leisten. 2022 brachten die nigerianischen Ölfelder dem Konzern 30 Milliarden Dollar Gewinn ein. [UNEP](#) schätzte die Sanierungskosten 2017 auf eine Milliarde Dollar in den ersten fünf Jahren.

Der Öl-Multi wehrt sich trotz bestehender Urteile weiterhin gegen Kompensationszahlungen und versucht die Verantwortung abzuwälzen. Die Mehrzahl der Öl-Unfälle in Bille und Ogale beruhen auf Sabotage und Diebstahl und seien nicht von Shell, sondern von Dritten verursacht worden, sagte eine Sprecherin von Shell. Trotzdem saniere Shell seit Jahrzehnten betroffene Gebiete.

Es könnte also noch dauern, bevor Mensch und Natur geholfen wird. So schnell wird der Konzern seine Anteile in Nigeria auch nicht loswerden. Im [Juni 2022](#) bestätigte das oberste Gericht Nigerias ein Urteil, das Shell daran hindert, seine Vermögenswerte in Nigeria zu verkaufen. Zunächst müsse über eine Klage aus dem Jahr 2019 über zwei Milliarden Dollar Schadensersatz entschieden werden. [...]

Der erste Afrika-Klimagipfel in Nairobi

(SiG-Redaktion) Es war endlich an der Zeit. Vom 4. bis 6. September fand in Nairobi, der Hauptstadt der Republik Kenia, der erste [Africa Climate Summit \(ACS\)](#) statt.

«**Afrika befindet sich bereits mitten in einer Klimakrise.** Gemeinden, Ökosysteme und Volkswirtschaften erleben immer stärkere Hitzewellen, Dürren, Wirbelstürme und katastrophale Überschwemmungen. Millionen von Menschen am Horn von Afrika leiden unter Hungersnöten. Es wird erwartet, dass bis zum Jahr 2030 bis zu 700 Millionen Afrikaner durch den hohen Wasserstress vertrieben werden. Obwohl Afrika nur für etwa drei Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich ist, leidet es unverhältnismäßig stark unter jedem zusätzlichen Grad der globalen Erwärmung. Afrika ist der klimatisch am stärksten gefährdete Kontinent.» (aus dem Bericht von *Urgewald* «[Who is financing fossil fuel expansion in Africa](#)»)

Seit Anfang 2022 sind, laut der Datenbank Science Direct in Afrika mindestens 4.000 Menschen durch extreme Wetterereignisse getötet worden und 19 Millionen davon betroffen. Laut UN-Bericht aus dem Jahr 2022 verliert Afrika wegen des Klimawandels jährlich 7 bis 15 Milliarden US-Dollar. Um die Auswirkungen zu mindern müssten jährlich 124 Milliarden US-Dollar aufgebracht werden, aber bisher haben sie nur einen Bruchteil davon – 28 Milliarden erhalten.

Veranstalter des Gipfels waren die Afrikanische Union und die kenianische Regierung. Als **Partner** wurden u.a. neben der EU, der deutschen und der französischen Regierung die Rockefeller Foundation und die Bill & Melina Gates Foundation angegeben. Teilnehmer waren afrikanische Staats- und Regierungschefs, Entwicklungspartner, zivilgesellschaftliche Organisationen u. a. . Der kenianische Präsident William Ruto forderte, dass die reichen Länder für die Verschärfung des Klimawandels zur Rechenschaft gezogen werden müssen: „Wir fordern faire Bedingungen für unsere Länder, damit sie Zugang zu den Investitionen erhalten, die sie benötigen, um ihr Potenzial freizusetzen und in Chancen zu verwandeln.“ Diese Forderung wurde einstimmig in die Abschlusserklärung des Gipfeltreffens aufgenommen.

Aus sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, indigenen Völkern, Glaubensgemeinschaften und anderen Gruppen waren Frauen, Männer und viele andere von weit her angereist, um beim Klimagipfel [auf den Straßen in Nairobi](#) mit ihren Forderungen und Visionen Präsenz zu zeigen. Mehr als **500 Organisationen** hatten einen [Offenen Brief an Präsident Ruto](#) unterzeichnet, in dem sie ihre **Erwartungen und Forderungen** formulierten:

„- Ziehen Sie die Kontrolle und den Einfluss von McKinsey auf die Organisation dieses Gipfels zurück. Im Gegenzug muss eine von Afrikanern geleitete Expertengruppe eingesetzt werden, um die Agenda des Gipfels neu zu gestalten.
- Das Treffen muss die Interessen und Prioritäten Afrikas, wie sie von den afrikanischen Regierungen und der Zivilgesellschaft im Rahmen des UNFCCC vertreten werden, fördern.
- Verabschiedung eines integrierten Ansatzes für Afrikas Klima-, Energie- und Entwicklungsfragen. Ohne einen solchen integrierten Ansatz unter afrikanischer Führung wer-

den Konzepte wie "grünes Wachstum" lediglich den "Neokolonialismus" fördern.

- Förderung eines starken Fokus auf erneuerbare Energien, um den Bemühungen der fossilen Brennstoffindustrie, westlicher Interessen und der fossile Brennstoffe fördernden afrikanischen Länder entgegenzuwirken, Afrikas gerechte Energiewende zu unterwandern.

- Vermeiden Sie alle falschen Lösungen wie Kohlenstoffmärkte und Geo-Engineering, die darauf abzielen, reiche Länder und Menschen zu ermutigen, weiterhin die Umwelt zu verschmutzen und Afrika in eine Müllhalde und ein Feld für technologische Versuche zu verwandeln.

- Umsetzung und Verabschiedung einer Klimapolitik, die einen gerechten und ausgewogenen Ausstieg aus allen neuen Öl-, Gas- und Kohleprojekten auf dem afrikanischen Kontinent im Einklang mit Afrikas Entwicklungsinteressen und den Empfehlungen des IPCC, der IEA und anderer wissenschaftlicher Organisationen fördert, durch Einschränkung der Finanzierung aus öffentlichen und privaten Mitteln.

- Suche nach einem transparenten und sinnvollen Dialog zwischen BürgerInnen und politischen EntscheidungsträgerInnen auf dem gesamten Kontinent, um ein gemeinsames afrikanisches Narrativ und eine gemeinsame Agenda zur Bewältigung der miteinander verknüpften Herausforderungen von Klima, Energie und Entwicklung zu erarbeiten.

- Förderung von Wegen, die eine ausreichende und einvernehmliche Klimafinanzierung zur Umsetzung dieser Verpflichtung ermöglichen.“

Form und Inhalt des Gipfels ließen befürchten, dass eine Vereinnahmung des Gipfels durch die Interessen des globalen Nordens für Kohlenstoffmärkte erfolge, anstatt afrikanischen Interessen zu dienen: „Diese Konzepte und falschen Lösungen werden von westlichen Interessen geleitet, während sie als afrikanische Prioritäten vermarktet werden. Diese Ansätze werden wohlhabende Nationen und große Unternehmen ermutigen, die Welt weiterhin zu verschmutzen, sehr zum Nachteil Afrikas.“

Dem Präsidenten Ruto warf die Bewegung Doppelzüngigkeit vor. Er rief zum Umweltschutz auf, hatte aber erst zwei Monate zuvor ein sechsjähriges Abholzungsverbot aufgehoben und damit die Bemühungen der Vorgängerregierung, die Schäden an den kenianischen Wäldern zu vermindern, beendet.

Mohamed Adow, Gründungsdirektor der Denkfabrik Power Shift Africa bewertete den Gipfel wie folgt: „Wir hatten gehofft, dass dieser erste afrikanische Klimagipfel eine radikale auf die Menschen ausgerichtete Vision für Afrika hervorbringen würde, aber die Abschlusserklärung ähnelt enttäuschend früheren Gipfeltreffen [...]. Wir wollen, dass Afrika einen Weg einschlägt, der die panafrikanische Solidarität umfasst, der die Menschen vor Profite stellt und der unsere einzigartige Position in der Geschichte und unser riesiges Potential an erneuerbaren Energien nutzt. [...] Die Menschen wachen auf und erkennen die Realität der Krise [...]. Es gibt ein neues Bewusstsein dafür, was auf dem Spiel steht und was geschehen muss.“

Und **Mary Afan**, eine Kleinbäuerin, die über zwei Millionen Bäuerinnen in allen 36 nigerianischen Bundesstaaten

vertritt, sagte selbstbewusst: „Diese Woche gab es eine kraftvolle Volksversammlung, einen Marsch für Klimagerechtigkeit im Zentrum von Nairobi und eine Erklärung des Volkes, die eine weitaus inspirierendere und praktischere Vision ist, als die von den Politikern unterzeichnete.“

Hadi Yakubu von **Africans Rising** warnte: „Afrikas kritische Mineralien sind das nächste Schlachtfeld. Wir sehen bereits, wie ausländische Regierungen, große Unternehmen und sogar in unseren eigenen Ministerien daran arbeiten, sich diese Ressourcen anzueignen und das gescheiterte Szenario des **Extraktivismus** und des Exports zu wiederholen, das wir mit Afrikas fossilen Brennstoffen, Rohstoffen und Feldfrüchten gesehen haben. Wir können nicht zulassen, dass noch mehr unserer strategischen Ressourcen erobert werden, während die Gemeinden auf der Strecke bleiben. Wir brauchen einen Plan für wichtige Mineralien, der echte ökologische und soziale Schutzmaßnahmen, klare Verfahren für die Beteiligung der Gemeinden und eine starke panafrikanische Industriepolitik enthält, um sicherzustellen, dass

unsere Ressourcen für den Aufbau einheimischer Energieproduktionskapazitäten genutzt werden. Wenn mehr afrikanische Ressourcen einfach in großen Exportgeschäften verkauft werden, während wir teure Fertigprodukte importieren müssen, werden wir niemals echte Souveränität erreichen.“

Die ausführliche **gemeinsame Erklärung** könnte eine Plattform für die Klimabewegungen bieten:

<https://www.realafricaclimatesummit.org/declaration>

(Übersetzung in der **SiG-Werkstatt für SiG 152**)

Die Lebensbedingungen in Afrika werden auch in den globalisierungskritischen und in den Klimadebatten in Europa verstärkt in den Blick rücken.

Als letzter globaler Klimagipfel in diesem Jahr wird der **COP28-Gipfel im Dezember in den Vereinigten Arabischen Emiraten** stattfinden, der vom Chef eines Ölkonzerns geleitet werden soll! (Protestbrief: **SiG 151**, S. 15; mehr: <https://www.klimareporter.de/tag/cop-28>)

Öffentliche Investitionen in afrikanische Gasfelder sind keine Lösung

12.12.2022, WEED - Die KfW soll auch 2024 weiterhin die Erschließung neuer Öl- und Gas-Pipelines, LNG-Terminals und -Tankern sowie Schiffen zur Verlegung von Pipelines ermöglichen [...] Damit würde sich die KfW vom 1,5 Grad-Ziel verabschieden. Final abgestimmt wird der Entwurf am 15.12.2022. [Mehr Infos gibt es hier](#). In Erwägung gezogen werden in der aktuellen Debatte vor allem Vorkommen in Afrika. Es gibt allerdings zahlreiche Argumente, die dagegen sprechen:

- Der Ausbau der Fossilen hilft nicht den lokalen Bevölkerungen, sondern ist für den Export bestimmt. Eine Ausweitung der Gasförderung bringt internationalen Unternehmen Gewinne, von denen die afrikanischen Länder wenig profitieren. Das zeigen auch die vergangenen Investitionen in Kohle.
- Die Gruppe der afrikanischen Klimaverhandler (ANG) [lehnt das Erschließen neuer Gasfelder ab](#) - es sei zu kontrovers und lenke von wichtigeren Verhandlungen, etwa bei Finanzen ab und die breite zivilgesellschaftliche Initiative **"Don't gas Africa"** warnt ebenfalls vor den negativen Folgen. [...]

26.06.2023, Klimaallianz: Nach der Ankündigung einer **Just Energy Transition Partnership (JETP)** zwischen dem Senegal und der International Partners Group (IPG) fordert die **Senegal Germany People's Alliance for Climate Justice** (Senegal-Deutschland Bürger*innenallianz für Klimagerechtigkeit) einen sozial gerechten Wandel für den Senegal hin zu 100 % erneuerbaren Energien.

Afrika wird mit Projekten fossiler Brennstoffe überschwemmt

12.12.2022 (Redaktion von [Infosperber](#))

[...] Wie Afrika von schmutzigen Energieprojekten überschwemmt wird, deckt der neue **Bericht «Who is financing fossil fuel expansion in Africa»** auf. Aus dem Bericht sind die folgenden Auszüge entnommen. [...]

«In 48 von 55 afrikanischen Ländern erkunden oder erschließen Öl-, Gas- und Kohleunternehmen neue fossile Reserven, bauen neue Infrastrukturen wie Pipelines oder

„Das vorgeschlagene JETP mit dem Senegal geht nicht weit genug“, sagt **Mamadou Barry, Geschäftsführer der senegalesischen NGO Action Solidaire International und Gründungsmitglied des Bündnisses**. „Das geplante JETP zielt darauf ab, den Anteil der erneuerbaren Energien im Senegal bis 2030 auf 40% zu erhöhen, obwohl der Senegal das Potenzial für 100% erneuerbare Energien hat. Das JETP sollte ambitionierter sein und eine vollständig erneuerbare Zukunft für Senegal einleiten. Es sollte die Schaffung von grünen Arbeitsplätzen beschleunigen und den Energiezugang für die Menschen im Senegal verbessern.“

Luisa Neubauer, Aktivistin bei Fridays for Future Deutschland und Teil des Bündnisses, erklärt: „In der Regierungsmitteilung zum JETP wird Gas als Brückenkraftstoff bezeichnet. Das ist mehr als enttäuschend. Die Gasförderung vor der senegalesischen Küste bedroht die Lebensräume im Meer und die Lebensgrundlage von Millionen von Menschen im Senegal. Im Rahmen des angekündigten JETP darf kein einziger Cent der internationalen Finanzierung in die Gasförderung im Senegal fließen.“

Bhekumuzi Dean Bhebhe, Kampagnenleiter bei Don't Gas Africa, erklärt: „Weltweit wird der Gasbedarf zurückgehen [...]. Dadurch wird die senegalesische Gasproduktion zu einem gewaltigen gestrandeten Vermögenswert (*Stranded Asset*) die das Land in eine Schuldenfalle stürzt. [...] Keine weitere fossile Ausbeutung in Afrika!“

Powershift Podcast, August 2023: Warum Klimaschutz nur ohne Erdgas funktioniert: Statt in Europa endlich aus Gas auszusteigen, gibt es neue Projekte und Investitionen.

Flüssigerdgas (LNG)-Terminals oder entwickeln neue Gas- und Kohlekraftwerke. [...]

Die meisten dieser Projekte sind auf den Export ausgerichtet, und ausländische Unternehmen spielen oft eine überraschende Rolle (ReconAfrica, Total Energies, ...) [...]

Zwei Drittel der für 2050 prognostizierten neuen Gas- und Ölförderung in Afrika liegen in den Händen ausländischer Konzerne.» [...]

Christian Selz

Verschuldung: Perfekter Teufelskreis

Afrikanischen Staaten droht neue Schuldenkrise

Junge Welt - 30 Milliarden US-Dollar Schulden, so berichtete das *Handelsblatt* in der vergangenen Woche, müssen die 160 Schwellen- und Entwicklungsländer allein im kommenden Jahr zurückzahlen. 2025 werden dann laut einer Studie der niederländischen ING Bank gar Kredite in Höhe von 39 Milliarden US-Dollar fällig. Da die Staaten dieses Geld nicht haben, müssen sie die alten Kredite durch neue ablösen – und zwar in der Regel zu deutlich höheren Zinssätzen. Es drohen Staatspleiten.

Dabei schränken die hohen Schulden den Handlungsspielraum der betroffenen Regierungen schon heute drastisch ein. Das lässt sich aus den Dimensionen ablesen, die allein für Zinszahlungen aufgebracht werden müssen. Stellvertretend für zahlreiche ähnlich betroffene Länder zitiert das *Handelsblatt* den ghanaischen Finanzminister Ken Ofori-Atta, demzufolge das westafrikanische Land inzwischen »mehr als die Hälfte der gesamten Staatseinnahmen und fast 70 Prozent der Steuereinnahmen« für das Bedienen seiner Kredite aufwenden muss. Das Perfide an der Schuldenfalle: Die Schulden steigen so schneller als die Wirtschaftsleistung, was dazu führt, dass das Kartell der globalen Rating-agenturen die Kreditwürdigkeit der Staaten herabstuft. Als Folge daraus müssen diese dann wieder höhere Zinsaufschläge zahlen, um überhaupt noch an »frisches« Geld zur Ablösung auslaufender Kredite zu gelangen – der Teufelskreis ist perfekt.

Verschärft wurde die Krise in den vergangenen Jahren zum einen durch die Coronapandemie und zum anderen durch drastisch gestiegene Preise für Energieträger sowie Handelsbehinderungen infolge der westlichen Sanktionen gegen Russland in Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine. Um die Folgen der Pandemie abzufedern, mussten sich viele Staaten stärker verschulden, haben nun aber nicht die Mittel, diese Kredite abzuführen. [...]

Die kapverdische Ökonomin und UN-Sonderberaterin für Afrika, Cristina Duarte, hält dem jedoch entgegen, dass [...]

die afrikanische Mittel- und Oberschicht ihr Geld in Fonds anlegen, die dieses außerhalb des Kontinents investierten. Zudem litten die Staaten des Kontinents darunter, dass Geld an der Steuer vorbei illegal ins Ausland transferiert würde. Das Grundübel laut Duarte [...]: »Afrika kontrolliert seine Finanzströme nicht selbst.« UN-Generalsekretär António Guterres erneuerte daher in Doha seine bereits mehrfach geäußerte Forderung, das internationale Finanzsystem dringend zu reformieren, weil es in seiner derzeitigen Form vor allem den Interessen der reichen Länder diene.

Der Westen begnügt sich im wesentlichen mit einem passenden Sündenbock: China. So befand beispielsweise Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) im Mai 2022 auf dem »Katholikentag« in Stuttgart, »die nächste große Schuldenkrise des globalen Südens« stamme »aus Krediten (...), die China weltweit vergeben hat und selbst nicht ganz überblickt, (...) da so viele Akteure dabei sind«. Zwar haben chinesische Staatsbanken in den vergangenen Jahren verstärkt Kredite an arme Länder vergeben. Einer [Studie der britischen Nichtregierungsorganisation Debt Justice aus Juli 2022](https://debtjustice.org.uk/) zufolge liegen jedoch lediglich zwölf Prozent der Auslandsschulden afrikanischer Staaten, die noch immer das Gros der ärmsten Länder der Welt ausmachen, bei chinesischen Institutionen. 35 Prozent, also fast dreimal so viel, haben private Gläubiger in westlichen Industrieländern verliehen. Vor allem der Anteil an Schulden bei nichtstaatlichen Institutionen, also hauptsächlich Fonds, ist in den vergangenen zwei Jahrzehnten stark angestiegen. Problematisch ist das nicht nur, weil diese laut Debt Justice etwa doppelt so hohe Zinsen verlangen wie chinesische Staatsinstitutionen, sondern weil Entschuldungsinitiativen so ins Leere laufen. [...]

<https://debtjustice.org.uk/>

CADTM: Afrika: Die Schuldenfalle und Auswege
In Ostafrika gegen China: Kanzler Scholz unterstützt in Nairobi
US-Versuche, Kenia enger an den Westen zu binden,
um China zurückzudrängen. Präsident Ruto scheint offen dafür,
ist aber im In- und Ausland umstritten - [German Foreign Policy](#)



Nationale Koordination, 15.09.2023:
[...] Das Erdbeben, das die Regionen Marrakesch, Al-Haouz-Ebene, Taroudant und Ouarzazate erschütterte, führte zu einer enormen menschlichen und sozialen Tragödie. Die Zahl der Opfer beläuft sich bislang auf rund 2.950 Tote und mehr als 5.670 Verletzte. Ganze Dörfer und Tausende von Häusern wurden zerstört, vor allem in den zerklüfteten Bergregionen. Das

Gegengipfel zu den Treffen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds in Marrakesch im Oktober 2023

Ausmaß der humanitären, sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Erdbebens hängt mit der neoliberalen Politik zusammen, die von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds empfohlen und vom marokkanischen Staat umgesetzt wurde. Die öffentlichen Ausgaben wurden zum Ausbau großer Infrastrukturen wie internationaler Flughäfen, Häfen, Autobahnen und Züge erhöht, um ausländische und lokale Privatinvestitionen zu fördern. Im Gegensatz dazu leidet die Mehrheit der ländlichen Gebiete und die Peripherie der Städte unter Marginalisierung, schwachen öffentlichen Dienstleistungen, Armut und Arbeitslosigkeit. Alle Mitglieder der Nationalen Koordination des Gegengipfels engagieren sich für die anhaltende Solidarität

der Bevölkerung mit den Betroffenen. Die sozialen Bewegungen, die auf internationaler, kontinentaler, regionaler und nationaler Ebene in den Vorbereitungsprozess des Gegengipfels eingebunden sind, haben ebenfalls ihre Bereitschaft bekundet, zur Unterstützung der Erdbebenopfer beizutragen. Unser Gegengipfel wird eine Gelegenheit sein, diese internationale Solidarität zwischen den Bevölkerungsgruppen zu konkretisieren. Wir werden unsere Alternativen gegen die Politik der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds und ihrer Verbündeten festigen, die zur Verschärfung der Verschuldung, der Wirtschafts- und Gesundheitskrisen, des Klimawandels und zur Stärkung von Despotismus, Rassen- und Geschlechterdiskriminierung führen.

EU-“Flüchtlingsabwehr“ zurückweisen!

Jens Berger, Nachdenkseiten:

[...] Neben dem Zugang zu Rohstoffen ist „die zweite strategische Bedeutung Nigers für die EU die **Flüchtlingsabwehr**. Ja, sie haben richtig gelesen. Es geht um die Abwehr von meist westafrikanischen Flüchtlingen, deren Fluchtroute in der Regel direkt durch den Niger verläuft. Es geht aber auch um Flüchtlinge aus anderen afrikanischen Regionen und dem Nahen Osten, die aus Libyen und vor allem aus Algerien über sogenannte „Push-Back-Verfahren“ in den Niger abgeschoben werden. Wobei auch hier „Abschieben“ eine Beschönigung ist. In der Praxis [sieht es so aus](#), dass die Menschen in Algerien eingefangen und auf Lastwagen gepfercht werden. Nachdem ihnen ihre Papiere und ihr Geld abgenommen wurde, werden sie mitten in der Sahara an der algerisch-nigrischen Grenze ausgesetzt und in Richtung des nigrischen Ortes Assamaka getrieben, in dem NGOs ein „Auffanglager“ betreiben. Die Zustände dort sind katastrophal und das ganze Vorgehen ist völkerrechtswidrig. Die Push-Backs von Algerien nach Niger sind Teil der EU-Flüchtlingsabwehr-Strategie und Niger ist [offizieller Partner der EU in Sachen Flüchtlingsabwehr](#) – dafür gibt es dann ein paar Euro, die in den Taschen der lokalen Kleptokraten versickern. Hauptsache, die Flüchtlinge erreichen nicht Europa und schwächen die Umfragewerte der regierenden Parteien. Überflüssig zu erwähnen, dass diese schmutzigen Deals zwischen der „demokratischen“ EU und der „demokratischen“ nigrischen Regierung geschlossen wurden.[...]“
Aus: Jens Berger, Nachdenkseiten, [Putsch in Niger](#) – dem Westen geht es nicht um Demokratie, sondern um Rohstoffe und Flüchtlingsabwehr

„Wir sind nicht die Türsteher Europas“

Interview mit der Tunesierin Fatma Raach

[Brot für die Welt](#) - [...] Tunesien befindet sich seit Jahren in einer sich verschärfenden Wirtschaftskrise. Der Staat hat massive Zahlungsprobleme und kann selbst die Subventionierung von Grundnahrungsmitteln wie Brot nicht mehr leisten. [...] Dazu kommt ein zunehmend anti-demokratisch agierender Staat. [...] In dieser Situation sehen viele Tunesier*innen die Emigration als einzige Möglichkeit, den immer schwierigeren Bedingungen in der Heimat zu entfliehen. Das betrifft vor allem junge Menschen.

Kerem Schamberger, [medico](#):

Militarisierte Standortpolitik

[...] Im Juli 2022 unterzeichnete die EU-Grenzschutzagentur Frontex und EUCAP Sahel Niger in Anwesenheit des nigrischen Innenministers eine neue „operative Partnerschaft zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität“. Auch hier mit dem alleinigen Ziel Migration nach Europa zu erschweren. „Die Militarisierung und die Vervielfachung von Kampfeinsätzen gegen den Terrorismus und die so genannte ‚irreguläre Migration‘ schaffen für uns, die Menschen in der Sahelzone, nur noch mehr Unsicherheit“, sagt Moctar Dan Yaye, der bei Alarm Phone Sahara mitarbeitet. „Ich bin entsetzt, wenn ich die Lastwagen, beladen mit tonnenschweren Waffen, regelmäßig durch unsere Städte fahren sehe. Die Antwort für den Niger und die Sahelzone liegt nicht im Militärischen. Seit 2012 hat die Militarisierung ständig zugenommen und die Zahl ausländischer Truppen in der Region ist stetig gewachsen. Aber ist damit auch unsere Sicherheit gestiegen? Nein.“ (07.12.2022)

Einige Hinweise

Liste der SiG-Artikel zu Afrika in der [SiG-Werkstatt](#)

Webseiten

<https://blogs.attac.org/auteur/groupe-afrique>
<https://attacmaroc.org/fr/>
<https://reppad.org> (Niger), <https://lefaso.net/> (Burkina Faso)
<https://www.senepius.com/> (Schwerpunkt Senegal)
<https://thetricontinental.org/south-africa/>
<https://www.cadtm.org/Africa?lang=en>
<https://www.cadtm.org/Afrique?lang=fr>
<https://afriquexxi.info/>
<https://www.mediapart.fr/journal/international/190923/la-france-degage-changement-d-ere-au-sahel> (Debat, 45 min)

Le Monde Diplomatique - Manière de voir:

- [Indispensable Afrique](#) (Rohstoffe), 2010
- [France-Afrique](#), domination et émancipation, 2019
u. v. m. !

Bücher

Sven Lindqvist: Durch das Herz der Finsternis

1992 - Ein Afrika-Reisender auf den Spuren des europäischen Völkermords.

„Wenn es nach uns geht, so hat der Genozid mit den Nazis zu beginnen und auch mit den Nazis wieder aufzuhören. Es ist bequem, so zu denken.“ (S. 187)

Bernd Heyl: Namibische Gedenk- und

Erinnerungsorte. Postkolonialer Reisebegleiter in die deutsche Kolonialgeschichte, 2021

Bernd Heyl erzählt die Geschichte von zwanzig Orten, beschreibt ihre Entstehung aus der kolonialen Landnahme, der Zurückdrängung und Vertreibung der einheimischen Bevölkerung, die schließlich in den Völkermord an den Nama und Ovaherero mündete. Er erzählt aber auch die Geschichte des afrikanischen Widerstandes, der nach anfänglichen Erfolgen von der kaiserlichen »Schutzmacht« brutal niedergeschlagen wurde. (Der Autor bietet Vorträge an)

Heiko Möhle (Hg.): Branntwein, Bibeln und Bananen – der deutsche Kolonialismus in Afrika – eine Spurensuche in Hamburg, 1999

Olaf Bernau: „Brennpunkt Westafrika

Die Fluchtursachen und was Europa tun sollte“

C. H. Beck 2022/ [Bundeszentrale für politische Bildung 2022](#)
<https://olafbernaeu.de/>

Filme

[Lumumba](#)

[L'orage africain](#)

[Capitaine Thomas Sankara](#)

[Une histoire du franc CFA](#)

.... und viele mehr! Liste: <http://www.africine.org/films>



Die Strategie der Afrikanischen Entwicklungsbank zur Agroindustrialisierung Afrikas

31. Juli 2023 – „Die Landwirtschaft muss Afrikas neues Öl werden“, sagte Akinwumi Adesina, Präsident der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB), bei der Eröffnung des Gipfels „[Feed Africa: Food Sovereignty and Resilience](#)“ (Dakar 2), der Ende Januar 2023 im Senegal stattfand. [...] Die Rede des Direktors des nigerianischen Private-Equity-Fonds Verod Capital verdeutlicht, was auf dem Spiel steht: „Ich weiß, dass wir über die Zukunft Afrikas als die Zukunft der Kleinbauern sprechen, aber (...). Kleinbauern sind nicht die effizientesten Unternehmen. Ihre Verhandlungsmacht ist begrenzt, sie haben weniger Geld, um in die für eine effizientere Landwirtschaft notwendige Infrastruktur zu investieren und ihre Produkte zu den Märkten zu transportieren (...). Wir brauchen also größere Unternehmen, in denen wir Kapital einsetzen können. Ich glaube, dass dies mehr privates Kapital anziehen wird.“ [2] Verod ist einer von 70 privaten Investmentfonds, an denen die AfDB beteiligt ist. [3]

[...]

Die Afrikanische Union erklärte ihre nachdrückliche Unterstützung für die Initiative „Lieferpakete für Nahrungsmittel und Agrarprodukte“ für 40 Länder in den nächsten fünf Jahren. [9]

[...]

Während des gesamten Gipfels wurde wiederholt darauf hingewiesen, dass sich 65 Prozent des unbebauten Ackerlandes der Welt in Afrika befinden. [11] Aus diesem Grund steht die Ausweitung der Anbaufläche in den Pakten ganz oben auf der Tagesordnung und umfasst je nach Land Zehntausende, Hunderttausende oder sogar Millionen Hektar. [...] Dem Pakt von Tansania zufolge soll beispielsweise die landwirtschaftliche Nutzfläche bis 2025 um mehr als zwei Millionen Hektar erweitert werden, insbesondere durch eine „Übertragung“ von Land, das sich derzeit im Besitz der Dorfräte befindet. [12]

Das Angebot einer Politik der Handelsöffnung, die Investitionen, vor allem aus dem Privatsektor, anziehen soll, wird ebenfalls in den Pakten erwähnt, oft in Form der sehr problematischen öffentlich-privaten Partnerschaften. [13] [...] Neben anderen Maßnahmen, die Investitionen anziehen sollen, erwähnt der Kenia-Pakt, dass es keine Beschränkungen für die Rückführung von Gewinnen und Kapital gibt. Besorgniserregend ist auch, dass die Pakte auf gescheiterten agroindustriellen Programmen basieren. Dies ist beispielsweise bei einer öffentlich-privaten Partnerschaft zwischen der gabunischen Regierung und dem multinationalen Unternehmen Olam im Jahr 2015 der Fall, die von den betroffenen Gemeinden angeprangert wurde, weil sie dazu führte, dass Tausende Hektar Land von Ölpalmenplantagen vereinahmt wurden. [14]

[...] Die wichtigsten Institutionen, die zur Finanzierung beitragen würden, wären die AfDB (10 Milliarden Dollar), die

Islamische Entwicklungsbank (7 Milliarden), Deutschland (14,34 Milliarden), die USA (5 Milliarden), der IFAD (3 Milliarden) und die Niederlande (450 Millionen). [16] [...] Eine wichtige Frage bleibt unbeantwortet: Wie würde sich die Finanzierung der Pakte auf die öffentlichen Auslandsschulden der afrikanischen Länder auswirken? [17] [...]

Die **Afrikanische Entwicklungsbank (AfDB)** wurde 1964 im Zusammenhang mit der Erlangung der Unabhängigkeit mehrerer afrikanischer Länder gegründet. [...]

Die Schuldenkrise Anfang der 1980er Jahre markierte einen doppelten Wendepunkt: Während bis dahin die Besonderheit der AfDB darin bestand, dass nur afrikanische Staaten Mitglieder werden konnten, öffneten sich die Türen für Länder außerhalb Afrikas, wobei der Mangel an wirtschaftlichen Ressourcen als Argument herangezogen wurde. [19] Die zweite Veränderung bestand in der Anpassung an die von der Weltbank und dem IWF initiierten Strukturanpassungsprogramme. Auf diese Weise trug die AfDB zu dem von den Bretton-Woods-Institutionen und den reichen Ländern auf die afrikanischen Länder ausgeübten Druck bei, ihre Volkswirtschaften der Marktwirtschaft zu öffnen – mit verheerenden Auswirkungen. [20] Seitdem hat sich die Bank der neoliberalen Agenda angeschlossen. Beispielsweise ist sie derzeit einer der Akteure, die die Afrikanische Kontinentale Freihandelszone (African Continental Free Trade Area, AfCFTA) am stärksten fördern. [21]

Bereits 1997 wurde der Agrarsektor von der AfDB als strategisch eingestuft. [23] [...]

Das Hauptziel ist die „Agroindustrialisierung“, d. h. der Übergang von einer diversifizierten, subsistenzorientierten Landwirtschaft zu einer kommerziell ausgerichteten Landwirtschaft mit besserem Zugang zu Märkten und zur Agroindustrie. [29] Zu diesem Zweck teilte sie den Kontinent in Zonen ein, in denen bestimmte Sektoren Vorrang haben sollten: Weizen in Nordafrika; Sorghum, Hirse, Nibe und Viehzucht in der Sahelzone; Reis in Westafrika; Mais, Soja, Viehzucht und Milchwirtschaft in der Savanne von Guinea; Kakao, Kaffee, Cashewnüsse, Ölpalmen, Gemüseanbau und Fischerei auf dem gesamten Kontinent. [30]

Im Jahr 2017 startete die AfDB die Initiative „Technologien für die Transformation der Landwirtschaft in Afrika“ (TAAT) [...]. Eines der Ziele ist es, regionale kommerzielle Investitionen für Saatgutunternehmen voranzutreiben. [32] Multinationale Unternehmen wie BASF, Bayer/Monsanto, Corteva, Seed Co und Syngenta sind an dieser Initiative beteiligt. [...]

Die Düngemittelindustrie ist eine der am meisten von der AfDB unterstützten Industrien. [...]

Sonderwirtschaftszonen (SWZ): ein roter Teppich für den Privatsektor

[...] Im Jahr 2019 gab es nach Schätzungen der Vereinten Nationen 237 SWZ in 37 afrikanischen Ländern, von denen nur die Hälfte voll funktionsfähig war. Insgesamt werden 43 Prozent der afrikanischen SWZ vom Staat verwaltet, 41 Prozent vom Privatsektor (hauptsächlich in Kenia, Äthiopien und Tansania) und der Rest befindet sich unter der Verantwortung von öffentlich-privaten Partnerschaften. [51] [...]

Die Staaten übernehmen die Kosten für die dazugehörige Infrastruktur und führen Sonderregelungen ein, um private Investitionen anzuziehen. Dazu gehören: Zollbefreiungen für Importe und Exporte, Steuerbefreiungen, Ausnahmen im Arbeitsrecht, die Rückführung von Gewinnen und Bürgschaften für Kredite. Darüber hinaus können Unternehmen von ermäßigten Preisen für Energie und Wasser profitieren.

Die Sonderzonen für agroindustrielle Verarbeitung (SAPZ)

[...] Sie werden in den meisten Fällen auf Gemeinschaftsland errichtet, das vom Staat enteignet und den Investoren angeboten wird. Die von den Anlagen beanspruchte Fläche muss nicht unbedingt sehr groß sein, aber ihre Ansiedlung führt zu Problemen in Bezug auf den Zugang zu Land, Preissteigerungen, Spekulationen und Zwangsräumungen. [52] Die Agropole Bagré in Burkina Faso ist ein gutes Beispiel. [...] Ausländischen Investoren wurden 60 Prozent der erschlossenen Flächen zugesprochen. [54] Fast 9.000 Bauern und Bäuerinnen waren betroffen, von denen 5.000 noch auf ihre Landtitel warten. [55] Obwohl versprochen wurde, 30.000 Arbeitsplätze zu schaffen, hat die Jugend die Zone verlassen, um anderswo Arbeit zu suchen. [56] [...] In den meisten Fällen müssen die Bauern ihre gesamte Parzelle für die beantragte Kultur nutzen. Die Gewährung von Krediten für den Zugang zu agroindustriellen Inputs wird als Teil des Vertrags dargestellt, der den Bauern zugutekommt. Sie bringt jedoch das Risiko einer massiven Verschuldung mit sich, die mit dem Verlust des Ackerlandes enden kann. [61]

Ebenso besorgniserregend ist die Größe der Gebiete, die die SAPZ angeblich integrieren. Beispielsweise sieht die im

März 2023 in Mali (Region Koulikoro und Stadtrandgebiet von Bamako) gestartete SAPZ mit geschätzten Kosten von 22 Millionen US-Dollar vor, 2.921 Hektar für landwirtschaftliche Aktivitäten zu erschließen, aber insgesamt sollen 60.000 Hektar Agrarland erfasst werden. Und dies wäre nur die Pilotphase für den Bau von 12 Agropolen im ganzen Land mit Gesamtkosten von 900 Millionen US-Dollar. [62] Alles deutet darauf hin, dass diese Projekte eine nicht zu unterschätzende territoriale Neuordnung darstellen, die der Agroindustrie nicht nur Rohstoffe (fruchtbares Land mit gutem Bewässerungspotenzial), sondern auch billige Arbeitskräfte zur Verfügung stellt. [63] [...] Paradoxiertweise spielte die Grüne Revolution eine führende Rolle bei der Vertreibung der bäuerlichen Gemeinschaften und ihrer Abwanderung in die afrikanischen Städte. [64]

Die AfDB muss aufhören, das neue trojanische Pferd des Agrobusiness in Afrika zu sein

Die territoriale Neuordnung des Kontinents durch und für die Interessen von Großkonzernen, zu deren Komplizen die AfDB gemacht wird, erinnert auf bittere Weise an die Aufteilung Afrikas durch die Kolonialmächte. Doch dieses Mal wird diese Neuordnung von afrikanischen Regierungsbehörden durchgesetzt.

[...] Die große Abwesende in ihren Programmen ist die kleinbäuerliche Landwirtschaft. Diese wird von Kleinbauern und -bäuerinnen, Fischern und Viehzüchtern betrieben und produziert und liefert fast 80 Prozent der auf dem Kontinent konsumierten Nahrungsmittel. Dies ist möglich durch gutes Saatgut-, Wasser- und Bodenmanagement, geeignete Technologien für die Verarbeitung und kurze Wege. Bei vielen dieser Aktivitäten spielen Frauen eine führende Rolle. Jeden Tag beweist dieses Modell nicht nur seine wesentliche Rolle bei der Ernährung und Versorgung von Familien, sondern auch seine bemerkenswerte Klimaresistenz. [65] Doch anstatt geschützt zu werden, werden die kleinbäuerliche Landwirtschaft und die von ihr abhängigen lokalen Ernährungssysteme durch die Politik und Projekte der AfDB zugunsten des Agrobusiness systematisch in die Enge getrieben.

<https://grain.org/fr/article/7015-la-strategie-de-la-bad-pour-agro-industrialiser-l-afrique> (vollständiger Text und Fußnoten)

Übersetzung: SiG-Redaktion

S. auch: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien_4-20_Sonderwirtschaftszonen-Afrika.pdf

Via Campesina: Internationale Konferenz in Bogota , 1.- 8. Dezember 2023

“In the face of global crises, we build Food Sovereignty to ensure a future for humanity”, captures the updates and alerts we present in this edition of the newswrap, which contains news from Asia, Africa, Europe and the Americas.
<https://viacampesina.org/en/media-and-publications/>

**Via Campesina: Faced with global crises,
we build food sovereignty to ensure a future
for humanity | [Call to Action #16Oct2023](#)**

Berichte von Aktionen von Bauern aus der ganzen Welt
<https://viacampesina.org/en/2023-august-newsletter-highlights-from-la-via-campesina-member-organisations-around-the-world/>

Ernährungssouveränität in ‚Sand im Getriebe‘:

SiG 145: C. Gérand: Trojanisches Pferd für große Saatgutfirmen in Afrika – Wenn die Gates-Stiftung Hunger sät

SiG 146: R. Khaled-Ibrahim, medico: Hunger mit System Attac und Österreichischer Bauernverband: Finanz- und Weltmärkte überwachen und Spekulation bekämpfen

SiG 150: COP15 - falsche Lösungen für die Biodiversitätskrise / Menschenrechte für KleinbäuerInnen
INKOTA-Netzwerk: Allianz für eine Grüne Revolution in Afrika (AGRA) – Eine unheilvolle Allianz

Survival International: CO2-Zertifikate: gravierende Mängel auf indigenem Land in Kenia

6-Punkte-Plan für die sozial-gerechte Agrarwende und gutes Essen für alle!

Pascal Derungs: Ein gescheitertes Experiment: Treibstoffe aus Pflanzen

FIAN: Uganda: 22 Jahre ohne Entschädigung – Vertriebene der Neumann-Kaffee-Gruppe kämpfen weiter um Wiedergutmachung

Die Hamburger-Neumann-Gruppe hat erneut nicht auf eine Gesprächsanfrage mit Peter Kayiira Baleke reagiert, dem Vertreter von 4.000 Ugander:innen, die im August 2001 gewaltsam für die Kaweri Coffee Plantation des Unternehmens aus ihren Dörfern vertrieben wurden.

Die Neumann-Kaffee-Gruppe ist einer der weltweit führenden Händler mit Rohkaffee. Sie baut seit über zwanzig Jahren auf dem Land der Vertriebenen Kaffee an. Peter Kayiira Baleke, selbst ein Betroffener der gewaltsamen Vertreibung, ist erneut nach Deutschland gekommen, um das Unternehmen zu Wiedergutmachung aufzufordern.

258 betroffene Familien haben im Februar 2022 das Angebot einer geringen finanziellen Entschädigung der ugandischen Regierung angenommen. Die Kompensation ist bis heute nicht ausgezahlt worden. Die Neumann-Kaffee-Gruppe hat bisher jede Forderung nach Entschädigung zurückgewiesen. FIAN unterstützt die Geschädigten seit 20 Jahren in ihrer Forderung nach Wiedergutmachung.

Mehr: fian.de

FIAN: Tansania: Zwangsumsiedlungen und Menschenrechtsverletzungen im Ngorongoro-Schutzgebiet stoppen!

Jetzt Briefaktion unterstützen und Unterschriften sammeln! An der Grenze zum Serengeti-Nationalpark liegt das ähnlich große Ngorongoro-Schutzgebiet (Ngorongoro Conservation Area, NCA), welches von dem Hirtenvolk der Maasai besiedelt ist. Die Regierung plant, die Menschen dort im Namen des Naturschutzes umzusiedeln. Bis 2027 sollen 82.000 Maasai gehen. Parallel dazu werden große Hotelanlagen in dem Gebiet aus dem Boden gestampft.

Während offiziell von ‚freiwilligen Umsiedlungen‘ die Rede ist, hat die Regierung viele repressive Maßnahmen eingeleitet, die faktisch einer Zwangsumsiedlung gleichkommen. So hat die Regierung jegliche Finanzierungen von Schulen und Krankenstationen in dem Schutzgebiet eingestellt. Sie hat viele No-Go-Zonen eingerichtet, die den Zugang zu Wasser und Weideland der Maasai stark einschränken. Ein Anbauverbot für Grundnahrungsmittel führt dazu, dass mehr Getreide und andere Lebensmittel wie Bohnen, Kartoffeln, Kohl und Karotten eingeführt werden müssen. Die Ernährungslage verschlechtert sich aktuell dramatisch.

Mehr: fian.de

Soziale Bewegungen und indigene Völker stellen sich gegen den UN-Gipfel zu Ernährungssystemen und fordern echten Wandel der Ernährungssysteme

24.07.2023 - Rom, Italien: Zur heutigen Bestandsaufnahmeveranstaltung zwei Jahre nach dem „United Nations Food Systems Summit“ (UNFSS) haben die größten Bewegungen für globale Ernährungsgerechtigkeit, Kleinbäuer*innenorganisationen sowie indigene Völker stellvertretend für Millionen Menschen auf der ganzen Welt eine **neue Erklärung** veröffentlicht ([deutsche Version der Erklärung](#) in Auszügen nachstehend). In dieser prangern sie den umstrittenen Ansatz der Vereinten Nationen im Kampf gegen Hunger und Unterernährung an.

„Der UNFSS hat nicht nur unsere Rechte und die strukturellen Ursachen der Krisen ignoriert“, sagt Saúl Vicente vom [International Indian Treaty Council](#), „...die Absicht der Organisatoren des Gipfels ist es, uns das Projekt konzern- und industriegeleiteter Ernährungssysteme als Transformation zu verkaufen.“

„Die Rechte der Menschen auf Zugang zu und Kontrolle über Land und produktive Ressourcen müssen garantiert und agrarökologische Produktionsmodelle sowie bäuerliches Saatgut gefördert werden.“ – Ibrahima Coulibaly, Präsident des [Netzwerks westafrikanischer Bäuer*innen und landwirtschaftlicher Produktionsorganisationen \(ROPPA\)](#) Der UN-Gipfel von vor zwei Jahren löste eine beispiellose weltweite [Gegenmobilisierung](#) aus. Hauptanliegen der Gipfelkritiker*innen war und ist der **wachsende Einfluss von Konzernen und ihren Lobbyorganisationen innerhalb der Vereinten Nationen**.

„Ernenne den Bock nicht zum Gärtner“, warnt Patti Naylor von der US-amerikanischen Organisation [National Family Farm Coalition](#): „Die Agrar-, Lebensmittel- und Datengiganten scheren sich nicht um demokratische Entscheidungsstrukturen in den Vereinten Nationen – sie nutzen die UN ausschließlich für ihre Profite.“

„In den letzten zwei Jahrzehnten haben Menschen aus der ganzen Welt konkrete und wirksame Strategien zur Bewälti-

gung der Klima- und Ernährungskrise vorgestellt, die auf der Achtung der sozialen und ethnischen Vielfalt, Gerechtigkeit sowie der Menschen- und Kollektivrechte beruhen. Dazu gehören vor allem Ernährungssouveränität, Agrarökologie, Revitalisierung der biologischen Vielfalt, territoriale Märkte sowie eine solidarische Wirtschaft“, so Shalmali Guttal von [Focus on the Global South](#). „Die Beweise sind überwältigend – die Lösungen, die von Kleinbäuer*innen und indigenen Völkern entwickelt wurden, ernähren nicht nur die Welt. Sie fördern auch die Geschlechter-, soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit, die Stärkung der Jugend, Arbeiter*innenrechte und die tatsächliche Widerstandsfähigkeit gegen Krisen. Warum sehen die politischen Entscheidungsträger*innen das nicht und bieten keine angemessene Unterstützung?“

Ein neuer [FIAN International Bericht, Food Systems Transformation – In which direction?](#), der parallel zu der Erklärung veröffentlicht wird, fordert eine Änderung der Welternährungsarchitektur, um Entscheidungsfindungen zu gewährleisten, die dem Gemeinwohl und dem Menschenrecht auf Nahrung Vorrang einräumen.

Bei dieser [Pressemitteilung](#) handelt es sich um die deutsche Übersetzung der [englischen Version](#) von **Food Systems 4 People**.

Erklärung der People's Autonomous Response zum UN Food Systems Summit+2 (UNFSS+2)

Juli 2023 - Der UN-Gipfel zu Ernährungssystemen
wird industrielle, konzerngesteuerte Ernährungssysteme weiter vorantreiben



<https://foodsystems4people.org/>

(457 unterzeichnende Organisationen: u.a. Corporate Europe Observatory, FIAN, Focus on the South, GRAIN, Greenpeace, Via Campesina, Oxfam, Third World Network, TNI)

Die **UNFSS+2 Bestandsaufnahme**, die vom 24. bis 26. Juli in Rom stattgefunden hat, ist eine Veranstaltung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, die von Italien in Zusammenarbeit mit den in Rom ansässigen UN-Agenturen organisiert wird. An dem Treffen nehmen zahlreiche Persönlichkeiten teil, darunter Führungskräfte der Vereinten Nationen, mehrere Staatschefs und andere hochrangige Vertreter*innen der Mitgliedstaaten.

Die UNFSS+2 Bestandsaufnahme droht die Fehler des Welternährungsgipfels selbst zu wiederholen, indem sie die industriellen Ernährungssysteme weiter vorantreibt und die Tür der UN für einen noch größeren Einfluss großer Privatunternehmen und ihrer Netzwerke öffnet, ohne dass ein Rahmen für die Rechenschaftspflicht von Unternehmen existiert.

Die UNFSS+2 ist so konzipiert, dass sie die Notwendigkeit tiefgreifender struktureller Veränderungen in unseren Ernährungssystemen ignoriert und stattdessen ein Modell in den Vordergrund stellt, das Profit über das öffentliche Interesse stellt. In den letzten drei Jahren haben zahlreiche Gruppen – soziale Bewegungen, indigene Völker, Jugendliche, Frauen und Genderaktivist*innen – konkrete Vorschläge und Forderungen zur Förderung von Agrarökologie, Ernährungssouveränität, Biodiversität, Geschlechtergerechtigkeit und -vielfalt, Jugendempowerment, Klimagerechtigkeit sowie wirtschaftlicher und sozialer Gerechtigkeit in den Ernährungssystemen vorgelegt.

Diese Vorschläge wurden stets ignoriert, ein Muster, das sich 2021 fortsetzte und 2023 noch verschärfte. Dies ist besonders besorgniserregend, wenn bedacht wird, dass die Zahl der Hungernden und Unterernährten in die Höhe schnellte, die Ungleichheiten zunehmen und die Menschheit und der Planet sich in einer existenziellen Krise befinden. Vor diesem Hintergrund bringen die Organisationen der Zivilgesellschaft und der indigenen Völker mit dieser öffentlichen Erklärung erneut ihre Besorgnis zum Ausdruck.

Ein kritischer Rückblick auf den Food Systems Summit (FSS)

Vor zwei Jahren sah sich der UNFSS mit einer beispiellosen Gegenmobilisierung konfrontiert: Mehr als 9.000 Teilnehmende forderten den **Vorgipfel im Juli 2021** heraus. Gruppen aus allen Regionen berichteten über die Maßnahmen, die sie vor Ort ergreifen, um die Lebensmittelversorgung zu verändern. Eine große Zahl von Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft [...] äußerten starke Vorbehalte gegenüber der Struktur, der politischen Ausrichtung und dem Organisationsprozess des Gipfels, der von Anfang an die Errungenschaften des demokratischen Multilateralismus untergrub, die mit dem reformierten UN-Ausschuss für Welternährungssicherheit (CFS) erreicht worden waren.

Die **politische Erklärung, die im September 2021 an den UNFSS gerichtet wurde**, wurde von mehr als 700 internationalen und nationalen Organisationen sowie mehr als 300 Akademiker*innen und Aktivist*innen unterstützt. Die Hauptanliegen der Gegenmobilisierung wurden auch in Hunderten von akademischen Abhandlungen, Veröffentlichungen in sozialen Medien und Erwähnungen in weltweiten Medien wie BBC, Al Jazeera, dem italienischen Staatsfernsehen Rai, Le Monde, El País, The Guardian, Deutsche Welle usw. aufgegriffen.

Der „People's Summit“ (wie er von den Organisatoren genannt wurde) und der verschlungene, konzernzentrierte Prozess, der zu ihm führte, enttäuschten jedoch genau die Menschen, denen er dienen sollte. Der Gipfel hat es versäumt, die Hauptursachen für die wachsende Hunger- und Klimakrise in der Welt anzugehen, insbesondere die COVID-19-Pandemie, die industrielle Landwirtschaft und die Konzentration von Unternehmen in den Ernährungssystemen.

Mit seinem Multi-Stakeholder-Ansatz hat der Gipfel auch die Mitgliedsstaaten und den Multilateralismus im Allgemeinen im Stich gelassen. Während eine Gruppe hochrangiger UN-Vertreter*innen, einige Regierungen, insbesondere aus OECD-Ländern, zusammen mit verschiedenen Unternehmensnetzwerken, Philanthrop*innen, unternehmensfreundlichen Akademiker*innen sowie NGOs starken Einfluss auf den Gipfelprozess und seine Inhalte ausübten, wurde eine große Zahl von Mitgliedsstaaten, insbesondere aus dem Globalen Süden, an den Rand gedrängt.

Entscheidend ist, dass der Gipfel im Bereich der Menschenrechte versagt hat. Die Kritik an den schwachen menschenrechtlichen Grundlagen des Gipfels wurde von vielen Akteur*innen innerhalb und außerhalb des Gipfels wortgewandt und häufig geäußert, aber konsequent ignoriert. Gleichzeitig untergrub der Gipfel hart erkämpfte Errungenschaften einer demokratischeren Welternährungspolitik, wie den UN-Ausschuss für Welternährungssicherheit (Committee on World Food Security, **CFS**) und seine wissenschaftlich-politische Schnittstelle, das High Level Panel of Experts (**HLPE**).

Zwei Jahre später: Kein Richtungswechsel

Nach dem UN-Gipfel zu Ernährungssystemen im September 2021 wurden wichtige Schritte unternommen, um das Follow-up sicherzustellen, obwohl der Aktionsplan des Gipfels lediglich eine Erklärung des UN-Generalsekretärs war, die weder verhandelt noch in einem zwischenstaatlichen Prozess verabschiedet wurde. Trotz ausdrücklicher Zusagen des stellvertretenden UN-Generalsekretärs vor dem Gipfel, keine neuen Strukturen zu schaffen, wurde eine neue UN-Koordinierungsstelle für Ernährungssysteme eingerichtet, die bei der FAO angesiedelt ist und gemeinsam vom stellvertretenden UN-Generalsekretär und den Vorsitzenden von FAO, WFP, IFAD, WHO und UNEP geleitet wird. Die neue Struktur ist mit einem Zweijahresbudget von 14 Mio. USD ausgestattet, mehr als doppelt so viel wie das Budget des CFS.

Bemerkenswert ist, dass die Struktur des Coordination Hub **die nationalen Regierungen nicht in die Führungsstruktur einbezieht**. Sie umfasst eine neue Schnittstelle für Wissenschaftspolitik und eine neue, handverlesene Beratungsgruppe für die Einbeziehung und Vernetzung von Interessengruppen (SENA), die die Funktionen des CFS und des HLPE zu duplizieren scheint. Allerdings wird das Recht der Zivilgesellschaft auf autonome Selbstorganisation nicht respektiert, und **die Agenda ist einseitig darauf ausgerichtet, die unternehmensfreundlichen Ansätze des Food Systems Summit zu stärken**.

Das Hauptziel von FSS+2 ist es, ein wesentliches Legitimitätsdefizit des ersten Gipfels zu beheben: die Tatsache, dass er nicht als Regierungsgipfel wie die UN-Ernährungsgipfel 1996, 2002 und 2009 abgehalten wurde und daher nicht mit einer zwischenstaatlichen Erklärung und einem Aktionsplan endete. Die Mitgliedsstaaten wurden aufgefordert, nationale Wege zur Umgestaltung des Ernährungssystems in ihren Ländern zu entwickeln, aber nur ein Teil der Staaten war an der Festlegung der Ergebnisse des Gipfels überhaupt beteiligt. Es besteht die weit verbreitete Befürchtung, dass sich der FSS+2 als eine „Buy-in“-Falle erweisen wird, bei der die Regierungen den FSS-Prozess durch ihre hochrangige Teilnahme und ihre Bereitschaft, ihre nationalen Strategien für ihre Ernährungssysteme zu präsentieren, unterstützen werden. Dies wird unabhängig davon geschehen, inwieweit ihre nationalen Strategien durch integrative Konsultationen entwickelt wurden, in welche Richtung sie gehen oder ob sie überhaupt umgesetzt wurden.

Die FSS+2 zielt nicht auf ein zwischenstaatlich vereinbartes Ergebnis ab und ignoriert die dringende Notwendigkeit global abgestimmter Antworten auf systemische Ernährungskrisen. Stattdessen zielt die Veranstaltung darauf ab, die Illusion einer breiten Unterstützung durch die Regierungen zu schaffen, was zu einer De-facto- und Ex-post-Legitimierung des UNFSS-Prozesses führt.

Jüngste Analysen haben den FSS+2 in den breiteren Kontext des wachsenden Einflusses von Unternehmen auf die globale Ernährungspolitik gestellt, wie er sich in der beispiellosen „Open Doors“-Politik der FAO gegenüber dem Unternehmenssektor, dem Welternährungsforum, der „Hand-in-Hand“-Initiative und einem allgemeineren Ansatz des Multistakeholderismus und der kontrollierten Partizipation widerspiegelt.

Ein echter Wandel der Ernährungssysteme ist dringend notwendig und möglich

Im Jahr 2022 waren rund 258 Millionen Menschen von akuter Ernährungsunsicherheit betroffen, verglichen mit 193 Millionen im Jahr 2021 und 155 Millionen im Jahr 2020. Diese anhaltende und systemische Krise ist das Ergebnis politischer Versäumnisse und Unterlassungen sowie eines problematischen Weges, der Ungleichheiten und Abhängigkeiten verschärft und Auswirkungen hat, die die globale Schulden- und Klimakrise verschärfen.

Der Kern der Kontroverse liegt in der Auseinandersetzung zwischen der Aufrechterhaltung konzerngesteuerter industrieller Ernährungssysteme und der Notwendigkeit einer menschenrechtsbasierten, agrarökologischen Transformation des Ernährungssystems hin zu Ernährungssouveränität.

In Zeiten multipler und miteinander verknüpfter Krisen ist es dringender denn je, dass die Regierungen und die Vereinten Nationen den Stimmen der am stärksten betroffenen Gruppen Gehör schenken, ihren Kurs ändern und ihre Forderungen und Bemühungen um eine echte Transformation der Ernährungssysteme unterstützen, die auf der Achtung aller Menschenrechte und der Sorge um die Menschen und den Planeten basiert und die Agrarökologie, Ernährungssouveränität, Biodiversität, Geschlechtergerechtigkeit und -vielfalt, das Empowerment der Jugend, Klimagerechtigkeit sowie wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit in allen Dimensionen der Ernährungssysteme fördert.

Bei diesem Statement handelt es sich um die [deutsche Übersetzung](#) der [englischen Version](#), in der die Quellen aufgelistet werden.

- **Pressekontakt (deutsch):** Roman Herre, FIAN Deutschland, Agrarreferent: r.herre@fian.de

FIAN, 2022: [Corporate Capture of FAO](#)

Food systems for People - [Bericht](#), (auf Englisch)

2023: In diesem Papier wird bewertet, wie sich der Trend zum Multistakeholderismus und zur Vereinnahmung der globalen Ernährungspolitik durch die Unternehmen 2023 entwickeln und möglicherweise noch verstärken wird, wodurch frühere Errungenschaften der Ernährungssouveränitätsbewegung wie das reformierte Komitee für Welternährungssicherheit (CFS) und bestimmte demokratische Vorstöße in der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) gefährdet sind.

Die Analyse soll verschiedenen Organisationen und Plattformen sozialer Bewegungen, indigener Völker und der Zivilgesellschaft helfen zu verstehen, wie sich der Multistakeholderismus weltweit ausbreitet, und Elemente für die Entwicklung von Strategien zu seiner Bekämpfung liefern.

[Video zur damaligen Mobilisierung](#) (2021)

Powershift und Umweltinstitut München

CETA-Leak: Wir veröffentlichen geheime Interpretationserklärung

Mit einer Zusatzklärung wollte die Bundesregierung die anhaltende Kritik am Investitionsschutzkapitel im europäisch-kanadischen Freihandelsabkommen CETA ausräumen. Gemeinsam mit PowerShift haben wir den unter Verschluss gehaltenen konsolidierten Text sowie eine ausführliche Analyse veröffentlicht.

“Demokratie ist nicht verhandelbar” stand auf den Bannern, mit denen die Grünen vor einigen Jahren gemeinsam mit Hunderttausenden Bürger:innen an den großen Demonstrationen gegen TTIP und CETA teilnahmen. Dennoch ratifizierte die Bundesregierung mit grüner Beteiligung das europäisch-kanadische Freihandelsabkommen CETA im Bundestag.

Wie kam es dazu? Bereits im Juni 2022 kündigten die drei Ampel-Parteien an, anhand einer so genannten Interpretationserklärung umstrittene Punkte des CETA-Abkommens wie Konzernklagerechte für Investoren und fehlende Verabredungen zum Klimaschutz ausbügeln, um später das Abkommen durch den Bundestag ratifizieren zu lassen. Zwei Monate später veröffentlichte das Umweltinstitut München ein [juristisches Kurzgutachten](#), welches belegte: Die Kompetenz, den Investitionsschutz in CETA auf diese Weise einzuschränken, hat der zuständige Ausschuss gar nicht! Denn im Ergebnis würde sie über die Grenzen der Auslegung hinausgehen und faktisch den Vertragstext tiefgreifend ändern. Hierzu ist der Gemeinsame Ausschuss aber nicht befugt. Eine entsprechende Erklärung würde also mit hoher Wahrscheinlichkeit von CETA-Schiedsgerichten, die an den Vertragstext gebunden sind und diesen auslegen müssen, nicht beachtet werden. Trotz zahlreicher Warnungen von Jurist:innen und Nichtregierungsorganisationen hielt die Bundesregierung an ihrem Plan fest. Sie machte die Interpretationserklärung zur Bedingung für die Ratifizierung.

Intransparent und undemokratisch

In diesen gesamten Prozess wurden weder der Bundestag noch die Zivilgesellschaft eingebunden. Erst durch einen von uns veröffentlichten Leak erfuhr die Öffentlichkeit von dem Inhalt des Entwurfs des Wirtschaftsministeriums. Obwohl die Interpretationserklärung zum Investitionsschutz als Voraussetzung für die zweite und dritte Lesung des Ratifizierungsgesetzes angekündigt worden war, war der Text bis zum Tag der Ratifizierung durch den Bundestag nicht fertig verhandelt. Erst über ein halbes Jahr nach der Ratifizierung durch die deutschen Parlamente, nämlich am 17. Juli 2023, lag endlich die finalisierte Fassung der Erklärung vor. Nicht jedoch für die Öffentlichkeit, sondern nur für einen „spezifischen Kreis von Personen“.

Das Papier nicht wert

Diesen unerträglichen Zustand beenden wir hiermit und veröffentlichen die Zusatzklärung! Im Vorfeld haben wir in Zusammenarbeit mit PowerShift und der renommierten Kanzlei Günther aus Hamburg eine juristische und politische Analyse vorgenommen. **Unsere politische Analyse kommt dabei zu folgenden Ergebnissen:**

1. Unverbindliche Interpretationserklärung: Die vorliegende Interpretationserklärung dient lediglich als Interpretationshilfe für die Schiedsrichter:innen. Sie hat keine bindende oder gar ändernde Wirkung auf den Vertragstext selbst. Zu diesem Schluss kamen mehrere juristische Untersuchungen noch vor der Ratifizierung.

2. Fehlende Partizipation: Obwohl die Interpretationserklärung zum Investitionsschutz als Voraussetzung für die zweite und dritte Lesung des Ratifizierungsgesetzes angekündigt worden war, erfolgte die Abstimmung im Bundestag, noch bevor die Verhandlungen über das Papier mit Kanada richtig begonnen hatten. Erst über ein halbes Jahr später wurde die Interpretationserklärung finalisiert. Die Bundestagsabgeordneten stimmten damit einem Abkommen unter Bedingung auf ein Papier zu, welches sie nicht kannten und dessen Inhalt sie nicht beeinflussen konnten.

3. Intransparenz: Zivilgesellschaftlichen Organisationen wurden im Vorfeld der ersten Lesung nicht einmal 24 Stunden zur Anhörung eingeräumt. Auch bei der Expert:innenanhörung waren sie im Gegensatz zu Industrievertreter:innen nicht eingeladen. Die Interpretationserklärung wurde im Geheimen verhandelt und wird der Öffentlichkeit vorenthalten.

4. Konzernklagerechte haben weiterhin Bestand: Die Möglichkeit für Konzerne, Staaten auf Schadenersatz zu verklagen aufgrund fortschrittlicher Gesetzgebung zum Schutz des Klimas und der Verbraucher:innen, ist weiterhin gegeben. Auch unter Bezugnahme auf indirekte Enteignung und der gerechten und billigen Behandlung. Der vorliegende Text schafft keine Abhilfe.

5. Klimaschutz gestrichen: Nahezu alle Bezüge zu Klimapolitik und konkretere Absprachen zum Klimaschutz wurden aus dem Entwurf der Interpretationserklärung gestrichen.

Und auch das juristische Gutachten findet klare Worte: “Im Ergebnis schafft die Interpretationserklärung keine Abhilfe, soweit es um den Schutz für klima- und umweltschädliche Investitionen geht. Die Interpretationserklärung ist bereits von ihrem Rechtscharakter und ihrer Rechtsnatur her nicht geeignet, das grundlegende Investitionsschutzsystem in CETA zu ändern.” (Dr. Dirk Legler Rechtsanwalt, Kanzlei Günther)

Kehrtwende

Gerade in Zeiten einer bedrohten Demokratie und eskalierenden humanitären und ökologischen Krisen halten wir sowohl das beschriebene Vorgehen der Bundesregierung als auch die Einführung von neuen Sonderklagerechten für Investoren, die nachweislich die staatliche Handlungsfreiheit einschränken für skandalös! Wir fordern den Stopp der Ratifizierung von CETA und eine dringende Kehrtwende in der Handels- und Investitionspolitik. Wir werden auch weiterhin gegen unfaire Handelsabkommen und undemokratisches Handeln laut werden und freuen uns, wenn Sie mit dabei sind!

Dokumente: [Unsere Analyse](#)

- [Die geleakte Interpretationserklärung](#)

Ukrainekrieg und Geopolitik

Der folgende Artikel erschien im August 2023 in den [französischen](#), [englischen](#) und [spanischen](#) Ausgaben von Le Monde Diplomatique. In der deutschen Ausgabe wurde er nicht übernommen. Wir veröffentlichen daher eine deutsche Übersetzung - mit freundlicher Genehmigung der Redaktionen von Le Monde Diplomatique in Berlin und Paris – denn wir finden den Artikel sehr anregend, auch wenn das nicht heißt mit allen Aussagen Mearsheimers übereinzustimmen.

Sein Text ist ein Crashkurs darin, nach welcher Logik die Außenpolitik der Regierungen aller Couleur und in allen Ländern hinter der Fassade wohlklingender Parolen heute immer noch funktioniert, auch wenn es im Widerspruch zu den normativen Leitbildern steht, für die die Linke und die Friedensbewegung sich einsetzen.

Aber auch wenn man emanzipatorische Alternativen zu den bestehenden Verhältnissen für möglich und nötig hält, so gilt doch auch Rosa Luxemburgs Diktum: „Zu sagen was ist, bleibt die revolutionärste Tat.“

Von dem was ist, was Sache ist, findet sich jede Menge bei Mearsheimer. Er ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Chicago, einer der prominentesten Vertreter der sog. Neorealistischen Schule Internationaler Beziehungen und Autor mehrerer Standardwerke zum Thema. Jüngste Veröffentlichung (mit Sebastian Rosato): *How States Think: the Rationality of Foreign Policy*, Yale University Press, 2023.

In den internationalen Beziehungen ist es besser, man ist Godzilla und nicht Bambi

John J. Mearsheimer Rivalitäten zwischen Großmächten: ein Plädoyer für Realismus

**Bei der Beurteilung der geopolitischen Landschaft muss man davon ausgehen, dass es jedem Staat, ob demokratisch oder autoritär, in erster Linie darum geht, sein eigenes Überleben zu sichern.
Von daher die Bedeutung von militärischer Macht und Allianzen.**

Vor drei Jahrzehnten glaubten viele Experten im Westen, dass wir das Ende der Geschichte erreicht hätten und dass Krieg zwischen Großmächten auf dem Müllhaufen der Geschichte gelandet sei. Diese Illusion ist geplatzt. Die Welt ist nicht nur mit einer Großmachtrivalität wie im Kalten Krieg konfrontiert, sondern mit zweien: die USA gegen Russland in Osteuropa (wegen der Ukraine), und die USA gegen China in Ostasien (wegen Taiwan). Beide Rivalitäten könnten sich leicht zu heißen Kriegen zwischen ihnen entwickeln.

Im Grunde genommen hat sich die internationale Politik in letzter Zeit stark gewandelt, was für den Westen eine schlechte Nachricht ist. Was ist schiefgelaufen? Wie ist dieser Wandel zu erklären und wohin steuert die Welt? Die Beantwortung dieser Fragen erfordert eine Theorie der internationalen Beziehungen: einen allgemeinen Rahmen, der erklären kann, warum Staaten so handeln, wie sie es tun, und der uns hilft, eine komplizierte und ungewisse Welt zu verstehen.

Der Realismus ist die beste Theorie, um die Weltpolitik zu verstehen. In realistischer Perspektive sind Staaten die Hauptakteure, und sie koexistieren in einer Welt, in der es keine oberste Autorität gibt, die sie voreinander schützen könnte. Das zwingt sie dazu, genau auf die Kräfteverhältnisse zu achten, denn sie wissen, dass Schwäche sie verwundbar machen kann. Die Staaten konkurrieren also untereinander um Macht, was nicht heißt, dass sie nicht auch kooperieren, wenn ihre Interessen miteinander kompatibel

sind. Aber die Beziehungen zwischen Staaten - insbesondere zwischen Großmächten - sind in ihrem Kern kompetitiv. Außerdem erkennt die realistische Theorie die Tatsache an, dass Krieg ein Instrument der Staatskunst ist, und dass Staaten manchmal Kriege beginnen, um ihre strategische Position zu verbessern. Wie Clausewitz argumentiert, ist der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.

Realismus ist im Westen nicht populär

Realismus ist im Westen nicht populär, da Krieg weithin als Übel angesehen wird, das, entsprechend der UN-Charta, nur als Mittel der Selbstverteidigung gerechtfertigt werden kann. Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln? Auf keinen Fall. Er ist auch deshalb unpopulär, weil er so pessimistisch ist: der Realismus geht davon aus, dass die Konkurrenz zwischen den Großmächten eine unabänderliche Tatsache ist und unweigerlich zu tragischen Ergebnissen führt. Schließlich geht der Realismus davon aus, dass alle Staaten - ob sie nun liberale Demokratien sind oder nicht - nach der gleichen Logik handeln. Im Westen glauben die meisten Menschen jedoch, dass der Charakter des Regimes eine große Rolle spielt, und dass liberale Demokratien die Guten sind, während autoritäre Staaten die Hauptstifter von Kriegen sind.

Es überrascht nicht, dass die liberale Theorie, die die wichtigste Alternative zum Realismus darstellt, im Westen bevorzugt wird.

Dennoch haben die USA fast immer nach den Zwängen des Realismus gehandelt, zur Tarnung ihres Verhaltens aber eine eher moralische Rhetorik benutzt. Sie verbündeten sich während des Zweiten Weltkriegs mit der stalinistischen Sowjetunion und unterstützten während des Kalten Krieges eine Reihe skrupelloser Autokraten - Tschang Kai-shek in China, Mohammed Reza Pahlevi im Iran, Syngman Rhee in Südkorea, Mobutu Sese Seko in Zaire, Anastasio Somoza in Nicaragua und Augusto Pinochet in Chile.

Die einzige Ausnahme ist der „unipolare Moment“ (1991-2017), als sowohl die demokratischen als auch die republikanischen Administrationen den Realismus aufgaben und versuchten, eine globale Ordnung auf der Grundlage der Werte der liberalen Demokratie - Rechtsstaatlichkeit, Marktwirtschaft und Menschenrechte - unter der gütigen Führung der USA zu schaffen. Leider ist diese Strategie der ‚liberalen Hegemonie‘ fast vollständig gescheitert, und sie hat wesentlich zur Entstehung der aufgewühlten Welt von 2023 beigetragen. Hätten die amerikanischen Politiker nach dem Ende des Kalten Krieges 1989 eine realistische Außenpolitik verfolgt, wäre die Welt heute weit weniger gefährlich.

Eine Welt, in der sich jeder selbst helfen muss

Es gibt verschiedene Theorien des Realismus. Der Politikwissenschaftler Hans Morgenthau vertritt die berühmte These, dass die menschliche Natur die Staaten dazu treibt, nach Macht zu streben. Staatsführer, so behauptet er, besitzen einen *animus dominandi* - einen angeborenen Wunsch, andere zu beherrschen. Im Gegensatz dazu ist in meiner Theorie die Hauptantriebskraft die Struktur oder Architektur des internationalen Systems. Seine bestimmenden Merkmale zwingen die Staaten - insbesondere die Großmächte - zu einem unerbittlichen Wettbewerb um Macht. Tatsächlich sind die Staaten in einem eisernen Käfig gefangen.

Mein Ausgangspunkt ist die Einsicht, dass Staaten in einem anarchischen System agieren, in dem es keinen allmächtigen Schutzherrn gibt, auf den man sich stützen kann, wenn ein anderer Staat sie bedroht. Daher müssen die Staaten in dieser Welt sich im Wesentlichen selbst helfen und auf sich selbst verlassen. Das wird durch zwei weitere Aspekte des internationalen Systems erschwert. Alle Großmächte verfügen über offensive militärische Fähigkeiten, wenn auch einige mehr als andere, was bedeutet, dass sie sich gegenseitig erheblichen Schaden zufügen können.

Außerdem ist es schwierig, wenn nicht gar unmöglich, sich sicher zu sein, dass ein anderer Staat wohlwollende Absichten hat, vor allem weil Absichten - im Gegensatz zu Fähigkeiten - in den Köpfen der politischen Entscheidungsträger verborgen sind und nicht vollständig erkannt werden können. Noch schwieriger ist es, vorauszusehen, was ein anderer Staat in Zukunft tun wird, denn man kann nicht wissen, wer an der Macht sein wird, und die Absichten eines Staates werden sich mit ziemlicher Sicherheit ändern, wenn sich die Umstände, mit denen er konfrontiert ist, ändern.

Staaten, die in einer Welt agieren, in der sie auf sich selbst angewiesen sind und mit einem mächtigen Rivalen konfrontiert sein können, der sie angreifen will, werden sich natür-

lich gegenseitig fürchten, auch wenn das Ausmaß der Angst von Fall zu Fall unterschiedlich sein wird.

Der beste Weg für einen rationalen Staat in einer so gefährlichen Welt zu überleben, besteht darin, im Vergleich zu anderen Staaten mächtiger zu sein, jedenfalls aber dafür zu sorgen, dass er nicht schwach ist. Wie die chinesische Erfahrung während des ‚Jahrhunderts der nationalen Demütigung‘ (1839-1949) zeigt, werden mächtigere Staaten die Schwäche eines Landes wahrscheinlich ausnutzen. In den internationalen Beziehungen ist es besser, man ist Godzilla statt Bambi.

Die Europäische Union könnte als Ausnahme erscheinen, ist es aber nicht. Sie entstand unter dem Schutz des amerikanischen Sicherheitsschirms, der einen Krieg zwischen den Mitgliedstaaten unmöglich machte und sie von der Notwendigkeit befreite, sich gegenseitig zu fürchten. Diese grundlegende Tatsache erklärt, warum europäische Politiker aller Couleur Angst haben, die USA könnten sich nach Asien orientieren und Europa sich selbst überlassen.

Kurz gesagt, Großmachtpolitik ist durch eine unerbittliche Sicherheitskonkurrenz gekennzeichnet, bei der die Staaten nicht nur nach Möglichkeiten suchen, relative Macht zu erlangen, sondern auch zu verhindern versuchen, dass sich die Kräfteverhältnisse zu ihren Ungunsten verändern. Letzteres Verhalten wird als ‚Gleichgewichtspolitik‘ bezeichnet, die durch den Ausbau der eigenen Macht, oder durch ein Bündnis mit anderen Staaten erreicht werden kann, die ebenfalls von einem gefährlichen Gegner bedroht werden. In der Welt des Realismus bedeutet Macht hauptsächlich die militärischen Fähigkeiten eines Staates, die letztlich von einer avancierten Wirtschaft und einer großen Bevölkerung abhängen.

Die Vorteile regionaler Hegemonie

Ideal ist es für eine Großmacht darin, regionaler Hegemon zu sein, d.h. seinen Teil der Welt zu dominieren, und zugleich sicherzustellen, dass keine andere Macht, ob mittelgroß oder ganz groß, in der Lage ist, sie anzutasten. Die USA sind das Paradebeispiel für diese Logik. Im 18. und 19. Jahrhundert bemühten sie sich unermüdlich, die Hegemonie in der westlichen Hemisphäre zu erreichen. Im 20. Jahrhundert trugen sie dazu bei, das kaiserliche Deutschland, das kaiserliche Japan, Nazideutschland und die Sowjetunion daran zu hindern, regionaler Hegemon in Asien, oder Europa zu werden.

Überleben ist natürlich das vorrangige Ziel von Staaten, denn wenn ein Staat nicht überlebt, kann er keine anderen Ziele verfolgen, wie Wohlstand oder die Verbreitung einer Ideologie. Dementsprechend können Großmächte auch kooperieren, wenn sie gemeinsame Interessen haben und die Zusammenarbeit ihre Position im Kräftegleichgewicht nicht untergräbt.

So arbeiteten die Supermächte während des Kalten Krieges zusammen, als sie 1968 den Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen unterzeichneten, obwohl die Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion im Kern an Rivalität orientiert waren. Auch vor dem Ersten Weltkrieg bestanden zwischen den europäischen Großmächten intensive wirtschaftliche Beziehungen, aber zugleich auch zwi-

schen denselben Ländern eine starke Konkurrenz in Sicherheitsfragen, die Vorrang vor der wirtschaftlichen Zusammenarbeit hatte und schließlich zum Krieg führte. Diese Beispiele zeigen, dass die Zusammenarbeit der Großmächte immer im Schatten sicherheitspolitischer Rivalität stattfindet.

Einige Kritiker behaupten, dass der Realismus internationale Institutionen ablehnt, die die wichtigsten Bausteine einer regelbasierten internationalen Ordnung sind. Das ist nicht korrekt: Realisten erkennen an, dass in einer interdependenten Welt Institutionen unerlässlich für sicherheitspolitische Konkurrenz sind - wie die NATO und der Warschauer Pakt während des Kalten Krieges - und um die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit zu fördern - wie es die WTO und die UNO heute tun. Sie betonen jedoch, dass die Großmächte die Regeln der Institutionen so schreiben, dass sie ihren eigenen Interessen entsprechen, und dass die Institutionen auf keinen Fall eine Großmacht zu Handlungen zwingen können, die ihre eigene Sicherheit gefährden. In solchen Fällen wird eine Großmacht einfach die Regeln verletzen, oder sie zu ihren Gunsten umschreiben.

Diese Logik steht im Widerspruch zu dem im Westen weit verbreiteten Glauben, dass sich liberale Demokratien anders verhalten als autoritäre Staaten. Autoritäre Staaten, so die Behauptung, sind die eigentliche Bedrohung für eine auf Regeln basierende Ordnung und ganz allgemein das Haupthindernis für eine friedliche Welt. Aber so funktioniert internationale Politik nicht.

Der Typus des Regimes spielt kaum eine Rolle in einer Welt, in der Staaten sich auf sich selbst verlassen müssen, um ihr Überleben zu sichern. Die USA zum Beispiel sind der Inbegriff eines liberalen Staates, aber ihre Führung hat 1999 Jugoslawien und 2003 den Irak illegal angegriffen und in den 1980er Jahren einen verdeckten Stellvertreterkrieg gegen Nicaragua geführt. Großmächte aller Art handeln skrupellos, wenn sie ihre vitalen Interessen bedroht sehen.

Einige Gelehrte sind der Meinung, dass durch die ‚atomare Revolution‘ der Realismus heute weniger relevant geworden ist. Atomwaffen, so meinen sie, garantieren das Überleben einer Großmacht - wer würde es wagen, einen atomar bewaffneten Staat anzugreifen? Damit entfällt die Notwendigkeit, um Macht zu konkurrieren.

In diesem Zusammenhang wird behauptet, dass die Angst vor einer nuklearen Eskalation auch zwei Länder mit Atomwaffenarsenalen davon abhält, einen größeren konventionellen Krieg zu führen. Es gibt jedoch keinen Beleg dafür, dass die Großmächte dieser Logik jemals gefolgt wären. Die Sowjetunion und die USA gaben während des Kalten Krieges Billionen von Dollar für ihren Machtkampf aus, und China, Russland und die USA tun dies auch heute. Diese atomar bewaffneten Großmächte fürchteten um ihr Überleben und bereiteten sich auf einen konventionellen Krieg gegen ihre Rivalen vor. Damit soll nicht bestritten werden, dass in einer nuklearen Welt ein Krieg zwischen Großmächten weniger wahrscheinlich ist, aber er bleibt eine allgegenwärtige Bedrohung, so dass der Realismus nach wie vor aktuell ist.

Wo sollten die USA kämpfen?

Der Realismus behauptet auch, dass die einzigen Gebiete von vitalem strategischem Interesse für Großmächte - abgesehen von ihrem eigenen Territorium - jene sind, in denen andere Großmächte agieren, oder in denen es einen Überfluss an kritischen Ressourcen gibt, von denen die Weltwirtschaft abhängt. So vertraten die amerikanischen Realisten während des Kalten Krieges die Auffassung, dass es außerhalb der westlichen Hemisphäre nur drei Gebiete in der Welt gibt, in denen die USA sich auf einen Kampf vorbereiten sollten: Europa, Nordostasien, wo die Sowjetunion lag, und der ölfreiche Persische Golf. Fast alle Realisten waren gegen den Vietnamkrieg, weil er in Südostasien geführt wurde, einer Region, die damals von geringer strategischer Bedeutung war. Heute jedoch ist Südostasien für die USA von großer Bedeutung, weil China zu einer Großmacht geworden ist. Dies erklärt, warum Washington bereit ist, den Status quo in Taiwan und im Südchinesischen Meer zu verteidigen.

Im Gegensatz dazu setzt der Liberalismus keine Prioritäten zwischen verschiedenen Regionen der Welt. Sein primäres Ziel ist es, Demokratie und Kapitalismus so weit wie möglich zu verbreiten. Obwohl die liberale Rhetorik die Übel des Krieges betont, sind die Verfechter einer liberalen Außenpolitik oft bereit, Gewalt anzuwenden, um ihre ambitionierten Ziele zu erreichen. Die Bush-Doktrin, die darauf abzielte, den Nahen und Mittleren Osten mit dem Gewehrlauf zu demokratisieren, war eine Manifestation dieser Haltung. Es ist kein Zufall, dass fast alle prominenten Realisten gegen den Irakkrieg 2003 waren. Dieser Krieg war die Idee der Neokonservativen, die sich ganz besonders als Kriegsfalken hervortun und sich für die Ausbreitung des Liberalismus im Ausland einsetzen. Dieser Krieg wurde von den Befürwortern liberaler Hegemonie breit unterstützt.

Ironischerweise enthalten liberale Ansätze in der Außenpolitik ein ausgesprochen illiberales Element. Im Kern betont der Liberalismus die Notwendigkeit von Toleranz, da er anerkennt, dass sich die Menschen niemals vollständig über die beste Art zu leben oder regiert zu werden einig sein werden. Dementsprechend versuchen liberale Gesellschaften, Raum für das Individuum und für Gruppen zu schaffen, damit diese so weit wie möglich nach ihren eigenen Überzeugungen agieren können. Wenn sich Liberale jedoch der Außenpolitik zuwenden, tun sie so, als wüssten sie mit Gewissheit, welche Art von Regime für jedes Land am besten wäre. Insbesondere glauben sie, dass der Rest der Welt so werden sollte wie der Westen, und nutzen die verschiedenen ihnen zur Verfügung stehenden Instrumente, um ihn in diese Richtung zu drängen. Dieser illiberale Ansatz für den Umgang mit der Welt ist zum Scheitern verurteilt, nicht nur, weil es keinen Konsens über das ideale politische System gibt, sondern auch wegen der realistischen Logik. Staaten sind souveräne Gebilde, die ihre lebenswichtigen Interessen gegen Bedrohungen verteidigen, insbesondere gegen solche, die von einem konkurrierenden Staat ausgehen, der ihr politisches System zu verändern versucht.

Als die Sowjetunion 1991 zusammenbrach, wich die bipolare Welt des Kalten Krieges einem unipolaren System, in dessen Mittelpunkt die USA standen. Mit dem Aufstieg Chinas und der Renaissance der russischen Macht wurde aus Uni-

polarität dann etwa 2017 Multipolarität. Die USA sind immer noch das mächtigste Land in der Welt, aber China ist mit seiner beeindruckenden Wirtschaft und seiner wachsenden militärischen Macht ein ebenbürtiger Konkurrent. Russland ist eindeutig das schwächste der drei Länder. In diesem multipolaren System haben sich zwei neue Rivalitäten herausgebildet, die jeweils nach einer anderen Logik des Realismus funktionieren. Wie beim amerikanisch-sowjetischen Antagonismus nach dem Zweiten Weltkrieg geht es bei der Rivalität zwischen den USA und China hauptsächlich um regionale Hegemonie, auch wenn er sich wie der amerikanisch-sowjetische Antagonismus weltweit ausbreiten könnte. Die gegenwärtige Rivalität zwischen den USA und Russland ist nicht auf die Befürchtung zurückzuführen, dass Russland Europa dominieren könnte, sondern auf das aggressive Verhalten der USA.

Die Rivalität zwischen den USA und China

Während des 19. und 20. Jahrhunderts galt China nicht als Großmacht. Es verfügte zwar über die nötige Bevölkerungszahl, aber nicht über den nötigen Reichtum, um ausreichende militärische Stärke aufzubauen. Diese Situation änderte sich Anfang der 1990er Jahre, als die chinesische Wirtschaft rasch zu wachsen begann. Heute ist China die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt und verfügt über die Fähigkeit, Spitzentechnologien zu entwickeln. Wie zu erwarten war, nutzt Peking seine wirtschaftliche Macht, um sein Militär auszubauen.

Chinas Ziel ist es, der bei weitem mächtigste Staat in Asien zu werden, das US-Militär schrittweise aus Ostasien zu verdrängen und sich so als regionaler Hegemon zu etablieren. Peking baut auch eine Kriegsmarine auf, was darauf hindeutet, dass es seine Macht über den gesamten Globus projizieren will. Im Grunde ahmt China die USA nach, was durchaus sinnvoll ist, da dies der beste Weg für ein Land ist, seine eigene Sicherheit in einer anarchischen Welt zu maximieren. Die chinesische Führung hat noch einen weiteren Grund für ihr Streben nach Vorherrschaft in Asien. Sie haben territoriale Ziele, die auf einer nationalistischen Logik beruhen - wie die Rückeroberung Taiwans und die Beherrschung des Südchinesischen Meeres - die nur erreicht werden können, wenn China regionaler Hegemon ist.

Die USA versuchen seit langem zu verhindern, dass ein anderes Land eine regionale Hegemonie erlangt, wie sie im 20. Jahrhundert wiederholt demonstriert haben. Daher betreiben sie eine Eindämmungspolitik, um China daran zu hindern, Asien zu dominieren. Diese Bemühungen um machtpolitisches Gleichgewicht haben sowohl eine militärische als auch eine wirtschaftliche Dimension.

Was die erste betrifft, so formierte Washington Bündnisse, die ursprünglich zur Eindämmung der Sowjetunion geschmiedet worden waren, zu einer Koalition zur Eindämmung Chinas, und schafft neue Arrangements, um diese Allianzen zu stärken. Diese Strategie umfasst den Aufbau - oder die Wiederbelebung - von Sicherheitspakten wie AUKUS (Australien, Großbritannien und USA) und QUAD (Vierseitiger Sicherheitsdialog: USA, Australien, Japan und Indien) sowie die Stärkung der langjährigen bilateralen Bündnisse der USA mit Japan, den Philippinen und Südkorea.

Die Transatlantische Kluft

Auf wirtschaftlicher Ebene versucht Washington, Chinas Entwicklung von Spitzentechnologien einzuschränken, um sicherzustellen, dass die USA die Vorherrschaft auf diesem äußerst wichtigen Gebiet behalten. Dieser wirtschaftliche Konkurrenzkampf könnte die transatlantischen Beziehungen empfindlich stören, da die europäischen Länder, die bereits unter der Abkopplung ihrer Wirtschaft von Russland leiden, in China nach Kunden suchen.

China und die USA werden in absehbarer Zukunft einen immer schärferen Wettbewerb um die Macht führen. Dieser Kampf wird zum Teil durch das berühmte „Sicherheitsdilemma“ angeheizt, bei dem das, was die eine Seite tut, um sich zu verteidigen, von der anderen Seite als Beweis für deren offensive Absichten interpretiert wird. Es gibt zwei weitere Gründe, warum dieser Rivalität besonders gefährlich sein wird. Erstens geht es um Taiwan, das fast alle Chinesen als heiliges Territorium betrachten, und das von China kontrolliert werden sollte, während die USA es aber unbedingt als de facto unabhängigen, mit Washington verbündeten Staat erhalten wollen.

Zweitens wird jeder künftige Krieg zwischen diesen erbitterten Rivalen aller Voraussicht nach um Inseln in den Gewässern vor Chinas Küste geführt werden, und zwar hauptsächlich mit Luft-, Raketen- und Seestreitkräften. Es ist nicht schwer, sich plausible Szenarien vorzustellen, in denen ein Krieg in dieser Region ausbricht, und sei es nur aus Zufall. Ein Krieg zwischen China und den USA auf dem asiatischen Festland wäre weitaus tödlicher und daher viel unwahrscheinlicher, ähnlich wie es bei einem Krieg zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt im Zentrum Europas während des Kalten Krieges der Fall war. Ein größerer Landkrieg in Asien scheint daher unwahrscheinlich, aber es wird dennoch kluge Diplomatie auf beiden Seiten bedürfen, um ihn zu vermeiden.

Die USA haben zu dieser gefährlichen Rivalität beigetragen, weil sie Grundsätze des Realismus ignorierten. So sahen sie sich in den frühen 1990er Jahren keinen rivalisierenden Großmächten gegenüber, und China war wirtschaftlich unterentwickelt.

Wie es der Liberalismus vorschreibt, verfolgte die Führung der USA eine Politik der Annäherung an China: Sie förderten dessen Wirtschaftswachstum und versuchten, es in die internationale Ordnung zu integrieren. Sie gingen davon aus, dass ein wohlhabendes China ein ‚verantwortungsvoller Teilnehmer‘ in dieser von den USA dominierten Ordnung werden und sich schließlich zu einer liberalen Demokratie entwickeln würde. Kurz gesagt, ein mächtiges, aber demokratisches China würde ein friedliches China sein, das die USA nicht herausfordern würde.

Dies war ein kolossaler strategischer Fehler. Hätten sich die amerikanischen Politiker von einer realistischen Logik leiten lassen, hätten sie nicht versucht, das chinesische Wachstum zu beschleunigen, sondern hätten stattdessen versuchen sollen, die machtpolitische Kluft zwischen Washington und Peking aufrechtzuerhalten, anstatt sie zu verringern.

Die gängige Meinung im Westen über den Ukraine-Krieg hört sich so an, als ob Russland sich in Europa in gleicher Weise verhält wie China in Asien. Putin werden imperiale

Ambitionen nachgesagt, die damit beginnen, ein Großrussland nach dem Vorbild der alten Sowjetunion zu schaffen und dann die ehemaligen Pufferländer des Warschauer Paktes zurückzuerobern, um schließlich die Sicherheit ganz Europas zu bedrohen. Die Ukraine, die er angeblich erobern und in Russland integrieren will, sei sein erstes, aber nicht letztes Ziel. Nach dieser Auffassung geht es der NATO in der Ukraine darum, die russische Macht einzudämmen, so wie sie die Sowjetunion während des Kalten Krieges daran gehindert hat, ganz Europa zu beherrschen.

Diese Geschichte ist, gleichgültig wie oft sie wiederholt wird, ein Mythos. Es gibt keine Belege dafür, dass Putin die gesamte Ukraine Russland einverleiben oder ein anderes osteuropäisches Land erobern will. Außerdem verfügt Russland nicht über die militärischen Fähigkeiten, dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen, geschweige denn ein europäischer Hegemon zu werden.

Es steht zwar außer Frage, dass Russland die Ukraine angegriffen hat, doch ebenso klar ist, dass der Konflikt von den USA und ihren europäischen Verbündeten provoziert wurde, als sie beschlossen, die Ukraine zu einem westlichen Bollwerk an den Grenzen Russlands zu machen. Sie wollten die Ukraine in die NATO und die EU einbinden und sie zu einer prowestlichen liberalen Demokratie machen. Die russische Führung hat wiederholt betont, dass diese Politik eine existenzielle Bedrohung für Moskau darstellt und nicht toleriert werden kann. Es gibt keinen Grund zu der Annahme, dass sie es nicht ernst meinten.

Der US-Botschafter in Moskau erklärte im April 2008, als die Aufnahme der Ukraine in die NATO beschlossen wurde, in einem Memo an die damalige Außenministerin Condoleezza Rice: *„Der Beitritt der Ukraine zur NATO ist für die russische Elite (nicht nur für Putin) die klarste aller roten Linien. In mehr als zweieinhalb Jahren Gesprächen mit wichtigen russischen Akteuren ... habe ich noch niemanden gefunden, der die Aufnahme der Ukraine in die NATO als etwas anderes als eine direkte Herausforderung für russische Interessen betrachtet.“* Angela Merkel, die damalige deutsche Bundeskanzlerin, sprach sich gegen eine Aufnahme der Ukraine in die NATO aus: *„Ich war mir sehr sicher, dass Putin das nicht einfach so zulassen würde. Aus seiner Sicht wäre das eine Kriegserklärung.“* (Zitiert nach Hans von der Burchard. *Merkel defends legacy on Russia and Ukraine. Politico*, 7.6.2022)

Der Ukraine-Konflikt

Der Konflikt in der Ukraine begann im Februar 2014, sechs Jahre nachdem die NATO erklärt hatte, dass das Land prinzipiell Mitglied werden könne. Putin versuchte daraufhin, den Konflikt auf diplomatischem Wege beizulegen, indem er die USA, die diese Politik vorantrieben, davon zu überzeugen versuchte, die Idee einer Aufnahme der Ukraine in das Bündnis aufzugeben. Doch Washington weigerte sich und setzte stattdessen alles daran, das ukrainische Militär zu bewaffnen, auszubilden und es in NATO-Manöver einzubeziehen. Aus der Befürchtung, dass die Ukraine de facto NATO-Mitglied werden könnte, schickte Russland am 17. Dezember 2021 Briefe an Präsident Biden und die NATO und forderte eine schriftliche Zusage, dass die Ukraine nicht dem Bündnis beitreten, sondern stattdessen ein neutraler

Staat sein sollte. Außenminister Antony Blinken antwortete am 26. Januar 2022 lapidar: *„Es gibt keine Änderung; es wird keine Änderung geben.“* Einen Monat später griff Russland die Ukraine an.

Aus Sicht des Realismus ist die Reaktion Moskaus auf die NATO-Erweiterung durch die Ukraine ein klarer Fall von Abwägung gegen eine gefährliche Bedrohung. Putin will verhindern, dass ein Militärbündnis, das vom mächtigsten Staat der Welt dominiert wird und der Todfeind der Sowjetunion war, die Ukraine ‚vor unserer Haustür‘, zu seinem Mitglied macht. Tatsächlich ähnelt die russische Position der amerikanischen Monroe-Doktrin, die besagt, dass keine Großmacht von außerhalb des Kontinents militärische Kräfte im Hinterhof der USA stationieren darf. Da die Diplomatie nicht in der Lage war, mit dem umzugehen, was die Russen als existenzielle Bedrohung ansahen, begann Putin einen Präventivkrieg, um die Ukraine aus der NATO herauszuhalten. Moskau betrachtet dies als einen Selbstverteidigungs- und nicht als einen Eroberungskrieg. Natürlich sehen die Ukraine und ihre Nachbarn das ganz anders. Damit will ich den Krieg weder rechtfertigen noch verurteilen, sondern nur erklären, warum er stattgefunden hat.

Angesichts des Mythos‘, dass Putin eine unbegrenzte Expansion anstrebt, könnte man meinen, dass auch die NATO-Erweiterung auf einer realistischen Logik beruht: die USA und ihre Verbündeten wollen Russland eindämmen. Aber auch diese Ansicht wäre falsch. Der Beschluss zur NATO-Erweiterung wurde Mitte der 90er Jahre gefasst, als Russland militärisch schwach war und die USA problemlos in der Lage waren, Moskau die Erweiterung aufzuzwingen. Auch hier zeigt sich, welche Gefahren Schwäche im internationalen System mit sich bringt. Auch 2008, als die Entscheidung getroffen wurde, die Ukraine in das Bündnis aufzunehmen, stellte Russland keine Bedrohung für Europa dar. Es bestand also weder damals noch heute die Notwendigkeit, es einzudämmen. In Wirklichkeit haben die USA ein großes Interesse daran, sich von Europa weg und hin nach Ostasien zu orientieren, und dabei Russland in eine Koalition des Kräftegleichgewichts gegen China einzubinden, ohne sich in einem Krieg in Osteuropa zu verzetteln und die Russen in die Arme der Chinesen zu treiben.

Wie die fehlgeleitete Politik des Engagements gegenüber China war auch die NATO-Erweiterung ein Bestandteil des liberalen Hegemonieprojekts. Das Ziel bestand darin, Ost- und Westeuropa zu integrieren und letztendlich ganz Europa in eine große Friedenszone zu verwandeln. Realisten wie George Kennan lehnten die NATO-Erweiterung ab, weil sie erkannten, dass sie Russland bedrohen und in eine Katastrophe führen würde.

Europa wäre heute in einer weitaus besseren Verfassung, wenn sich die realistische Logik durchgesetzt hätte und die NATO nicht nach Osten expandiert und sich insbesondere nicht verpflichtet hätte, die Ukraine aufzunehmen. Aber die Würfel sind jetzt gefallen: Die Unipolarität ist der Multipolarität gewichen, und die USA und ihre Verbündeten sind nun in ernsthafte geopolitische Rivalitäten sowohl mit China als auch mit Russland verwickelt. Die neuen kalten Kriege sind mindestens genauso gefährlich wie der ursprüngliche, vielleicht sogar noch gefährlicher.

Übersetzung aus dem Englischen: Peter Wahl

John Mearsheimer über den Ukraine-Krieg: Die Zukunft sieht düster aus

(SiG-Redaktion) John J. Mearsheimer [blickt in die Zukunft des Ukraine-Kriegs](#). Kurz zusammengefasst meint er: Die Hauptakteure halten an maximalistischen Zielen fest, weswegen ein praktikabler Friedensvertrag unmöglich erscheint. Nationalismus auf beiden Seiten und das fehlende Vertrauen erschweren seiner Auffassung nach mögliche Friedensverhandlungen, sodass der Krieg weitergehen und die Ukraine noch mehr zerstört wird. Für Mearsheimer ist diese Katastrophe von der unverantwortlichen US-Politik der Nato-Erweiterung mitverursacht worden und hätte leicht vermieden werden können.

John J. Mearsheimer stellt zwei Fragen:

Erstens ist ein sinnvolles Friedensabkommen möglich und zweitens, welche Seite wird den Krieg gewinnen?

Die erste Frage beantwortet er mit NEIN, weil beide Kriegsparteien sich als gegenseitige existentielle Bedrohung sehen und sich maximale Ziele setzen und weil sie das Verhältnis der Ukraine zum Westen diametral entgegengesetzt bewerten. Ein eingefrorener Konflikt wäre auch mit dem Risiko jederzeitigen Entflammbarkeits noch die beste Lösung.

Auf die zweite Frage: Wer wird wahrscheinlich den Krieg gewinnen, antwortet er: Russland wird den Krieg letztlich gewinnen, auch wenn es die Ukraine nicht entscheidend besiegen wird. Es wird ein hässlicher Sieg für Russland sein und den Westen einschließlich der NATO in neue innere und äußere Konflikte stürzen, kurzum den Westen und die NATO schwächen.

Mearsheimer betont, dass seine Überlegungen nicht die letzte Wahrheit sind, dass es seine persönliche Meinung ist und er keine Seite rechtfertigt.

Es ist wichtig zu wissen, wie die Hauptakteure – Russland, Ukraine und der Westen – über ihre Bedrohungslage denken. Es ist wichtig, die aktuelle Situation auf dem Schlachtfeld zu verstehen.

Der rote Faden seiner Gedanken entfaltet sich entlang der beiderseitigen Bedrohungslage. Beide Seiten erklären ihre Bedrohung, d.h. ihre Sicht einer bedrohlichen Situation. Die Frage bleibt: Besteht Aussicht auf ein Friedensabkommen?

Die Weltmeinung drängt auf Verhandlungen. Dies – so Mearsheimer – sei wegen der gewaltigen Hindernisse – wie beschrieben – ausgeschlossen.

Wünschenswert ist ein eingefrorener Konflikt.

Als Fazit stellt Mearsheimer fest: „die letztendliche Ursache des Kriegs war die Entscheidung des Westens – hauptsächlich der USA – die Ukraine zu einem westlichen Bollwerk an der Grenze zu Russland zu machen. Dabei bezieht er sich auf namhafte Politiker wie George Kennan, amerikanischer Historiker, Diplomat und Berater des Außenministeriums der USA, William Perry, Verteidigungsminister unter Clinton, General Shalikashvili, Robert MacNamara und viele andere mehr. 2008 hatten sich Merkel und Sarkozy gegen den Plan von George W. Bush, die Ukraine in die NATO aufzunehmen, ausgesprochen.“

Den Krieg mit einem Verhandlungsfrieden beenden

Legitime Selbstverteidigung und das Streben nach einem gerechten und dauerhaften Frieden sind kein Widerspruch

Verhandlungsvorschlag von Professor Dr. Peter Brandt, Professor Dr. Hajo Funke, General a. D. Harald Kujat und Professor Dr. h. c. Horst Teltschik

[Zeitgeschehen in Fokus](#), 28. August 2023

(Zusammenfassung der SiG-Redaktion)

„Die Ukraine führt einen legitimen Krieg gegen Russland (Art. 51 UNO Charta). Das befreit sie nicht, sich um Frieden zu bemühen und um Vernunft walten zu lassen, schon gegenüber dem eigenen Volk.“

„Das gilt ebenso für die mittelbar Beteiligten, auch für die Bundesrepublik Deutschland, die durch das Friedensgebot des Grundgesetzes sogar besonders verpflichtet ist. Zudem hat sich die Bundesregierung am 23. Februar 2022 und am 2. März 2022 und in von den Vereinten Nationen beschlossenen Resolutionen verpflichtet, eine „friedliche Beilegung des Konfliktes zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine durch politischen Dialog, Verhandlungen, Vermittlung und andere friedliche Mittel“ zu ermöglichen, „ihre Unterstützung diplomatischer Anstrengungen zu verdoppeln, um einen umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden in der Ukraine zu erreichen.“ Diese Verpflichtung gilt auch für die Ukraine.“

Es steigt das Risiko der Eskalation eines militärischen Konflikts zwischen der NATO und Russland sowie die reale Gefahr eines auf Europa begrenzten Nuklearkriegs.

Frieden ist möglich. Dazu müssen die von Russland und der Ukraine erhobenen Bedingungen entfallen. Das chinesische Positionspapier bietet einen vernünftigen Ansatz. Die USA müssten die Ukraine zu Verhandlungen drängen. In Drei Phasen könnte ein Frieden erreicht werden.

Phase I Waffenstillstand: Der Sicherheitsrat der UN entwickelt einen Zeit- und Ablaufplan für einen Waffenstillstand und für Verhandlungen zur Beendigung des Ukraine-Krieges und die Wiederherstellung des Friedens, mit dem Waffenstillstand beginnend, der die Einstellung der Kampfhandlungen, der Lieferung von Waffen an die Ukraine und den Abzug irregulärer Kräfte beinhaltet und dessen Durchführung in der Verantwortung eines Hohen Kommissars für Frieden und Sicherheit liegt.

Phase II Friedensverhandlungen unter dem Vorsitz des UNO-Generalsekretärs und/oder des Hohen Kommissars der UN. Elemente einer Verhandlungslösung können die Friedensverpflichtung der Parteien sein, wobei sie die Vermittlung von Konflikten durch den Hohen Kommissar der UNO oder Garantiestaaten akzeptieren, ferner der Rückzug der militärischen Truppen Russlands und der Ukraine aus

den besetzten Regionen und Bildung einer militärfreien Zone von 50 km diesseits und jenseits der Landesgrenzen, die Neutralität der Ukraine, die Sicherung der Souveränität der Ukraine durch Garantiemächte, ausgenommen Krim und Donezk, Luhansk, Saporischschja und Cherson innerhalb der ehemaligen Verwaltungsgrenzen. Deren Status ist zukünftig zu regeln. Eine Internationale Geberkonferenz fördert den Wiederaufbau der ukrainischen Wirtschaft und Infrastruktur. Die Ukraine und Russland sind an einer Kon-

ferenz zur europäischen Sicherheits- und Friedensordnung beteiligt.

Phase III - Eine europäische Sicherheits- und Friedensordnung - In einer Konferenz im KSZE-Format sind die Prinzipien einer solchen Ordnung basierend auf der «Charta von Paris» zu entwickeln. Die geostrategische Lage der Ukraine soll keine Schlüsselrolle mehr für die geopolitische Rivalität der Vereinigten Staaten und Russlands spielen.

Reden zum Weltfriedenstag am 1. September 2023 in Berlin

Wiebke Diehl

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, ich freue mich, dass ihr hierhergekommen seid, um für Frieden einzutreten. An diesem historischen Tag, dem 84. Jahrestag des Überfalls Nazi-Deutschlands auf Polen und damit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs, diesem beispiellosen und barbarischen Vernichtungsfeldzug. Und ich möchte vor allem der Friko danken, die unermüdlich gegen ALLE Kriege und für Verständigung streitet – egal wie rau die Zeiten sind und wie viele Steine in den Weg gelegt werden. Danke dafür! Wirklich, ihr leistet Großartiges!

Und immer rauer werden die Zeiten allemal. „Und die, die hier mit Friedenstauen rumlaufen, sind deshalb vielleicht gefallene Engel, die aus der Hölle kommen, weil sie letztlich einem Kriegstreiber das Wort reden“ – so Bundeskanzler Olaf Scholz am 19.08. auf einer Wahlkampfrede in München.

Nein, Herr Bundeskanzler! Nicht wir reden einem Kriegstreiber das Wort. [...] Sie selbst haben sich zum Protagonisten der Eskalation machen lassen. Sie lassen sich treiben von einer kriegslüsternden Koalition, allen voran die einst als pazifistische Partei gegründeten Grünen und die Strack-Zimmermanns von der FDP. Ja, dieser Krieg ist furchtbar. Er kostet Leben und beraubt unzählige Menschen ihrer Heimat und ihrer Existenz. Sie werden gnadenlos geopfert auf dem Altar eines Stellvertreterkriegs, den die Ukraine nicht gewinnen kann. Dafür verantwortlich sind auch all diejenigen, die einem Siegfrieden weiter das Wort reden. Kommen Sie endlich zur Vernunft! Setzen Sie alles daran, das sinnlose Gemetzel auf diplomatischem Wege zu beenden!

Aber, das möchte ich auch ganz deutlich sagen: die unsägliche Diffamierung des Bundeskanzlers all derjenigen, die der eindeutigen Verpflichtung unseres Grundgesetzes Folge leisten, nämlich: „dem Frieden der Welt zu dienen“, sie

tut lange nicht so weh wie die Angriffe, die von Teilen der Friedensbewegung und der Partei DIE LINKE auf uns Gefahren werden.

Wir sind daran gewöhnt, dass sich die Verfechter von Aufrüstung und Militarisierung in der Bundesregierung von uns gestört fühlen. Denn wir sind der Stachel im Fleisch ihrer verantwortungslosen Politik. Wir wenden uns laut dagegen, dass die Bundesregierung mit ihrem Rüstungsetat, den sie nächste Woche in den Bundestag einbringen wird, zum ersten Mal das Zwei-Prozent-Ziel der NATO erreicht. Wir sagen nein zu ihrem Ansinnen, die Mittel für die – wie es im Jargon der Bundesregierung heißt – Nachwuchswerbung für die Bundeswehr um fast 65 Prozent zu erhöhen. Wir sagen, die Bundeswehr muss raus aus den Schulen. Sie darf ihre Mär, Krieg und zu Töten seien ein gewöhnlicher Job, nicht weiter verbreiten.

Die Vorwürfe, wir seien „rechtsoffen“, weil wir uns weigern, Menschen vorzuverurteilen, weil sie schon mal auf einer Demonstration gegen die Coronamaßnahmen der Bundesregierung waren, weil wir den geheimdienstartigen Methoden, aufzulisten, wer mal mit wem auf der gleichen Veranstaltung war oder gar mit jemandem gesprochen hat, der jemanden kennt... nicht folgen wollen – diese Vorwürfe spalten und schwächen die Friedensbewegung.

Und das nutzt einzig den kriegesischen Kräften, allen voran der Ampelkoalition, die dazu noch mit ihren Sanktionen, die Deutschland weit härter treffen als Russland, einen sozialen Krieg gegen die eigene Bevölkerung führt.

Es ist doch eine Selbstverständlichkeit, dass wir jede Zusammenarbeit mit Faschisten und Rechten ablehnen. Für uns ist – ganz besonders am heutigen Tag – die Maxime „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“ zentral und leitend. Aber wir wollen die Mehrheit der deutschen Bevölkerung, die gegen Waffen-

lieferungen und für eine diplomatische Offensive ist, auch nicht der AfD überlassen. Denn die spielt geschickt mit den berechtigten Sorgen und Ängsten. Und weil alle anderen im Bundestag vertretenen Parteien, einschließlich der LINKEN, ihr wie schon in der Coronapandemie das Feld überlassen, hat sie es leicht, zu verschleiern, dass es keinesfalls antimilitaristische und friedenspolitische Motive sind, die sie antreiben.

Liebe Freundinnen und Freunde, 27 Millionen Sowjetbürger haben im zweiten Weltkrieg ihr Leben verloren. Ihnen haben wir unser aller Befreiung vom Faschismus zu verdanken. Und was tut diese geschichtsvergessene Bundesregierung? Nicht nur lässt sie wieder deutsche Panzer in Richtung Osten rollen. Sie befördert auch in guter alter deutscher Manier die Darstellung der Russen als zivilisationsferne Barbaren – sekundiert von den so genannten Qualitätsmedien, denen schon gerne mal ein entlarvender Fehler unterläuft. [...] Besonders gerne spricht die wertebasierte Bundesaußenministerin vom „Hungerkrieg“, wahlweise auch vom „Kornkrieg“, Moskaus. Weil Putin den Export ukrainischen Getreides für die Hungernen dieser Welt verhindere. Aber schaut man sich auf der offiziellen Webseite der Schwarzmeerinitiative, über die ukrainische Lebensmittel exportiert werden, um, wird offensichtlich, dass ausgerechnet im globalen Süden ein viel zu geringer Teil ankommt. Zugleich verhindern die Sanktionen den Export russischer Nahrungsmittel und russischen Düngers. Ja, auf dem Papier sind diese von den Sanktionen ausgenommen. Faktisch aber verkommen die Ausnahmen wegen der Sanktionen gegen den russischen Finanz- und Transportsektor zur Farce. [...] Wer also führt nun einen „Kornkrieg“?

Wie man Hunger als Waffe einsetzt, hat die Bundesregierung übrigens gerade in

Niger gezeigt. Weil der Uran-Bedarf der EU natürlich oberste Priorität hat, unterstützt Annalena Baerbock die ECOWAS-Sanktionen, die aber faktisch ein Komplett-Embargo mit schlimmsten humanitären Folgen darstellen. Und die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit hat man auch eingefroren.

[...] Deutschland befindet sich in der Rezession, die Menschen leiden unter der Inflation. Viele wissen nicht mehr, wie sie sich die Milch für ihre Kinder zum Frühstück leisten sollen - geschweige denn Obst und Gemüse. Deutschland wird deindustrialisiert, das befürchten laut einer aktuellen Umfrage 76 Prozent der Führungskräfte [...].

Im globalen Süden ruft das Agieren Deutschlands am Rockzipfel der USA nur noch Kopfschütteln hervor. Dort

nämlich ist man nicht bereit, sich aushungern zu lassen.

Im globalen Süden erinnert man sich noch gut an den ersten Kalten Krieg, der dort vielerorts ein heißer war. Mit Stellvertreterkriegen in Laos, Kambodscha, Vietnam, Angola, Staaten des Nahen und Mittleren Ostens und in Lateinamerika.

Und natürlich ist auch die Kolonialzeit nicht vergessen – genauso wenig wie die Weigerung des Westens, während der Coronapandemie die Patente für Impfstoffe außer Kraft zu setzen. Russland hingegen exportierte seinen Sputnik-Impfstoff auch nach Afrika.

Dass sich der globale Süden immer vehementer weigert, sich als Vasallen missbrauchen zu lassen und – ganz anders als die Bundesregierung – seine eigenen Interessen vertritt, ist die wahre Zeitenwende. [...]

Die Forderungen aus dem globalen Süden nach Beendigung des Ukrainekriegs können auf lange Sicht nicht ignoriert werden. Vernünftige Stimmen, die es zum Glück noch gibt, haben das verstanden. So sagte der ehemalige EU-Kommissar Günter Verheugen in einem am Montag veröffentlichten Interview: Zitat: „Die Welt ändert sich dramatisch.“ Und: „Die einflussreichsten Weltregionen der Zukunft liegen nicht in Europa oder Nordamerika, sondern in Asien, Lateinamerika und Afrika.“. Verheugen sagte auch: „Das Gemetzel muss beendet werden. Das zu bewirken, ist die wichtigste Aufgabe der deutschen und europäischen Politik“.

dem kann ich mich nur anschließen!
Nicht zuletzt wäre dies auch im Interesse der ukrainischen Bevölkerung.

Wolfgang Herzberg

„Bundeskanzler Scholz sprach am 27. 2. 2022, drei Tage nach Kriegsbeginn in der Ukraine, der allerdings schon seit 2014 in der Ostukraine tobte, von einer „Zeitenwende“.

Und fast der gesamte Bundestag sprang auf und jubelte auch über 100 Milliarden zusätzlicher Steuerschulden für die Nachrüstung der Bundeswehr, während für die Kindergrundsicherung angeblich nur ca. 2 Milliarden aufgebracht werden können. Diese Zeitenwende-Rede erinnerte mich an die Bewilligung der Kriegskredite 1914 [...].

Aber die eigentliche Zeitenwende geschah schon 1990, als der amerikanische Präsident Bush zu Helmut Kohl, sagte: „Wir haben gesiegt und sie nicht. Wir können nicht zulassen, dass die Sowjets ihre Niederlage in einen Sieg verwandeln [...]. Wir werden das Spiel gewinnen, aber wir müssen uns dabei clever anstellen.“

Außenminister Baker sagte zuvor: „Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit ist die eigentliche Gefahr für die Nato.“ [...] Man dachte schon vor Auflösung des Warschauer Paktes über die Nato-Osterweiterung nach und rüstete dann ganz Osteuropa, einschließlich die Ukraine, militärisch, wie noch nie in der Geschichte, auf.

Die Niederlage des sowjetischen Staatssozialismus [...], sowie die anschließende Nato-Osterweiterung und heutige Nato Kriegstreiberei, war die eigentliche „Zeitenwende“ von der Entspannungspolitik Willy Brandts [...].

Herr Scholz! Meine jüdischen Eltern sind im Winter 1947 mit mir, als ich drei Jahre alt war, ins zerstörte Nachkriegsberlin aus der Emigration zurückgekehrt, weil sie, trotz der

Ermordung und Vertreibung ihrer Familien, mithelfen wollten, dass nie wieder von deutschen Boden Krieg und Faschismus ausgeht. Nun ist Deutschland erneut Kriegs- anstatt Friedenspartei!

Gleichzeitig, damit zusammenhängend, ist der nationalistische Rechtsradikalismus hier und anderswo, auch in der Ukraine, die größte Gefahr für den angeblichen „Wertewesten“ geworden. Und deutsche Waffen töteten erneut Russen, deren Eltern und Großeltern uns einst von Auschwitz und Deutschland vom Hitler - Wahnsinn entscheidend mit befreit haben, und dabei verlor die ehemalige Sowjetunion bekanntlich 27 Millionen Menschen.

Was für eine himmelschreiende Schande, dass die Ampel nicht bedingungslos ihrer Friedenspflicht im Ukraine-Krieg nachkommt, sondern auch weiter Öl mit ins Kriegsfeuer gießt [...]. Das zeigt für mich und viele Nachkommen der antifaschistischen und jüdischen Überlebenden: bei der Mehrheit der Deutschen, deutscher Politiker und Leitmedien sitzt die Nazi-Ideologie im Unterbewusstsein immer noch so tief, dass die fatale Verbindung zum heutigen Russen-Hass und den totalitären Weltherrschaftsansprüchen westlicher Politik nicht erkannt wird. Deren bisherige Kriegstreiberei kann uns in einen 3. Weltkrieg und bisher nicht zu einem Waffenstillstand und einer Friedenswende im Ukraine - Krieg führen [...].“

In Reimen folgt eine Anklage an die Herrschenden und die Frage an den deutschen Michel, wann er in seinem „Untertanenköpfchen“ endlich die Wahrheit erkennt. Zum Schluss:

„Doch erst wenn alle Waffen in dieser Selbstmordschlacht still schweigen,
kann sich am Horizont ein Friedenslichtblick zeigen.
Dum lasst uns jetzt auf allen Straßen protestieren,
für Frieden, streitbar, durch die Städte ziehen!
Kriegstreiber können wir nur zur Zeitenwende zwingen,
wenn jetzt Millionen, lauthals auch, um Frieden ringen.

Friedenswende schaffen – nur ohne Krieg und Waffen!

Alle: Friedenswende schaffen – nur ohne Krieg und Waffen!

Alle: Friedenswende schaffen – nur ohne Krieg und Waffen!

Alle: Friedenswende schaffen – nur ohne Krieg und Waffen!“

www.wolfgangherzberg.de

Ukraine-Initiative „Die Waffen nieder“

Es ist höchste Zeit für Friedenspolitik!

Widerstand gegen Militarismus und Krieg organisieren!

Aufruf zum dezentralen Aktionstag der Friedensbewegung am 3. Oktober 2023

29. Juli 2023 - Seit 1991 wird am 3. Oktober die Vereinigung der beiden deutschen Staaten als „Tag der Deutschen Einheit“ gefeiert. Den Weg dafür machte der Zwei-plus-vier-Vertrag frei. Er formulierte als fundamentales Grundprinzip, dass die Sicherheitsinteressen eines jeden Staates berücksichtigt werden müssen. Dieses Grundprinzip wurde aber mit der NATO-Osterweiterung seit Mitte der 90er Jahre fortwährend verletzt. Von Russland, dem Rechtsnachfolger der Sowjetunion, wurde dies schon frühzeitig als Bedrohung empfunden, und das wurde auch immer wieder geäußert. Dennoch wurden die Bedenken nicht ernst genommen und gipfelten 2008 in der Zusage an die Ukraine, diese in die NATO aufnehmen zu wollen. Aus Entspannung wurde das Schüren von Spannungen und die angestrebte gemeinsame Sicherheit wurde zur Konfrontation.

Seit dem völkerrechtswidrigen Einmarsch Russlands in die Ukraine setzen die USA und die verbündeten NATO-Staaten auf eine Ausweitung und Verschärfung des Krieges statt auf seine Beendigung. Ganz vorne dabei die Regierung unseres Landes: Sie liefert von den europäischen Staaten die meisten Waffen. Sie lässt durch ihre Außenministerin verkünden: mit Russland kann man nicht verhandeln. Sie erhebt keine Einwände, wenn F16-Bomber an die Ukraine geliefert werden sollen, die nach den Kampfpanzern eine neue Eskalationsstufe darstellen. Der Bundespräsident sagt unwidersprochen, dass er den USA nicht in den Arm fallen kann, wenn diese Streumunition an die Ukraine liefern, deren Ächtung mit gültiger Unterschrift einst von Deutschland unterzeichnet wurde. All diese Provokationen erhöhen das Risiko einer atomaren russischen Reaktion.

Wir fordern einen sofortigen und bedingungslosen Waffenstillstand und Verhandlungen über eine friedliche Lösung des Konflikts! Russland und die Ukraine müssen ihre Kampfhandlungen einstellen! Der Krieg in der Ukraine trägt die große Gefahr in sich, zu einem Weltkrieg zu werden, und daran trägt Deutschland eine große Mitschuld. Nun zündelt es auch noch an der Ost-

grenze der NATO und will 4000 bundesdeutsche Soldaten auf Dauer in Litauen stationieren. Besonnenheit und Deeskalation gehen anders!

Diesem aggressiven deutschen Verhalten liegt ein gigantisches Aufrüstungsprogramm zugrunde, das den von der Regierung formulierten Führungsanspruch in Europa militärisch untermauert. Sie verdoppelt ihren Militärhaushalt innerhalb weniger Jahre. Das bedeutet: sie ist bereit, in naher Zukunft jeden 5. Euro des Bundeshaushalts für die Bundeswehr auszugeben. Dabei bleiben viele dringend notwendigen sozialen Ausgaben für Bildung, Gesundheit, Kinder, Kultur und Klimaschutz auf der Strecke und die Menschen in unserem Land werden weiter in die Armut getrieben.

Wir nehmen den 3. Oktober 2023 zum Anlass – statt das deutsche Großmachtsstreben und die militärische Stärke des vereinigten Deutschland zu bejubeln – in „einer der gefährlichsten Perioden der Menschheitsgeschichte“ (so das schwedische Friedensforschungsinstitut SIPRI) vor der sich immer schneller drehenden Eskalationsspirale zu warnen.

Wir vergessen auch nicht die zahlreichen anderen Konfliktherde und Kriege dieser Welt, etwa im Jemen, in Syrien, im Nahen Osten oder Afrika, in denen sinnlos Menschen sterben, Natur und Gesellschaften dauerhaft zerstört werden, das soziale Elend und der Hunger sich weiter ausbreiten und Tausende fliehen müssen. Wir sagen NEIN zu allen Kriegen, weltweit!

Am „Tag der Deutschen Einheit“ sagen wir Friedensbewegte dieses Landes: Stoppt den Wahnsinn, in den uns die Politik der Bundesregierung führt.

Wir rufen auf, überall im Land Friedensaktionen zu veranstalten, auf die Straße zu gehen, nicht weiter die Augen zu verschließen vor der zunehmenden Gefahr eines Atomkrieges, dies verstärkt in Hamburg, wo die regierungsoffiziellen Einheitsfeiern in diesem Jahr stattfinden werden.

Wir nutzen diesen Tag landesweit, um für weitere gemeinsame Aktionen im Herbst zu mobilisieren. Es ist Zeit für einen starken Widerstand gegen die unverantwortliche kriegstreibende Politik.

Wir verlangen von unserer Regierung:

- Die Einlösung des Wahlversprechens, keine Waffen in Kriegs- und Krisengebiete zu liefern, somit auch nicht in die Ukraine!
- Diplomatie statt verbaler Aufrüstung und Kriegsgeschrei und die Gewährleistung der Meinungsfreiheit!
- Den Stopp der militärischen Aufrüstung! Keine 2% des Bruttoinlandsprodukts für die Bundeswehr und kein Sondervermögen für militärische Zwecke, sondern ausreichend Gelder für humane.
- Die Beendigung der Stationierung von US-Atombomben auf deutschem Boden und keine nukleare Teilhabe!
- Ein Ende der ruinösen Sanktionspolitik!
- Aufnahme und gleiche Rechte für alle Geflüchteten, Kriegsdienstverweigerer und Deserteure, egal woher sie kommen!

Eine Friedens- und Sicherheitspolitik, die diesen Namen verdient, verlangt ein neues Denken. Statt weiter in blutige Kriege zu investieren, müssen diplomatische Wege gegangen werden, die anknüpfend an den Zwei-plus-vier-Vertrag die Sicherheitsinteressen aller achten. Umfassende Abrüstung und Abschaffung aller Atomwaffen muss unser Ziel sein. Nur so kann eine gerechte und multipolar gestaltete Welt gebaut werden. Für das Erreichen dieser Ziele brauchen wir eine starke und aktive Friedensbewegung bei uns und die Internationale Zusammenarbeit aller Friedenskräfte!

Ukraine-Initiative „Die Waffen nieder“: Yusuf As, Reiner Braun, Wiebke Diehl, Andreas Grünwald, Claudia Haydt, Rita-Sibylle Heinrich, Jutta Kausch-Henken, Ralf Krämer, Willi van Ooyen, Christof Ostheimer, Hanna Rother, Peter Wahl

„Rechtsoffenheit in der Friedensbewegung – Kampfbegriff oder reales Problem?“ Aufzeichnungen des Webinars am 29. August 2023:

[Archiv Frieden und Zukunft](#)

Das Positionspapier kann unter diesem Link abgerufen werden:

https://nie-wieder-krieg.org/2023/08/24/diskussionspapier_rechtsoffenheit/

Roger Harris

Der Tod des Friedens-Aktivisten und Whistleblowers Daniel Ellsberg

Reflexionen zum Sicherheitsstaat und zur Anti-Kriegs-Bewegung

[Pressenza](#), August 2023;
auch auf [Englisch](#) verfügbar



Daniel Ellsberg kämpfte bis zum Ende, um vor der Bedrohung von atomaren Kriegen zu warnen. Er verstarb am 16. Juni 2023. Der 92-jährige Whistleblower hinterließ ein Vermächtnis des Friedens-Aktivismus, das bis hin zu seiner mutigen Veröffentlichung der „Pentagon Papers“ im Jahr 1971 reicht. Könnte sein Engagement angesichts des fortschreitenden Sicherheitsstaates und der schwindenden Friedensbewegung in den heutigen Zeiten des Ukraine Krieges wiederholt werden?

Vom „Verteidigungsspezialisten“ zum Friedens-Aktivisten

Daniel Ellsberg startete seine Karriere als brillanter „[Verteidigungsintellektueller](#)“ beim Militär und quasi-staatlichen Think Tanks. Er half unter anderem nukleare Erstschnitte gegen die damalige Sowjetunion zu planen, mit China als zweitem Angriffsziel. Allerdings realisierte er durch seinen Zugang zu streng geheimen Informationen, dass der Vietnam Krieg nicht zu gewinnen war und die US-Regierung – welch‘ ein Wunder – die Bevölkerung aber analog, dass sie es könnten und würden.

Ellsbergs geopolitischer Standpunkt unterlief einer [immensen Veränderung](#) vom Meister des Krieges zum Kämpfer für den Frieden. Das war in den 1960ern und es geschah nicht in Isolation. 1965 erschien Ellsberg [dem Vernehmen nach](#) zu seiner ersten Friedens-Demo, noch während er für die [RAND Corporation](#) arbeitete. Besonders inspiriert hatte ihn [Randy Kehler](#), ein Wehrdienstverweigerer, der bereit war, für seine Werte ins Gefängnis zu gehen. Im Mai 1971 nahm der zukünftige Whistleblower an einer Massendemonstration gegen den Vietnam-Krieg teil, innerhalb einer „affinity group“ mit bekannten Radikalen wie Howard Zinn und Noam Chomsky. [...]

Pentagon Papers entwendet und veröffentlicht

1969 nahm Ellsberg in seiner Freizeit nicht nur an Anti-Kriegs-Demonstrationen teil, sondern war auch damit beschäftigt, die so genannten Pentagon-Papiere zu kopieren, die die Wahrheit über die imperialen Bestrebungen der USA enthüllen sollten. Ein solches Vorgehen und das Kopieren von 7.000 Seiten hätten zumindest unter den heutigen Sicherheitsvorkehrungen nicht unentdeckt bleiben können. 1970 nahm Ellsberg [Kontakt](#) zu wohlgesinnten Senatoren der Demokratischen Partei wie J. William Fulbright, dem

Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Beziehungen, und George McGovern auf. Sie hätten die Papers im Senat veröffentlichen können und wären trotzdem durch Immunität vor Strafverfolgung geschützt gewesen. Sie lehnten dies ab, hielten den Austausch jedoch vertraulich.

Nachdem er die Pentagon-Papiere dem Reporter [Neil Sheehan](#) von der *New York Times* anvertraut hatte, begann die *Times* am 13. Juni 1971, ohne Ellsbergs vorherige [Zustimmung](#), Auszüge zu veröffentlichen. Ellsberg stellte die Papiere auch der *Washington Post* und anderen Zeitungen zur Verfügung, die ebenfalls Artikel veröffentlichten. Während die *Times* und die *Post* schon seit langem regierungstreuen Journalismus betreiben, waren die Medien damals noch nicht so die Sprachrohre des Außenministeriums und der Sicherheitsbehörden, wie sie es heute sind.[...]

Der Flüchtling Ellsberg

Sobald die Pentagon-Papiere an die Öffentlichkeit gelangten, tauchte Ellsberg unter und löste die größte FBI-Fahndung seit der Lindbergh-Entführung von 1932 aus. Jedoch konnte das FBI ihn nie erwischen. Nach dreizehn Tagen stellte sich Ellsberg freiwillig.

Ein solches Versteckspiel wäre heutzutage unmöglich, da jede unserer Bewegungen von den allgegenwärtigen Überwachungssystemen aufgezeichnet werden. Dem Polizeistaat des 21. Jahrhunderts zu entkommen, ist nicht mehr möglich.

Klage wegen Fehlverhaltens der Regierung abgelehnt

Ellsberg wurde am 3. Januar 1973 vor Gericht gestellt, angeklagt wegen Diebstahls und Verschwörung nach dem Spionagegesetz von 1917. Ihm drohten [115 Jahre](#) Gefangenschaft. Er verteidigte sich damit, dass die Dokumente illegal klassifiziert worden seien, um sie vor dem amerikanischen Volk und nicht vor einem ausländischen Feind zu schützen. Diese Verteidigung wurde nicht zugelassen.

Die Regierung war damit beschäftigt, Beweise gegen ihn zu sammeln. Agenten des von Nixon regierten Weißen Hauses brachen illegal in das Haus seines Psychiaters ein. Zu den Tätern gehörten G. Gordon Liddy und E. Howard Hunt, die damals nicht gefasst wurden. Doch ein Jahr später wurden die „Klempner“, die Ellsberg festnehmen sollten, in den Watergate-Skandal verwickelt und bekamen ihre wohlverdiente Strafe. Außerdem hörte das FBI Ellsbergs Telefon il-

legal ab und behauptete dann, dass die Aufnahmen verloren gegangen seien. Angesichts dieses Fehlverhaltens der Regierung sah sich der von Nixon eingesetzte Richter William Byrne gezwungen, den Fall am 13. Mai 1973 einzustellen. [...] Ellsberg kam frei und wurde zu einer führenden Stimme für den Frieden. [...]

Wechselnde parteipolitische Ansichten über den Sicherheitsstaat und den Krieg

In der heutigen Zeit, in der moderne Überwachungstechniken zur Verfügung stehen und die [NSA](#) die elektronische Kommunikation eines jeden Bürgers erfasst, müsste das FBI nicht mehr abhören, wie es bei Ellsberg der Fall war. Bundesrichter lehnen Fälle von Whistleblowern, die es wagen, sich dem Staat zu widersetzen, nicht mehr unparteiisch ab. So wie Obama, der mehr Whistleblower unter dem Spionage Act [strafrechtlich verfolgte](#) als alle vorherigen Präsidenten zusammen.

Umfragen der letzten zehn Jahre zufolge haben sich die [Ansichten](#) der Parteien über den wachsenden Überwachungsstaat geändert. Die Mehrheit der Republikaner lehnt den Sicherheitsstaat ab, während die meisten Demokraten ihn befürworten. Ebenso sind die Demokraten die neue Partei des Krieges. [...]

Nixon und Kissinger hatten sich verschworen, um den sozialistischen Block zu spalten und China gegen die Sowjets auszuspielen. Im Gegensatz dazu macht der derzeitige Schlafwandler im Oval Office Überstunden, um eine Union dieser beiden vermeintlichen Feindstaaten zu schmieden, während er sich auf einen [Atomkrieg](#) gegen beide vorbereitet. Und niemand in offiziellen Kreisen scheint sich auch nur im Geringsten darüber Gedanken zu machen, dass der Frachtzug, der auf die Vernichtung des Planeten zusteuert, einen fatalen Konstruktionsfehler hat: Es gibt keine Bremse.

Die Kriege in Vietnam und der Ukraine

Die Veröffentlichung der Pentagon Papers enthüllte, dass der Staat sich der Sinnlosigkeit des Vietnam-Krieges bewusst war und böswillig bereit, ihn fortzusetzen – zu einem schrecklichen Preis für die US-Truppen und zu einem noch höheren Preis für das Leben der Vietnamesen. Der Veröffentlichung der Papers wurde eine wachsende Enttäuschung über den imperialen Krieg [zugeschrieben](#).

Saigon „fiel“ zwei Jahre, nachdem Ellsbergs Klage abgelehnt worden war. Am 30. April 1975 schlugen die Vietnamesen den Aggressor auf dem Schlachtfeld erfolgreich zurück. Angesichts der wachsenden [Anti-Kriegs-Bewegung](#) und des Widerstands der [Truppen](#) war Washington gezwungen, die Niederlage zu akzeptieren.

Jetzt sind die USA in einen weiteren schrecklichen Krieg verwickelt, aber einen Krieg der anderen Art. Der Ukraine-Krieg ist ein [Stellvertreterkrieg](#) ohne einen größeren Einsatz von US-Truppen. Ähnlich wie bei den Enthüllungen der Pentagon Papers ist nun aber bekannt, dass:

- der Krieg in der Ukraine von den USA vorsätzlich [provoziert](#) wurde.
 - das Minsker Abkommen ein [zynischer Trick](#) war, um Zeit zu gewinnen die Ukraine aufzurüsten.
 - US-Truppen vor Ort [stationiert](#) werden.
 - die USA die Absicht haben, sich jeder [Friedensverhandlung](#) zu entziehen.
 - der Krieg [nicht zu gewinnen](#) ist.
 - es bei dem Gemetzel um die [Aufrechterhaltung des Imperiums](#) geht, nicht um die Bewahrung der Demokratie.
- Warum haben diese Offenbarungen die Friedensbewegung nicht mobilisiert? Ein Grund dafür sind ihre Verbindungen zu den Demokraten, die sich [allesamt](#) in eine Kriegspartei [verwandelt](#) haben.

Kurz notiert

[Übersicht](#) der SiG-Artikel zum Thema [Frieden](#) in den Nr. 144 bis 151

[Fact-Sheet](#) der Informationstelle Militarisierung und der Naturfreunde.: Warum und wie Militär den Klimawandel anheizt

Ver.di Bundeskongress sagt JEIN zum Militarismus [Gewerkschaftslinken Berlin](#)

Unsere Rente – Kein Spielball für BlackRock & Co. Menschenwürdige Renten für Alle – wie in Österreich

Sa, 7. Oktober 2023, 13-18:30 Uhr

Kiezraum des „Dragonerareals“ Berlin-Kreuzberg, [Programm](#)

Auf EU-Ebene konnten BlackRock & Co. schon als wichtiges Etappenziel die Verordnung PEPP (Paneuropäisches privates Pensionsprodukt) durchsetzen, die in der ganzen EU seit März 2022 gilt.



Werner Rügemer: Verhängnisvolle Freundschaft

Auszug aus dem Buch und mehrere
Beiträge/Videos von Werner Rügemer:
[freitag.de](#)

In der **Reihe „Frieden konkret“** wollen die [NaturFreunde Berlin](#) und die [NaturFreunde Hamburg](#) regelmäßig friedenspolitische Themen behandeln und gemeinsam mit Aktiven aus der Friedensbewegung und Interessenten diskutieren. Aktivisten*innen sollen Fakten und Hintergründe zu aktuellen Entwicklungen aufgezeigt und Interessierte für die Arbeit in der Friedensbewegung angesprochen werden.

12.10.2023 | 19.00 Uhr:
Für eine Schule ohne Militär
Initiative Schule ohne Militär
Zoom: <https://zoom.us/j/526339150>

29.11.2023 | 19:00 Uhr:
Die Friedensfazilität der EU
– Ein Beitrag zur europäischen
Sicherheit? Einführung: NN, IMI
Tübingen - Teilnahme über Zoom:
<https://zoom.us/j/526339150>

Krieg in der Ukraine: 18 Monate Krieg – Frieden jetzt! Hintergründe und Lösungsoptionen
Veranstaltung der bundesweiten Attac AG
Globalisierung und Krieg
am Freitag, den 29.09.2023, 18 Uhr
in Frankfurt/Main, Saalbau Gallus, Frankenallee 111
www.attac-netzwerk.de/ag-globalisierung-und-krieg

Peter Wahl moderiert die Gesprächsrunde mit **Claudia Haydt** (*Informationsstelle Militarisation*, Tübingen) und **Naisan Raji** (*Marx-Engels-Stiftung*). Es folgt eine Diskussion mit dem Publikum. Die Gesprächsrunde wird mit Video aufgenommen und ist Mitte Oktober auf der Internetseite der BAG GuK zu finden. - [Aufruf](#)
 Folgende Fragen zum Hintergrund des Krieges und Lösungsoptionen werden u.a. erörtert:

- Was sind die realen Motive der Kriegsparteien – wie ist der globale Kontext einzuschätzen?
- Was hat nach dem Ende von Sowjetunion und Warschauer Vertragsorganisation, nach den Hoffnungen auf ein „Gemeinsames Haus Europa“, nach den so überzeugenden Reden und Verabredungen für eine „gemeinsame Sicherheit“ und lange nach der Etablierung der „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (OSZE) zu dieser Konfrontation geführt?

[Newsletter Nr 5](#) der AG GlobuK

Frieden schaffen! Eine Friedensinitiative aus der Mitte der Gesellschaft

[Link](#) zur Veranstaltung und zum Aufruf

Sonntag, den 1. Oktober 2023, um 10:00 Uhr
Saalbau Gallus, Frankfurt/Main

Ziel der Veranstaltung ist es, entsprechend dem Aufruf „Frieden schaffen!“, beispielsweise

- für diplomatische Initiativen der Bundesregierung einzutreten, um möglichst zusammen mit EU-Partnern und den BRICS-Staaten internationale Vorschläge für einen Waffenstillstand in der Ukraine und für Verhandlungen über eine neue Sicherheitsordnung in Europa zu machen;
- für Rüstungskontrolle, Rüstungsbegrenzung und Abrüstung zu werben, gerade angesichts der steigenden Militärausgaben und ihrer dramatischen sozialen und ökologischen Auswirkungen bei uns und weltweit;
- für die Leitidee der Gemeinsamen Sicherheit einzutreten, die eng verbunden ist mit den Zielen Nachhaltigkeit und Nord-Süd-Partnerschaft.

14.10.2023, 13-19 Uhr: Friedenspolitische Tagung in Nürnberg der DFG-VK Bayern und Attac Würzburg: „Wohin treibt die Welt“ mit Reinhard Lauterbach (Ukraine - Zwischenbilanz) und Dr. Emilio Astuto (Konfrontation des Westens mit China)

FriedensATTAC Österreich Friedensarbeit statt Hochrüstung

FriedensATTAC fokussiert sich als überregionale Inhaltsgruppe von Attac auf das Aufzeigen der machtpolitischen und strukturellen Ursachen, die hinter Hochrüstung und Feindbildpropaganda stehen und andererseits auf gewaltfreien Aktionismus, durch den die Themen Frieden, Neutralität und Gewaltursachen mehr Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit bekommen sollen. FriedensATTAC will die wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Konfliktursachen aufzeigen, um Transformationspfade für eine friedliche Welt zu entwickeln: weg von der bedrohlichen, widersprüchlichen, militärischen „Friedenssicherung“ mit zerstörerischen Rüstungsinvestitionen hin zur kontinuierlichen Friedensarbeit für gewaltlose Konfliktlösungen.

Wir schließen uns voll inhaltlich der **Umwelthistorikerin Verena Winiwarter** an, die in ihrem Buch *Der Weg zur klimagerechten Gesellschaft* schreibt: "Ohne Frieden ist nachhaltige Entwicklung nahezu unmöglich und Klimagerechtigkeit ebenso wenig. Krieg als absichtliche Zerstörung von Ressourcen kann niemals günstig für die Umwelt sein. Der Kohlendioxidausstoß der Militärs ist ebenso furchterregend hoch wie die Lager an Atombomben und die Altlasten der Herstellung von Kriegsmaterial, man denke nur an Plutoniumfabriken und (*Red.: verseuchte*) Testgelände. Ohne Frieden und Abrüstung gibt es keine Nachhaltigkeit. Starke demokratische Rechtsstaaten sind die beste Versicherung gegen Kriegstreiberei, auch wenn sie nicht perfekt sind."

FriedensATTAC ist ein wichtiger aktiver Bündnispartner von AbFaNG. Bei praktischen allen Aktivitäten des Bündnisses im Jahr 2022 waren wir maßgeblich beteiligt. Hier ein [> Überblick Friedensaktionen 2022](#)

Der **Krieg in der Ukraine** fordert uns alle heraus. Wie kann es gelingen, den ersehnten Frieden möglichst rasch und auch dauerhaft zu erreichen? Wir müssen **von der Kriegslogik zu einer Friedenslogik** kommen.

[> Beitrag "Neue Friedensordnung"](#) (12.4.2022)

Wie enorm das **Ungleichgewicht** der Aufwendungen für die sogenannte "militärische Sicherheit" und Diplomatie und Friedensgestaltung ist, zeigt der Beitrag "Frieden gestalten – wie soll das gehen" im ATTAC-Magazin vom Nov. 2022.

[> zum Beitrag](#)

Zum Waffenstillstand rief ein von einigen ATTAC-Aktivist:innen finanziertes Inserat in der **Wiener Zeitung** vom **24. Dezember 2023** auf [> zum Inserat "Die Waffen nieder!"](#)
[> aktuelle Beiträge der Friedensforschung zum Krieg in der Ukraine](#)

Wir sehen **Frieden genauso wie Umwelt- und Klimaschutz** als Querschnittsthema, welches in alle gesellschaftlichen Bereiche hineinspielt, ja mehr sogar, das die Grundlage für das Zusammenleben der Menschen auf unserem Planeten ist. Gemäß dem Motto: „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.“ Unsere Vision ist, dass das neutrale Österreich ein weltweites Vorbild und Zentrum für Friedensinitiativen zur Konfliktvermeidung, Gewaltfreiheit und Konfliktbereinigung wird und den Weg zu einem neutralen Europa mitgestaltet.

Links zu den Videoaufzeichnungen der bisherigen Referate und ATTAC-Aktionsflyer:
<https://www.attac.at/gruppen/inhaltsgruppen/friedensattac>